

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 47 · 21. November 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Szenen eines Niedergangs

Während die deutsche Gesellschaft Parallelen zu Verfallserscheinungen längst vergangener Zeiten aufweist, eskaliert in der Politik der Generationenkonflikt Seite 1 und 3



Südamerika So machten Militärs geheime Jagd auf Oppositionelle Seite 10



Posse Der unrühmliche Streich eines Schusters aus Tilsit in Köpenick Seite 18

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Auch der deutsche Sozialstaat steht vor einer Zeitenwende

Der Streit um das Rentenprojekt der Regierung ist zu einem Symbol dafür geworden, dass das gewohnte Leben über die Verhältnisse an ein Ende kommt

In der Debatte um das Rentenpaket der schwarz-roten Bundesregierung verhärten sich die Fronten dramatisch. Seit das Kabinett ein Paket beschloss, das unter anderem eine sogenannte Haltelinie beim Rentenniveau von 48 Prozent bis 2031 festschreibt und das Niveau darüber hinaus um einen Prozentpunkt höher als geplant halten soll, verweigern 18 Abgeordnete der „Jungen Gruppe“ der Unionsfraktion im Bundestag dem Ansinnen offen die Gefolgschaft. Denn was den Rentnern von heute Planungssicherheit geben soll, verursacht bis 2040 zusätzliche Kosten von rund 118 Milliarden Euro – die über höhere Beiträge durch die Arbeitnehmer von heute und morgen bezahlt werden sollen.

Der Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz beim Deutschlandtag der Jungen Union am Wochenende konnte die Rebellen keineswegs besänftigen. Die Aussage des Kanzlers, er könne dem mit den Sozialdemokraten getroffenen Kompromiss guten Gewissens zustimmen, konterten die unter 35 Jahre alten Bundestagsabgeordneten seiner Partei mit der Ankündigung, dass auch sie standhaft bleiben werden. Und da SPD-Chef Lars Klingbeil gleichzeitig jegliche Änderungen an dem beschlossenen Rentenpaket ausschloss und dieses zu einem Kernbestand des Koalitionsvertrags erklärte, scheint eine Lösung des Konflikts nur um den Preis eines massiven Gesichts- und Glaubwürdigkeitsverlustes von mindestens einer der beteiligten Seiten denkbar.

Kein Ausweg in Sicht

Damit steht Schwarz-Rot schon jetzt dort, wo die vormalige Ampelregierung erst nach rund zwei Jahren stand, als nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse die finanziellen Spielräume für die großspurigen Projekte vor allem der Grünen plötzlich eng wurden. Der Unterschied freilich ist, dass

es bei den Plänen der Ampel um selbstgesteckte Ziele ging, deren Scheitern für die Bürger eher eine Erleichterung war, während es sich bei der Rente um ein Fundament des Sozialstaats handelt – nämlich um das Versprechen, dass diejenigen, die zeitlebens hart gearbeitet und brav in die öffentlichen Kassen eingezahlt haben, an ihrem Lebensabend vor Armut geschützt sein sollen. Die Stabilität der Rente ist somit ein Symbol für das Wohl und Wehe des Sozialstaats insgesamt.

Ein Symbol ist das Thema Rente auch in Bezug auf die jahrzehntelange Ignoranz bundesdeutscher Entscheidungsträger gegenüber klar ersichtlichen Fakten. So wiesen Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel schon vor über 40 Jahren auf die absehbaren Folgen der demographischen Entwicklung in unserem Land hin. Ihnen folgten weitere kluge Köpfe wie der Generationenforscher Bernd Raffelhüschen. Doch im politischen Tagesgeschäft setzen sogenannte Sozialpolitiker wie Norbert Blüm mit Floskeln wie „Die Rente ist sicher“ den Ton. Die Wahrheit zeigt sich in den Zuschüssen des Bundes in die Rentenkasse. Lagen diese 1982, bei der Berufung Blüms zum Sozialminister im ersten Kabinett Kohl, noch bei 11,9 Milliarden D-Mark (ca. 6,1 Milliarden Euro) und im Jahre 2000 bei immerhin schon 67,4 Milliarden Mark (rund 34,5 Milliarden Euro), so veranschlagt der Finanzminister für 2026 inzwischen stolze 127,8 Milliarden

Euro – und somit fast ein Viertel des Bundeshaushalts. Und dies bei einem System, für das Arbeitnehmer ihr ganzes Erwerbsleben lang ohnehin schon fast 20 Prozent ihres monatlichen Bruttogehalts aufbringen müssen.

Dass ein derart wachsender Anteil am Haushalt die Ausgabemöglichkeiten auf anderen Feldern wie Sicherheit, Bildung, Forschung und Verkehr verringert, liegt auf der Hand. Und so ist die Rentendebatte auch das Symbol einer Sozialstaatsromantik, die mit ihrem Festhalten an gewachsenen Ansprüchen still und leise, aber kontinuierlich die Gestaltungsräume der Politik verringert.

Mehr als ein Generationenkonflikt

Ein Symbol ist die Rentendebatte auch in Bezug darauf, dass deutsche Politik stets den Weg des geringsten Widerstands geht. Anstatt die Kosten für den Wohlstand von heute einfach späteren Generationen aufzudrücken, hätte sie auch die Möglichkeit, alternative Einsparmöglichkeiten zu suchen. Allein die in verschiedenen Haushaltstiteln versteckten Ausgaben für die Zuwanderung werden von Experten auf über 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Die Kosten der sogenannten Energiewende – die auf die selbstgewählte Entscheidung zurückgehen, auf einst hochprofitable Ressourcen wie die Kernkraft zu verzichten – betragen ebenfalls etliche Milliarden im Jahr.

Ähnlich verhält es sich bei den Zuwendungen für die NGOs. Auch hier sind die Gesamtausgaben intransparent, doch lässt der Umstand, dass allein die Entwicklungshilfe inzwischen jährlich fast 30 Milliarden Euro kostet, die Dimensionen erahnen. Es gäbe also durchaus das Potential für Einsparungen auf Gebieten, die nicht zu den Kernaufgaben eines Staates gehören und harte Einschnitte bei den Sozialausgaben erübrigen würden.

So ist der aktuelle Rentenstreit mehr als ein üblicher Generationenkonflikt, wie es sie zu allen Zeiten gab. Er zeigt, dass die bisherige Politik des grenzenlosen Überdie-eigenen-Verhältnisse-Lebens an ein Ende gekommen ist. Während der Kanzler – der dieser Tage 70 Jahre wurde und somit selbst längst im Rentenalter ist – im In- und Ausland noch immer den reichen Onkel mimt, dem das viele Geld einfach nicht ausgehen will, ist sich die Jugend seiner Partei bewusst, dass ihre Generation den vermeintlichen Wohlstand von heute eher früher als später mit kräftigen Einbußen bei ihrem eigenen Lebensstandard bezahlen müssen wird.

Die Debatte zeigt aber auch, dass der deutsche Sozialstaat noch lange nicht am Ende sein muss. Doch braucht es für seinen Fortbestand kluge und mutige Köpfe, die in der Lage sind, unnötige von systemrelevanten Ausgaben zu unterscheiden – und die bereit sind, für diese Erkenntnis in die politische Arena zu steigen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wagenknecht-Rückzug:
Das BSW sucht nach
seinem wahren Profil
Seite 4

Kultur
Kaiser Marc Aurel – ein
Philosoph unter den
römischen Herrschern
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
In Allenstein ist ein
multifunktionales
Projekt in Planung
Seite 13

Lebensstil
Schaurig-schöne Gräber-
Geschichten vom
Inselfriedhof Norderney
Seite 21



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer
Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der Royal Navy verdankt Großbritannien seinen früheren Rang als koloniale Weltmacht. Jetzt versinkt der Stolz des Vereinigten Königreichs in einem Strudel an Führungsschwäche, Mangel an Ausrüstung und Schlamperei

Schiffbruch einer Seemacht

Die britische Marine befindet sich in einem desolaten Zustand – Versagen auf allen Ebenen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Rule, Britannia! Britannia rule the waves“ – zu Deutsch „Herrsche, Britannia! Britannia beherrsche die Wellen“ – lautet ein Schlachtruf in der inoffiziellen zweiten Nationalhymne des Vereinigten Königreichs aus dem Jahre 1740. Und tatsächlich entwickelte sich die Royal Navy bis 1805 zur kampfstärksten Marine der Welt, welche die Macht des Empire für lange Zeit sicherte.

Im Laufe des Zweiten Weltkrieges wurden die britischen Seestreitkräfte dann allerdings von der United States Navy überrollt. Dem folgte ein kontinuierlicher Aderlass während des Kalten Krieges und der Periode danach. Infolgedessen besaß die Royal Navy 2019 so wenige Kampfschiffe wie nie zuvor in ihrer neueren Geschichte. Das war das Resultat einer 30-jährigen Sparpolitik. Besserung sollte nun die neue „Nationale Schiffsbaustrategie“ bringen, durch deren Umsetzung der Bestand an schwimmenden Einheiten auch langsam wieder wuchs. Von dem hochambitionierten Ziel, Großbritannien bis 2050 zur „wettbewerbsfähigsten maritimen Nation“ zu machen, ist man indes noch kolossal weit entfernt.

Auf dem Papier kann die Royal Navy derzeit 64 Schiffe aufbieten, darunter zwei Flugzeugträger, zehn Atom-U-Boote, sechs Zerstörer und acht Fregatten. Das ist zum einen nach wie vor nicht sehr viel, wie der Blick auf die Marine der Russischen Föderation zeigt, welche zu den Hauptgegnern der britischen Seestreitkräfte zählt. Moskau besitzt je nach Quelle zwischen 300 und 600 Kampfschiffe, zu denen auch rund 60 nukleargetriebene U-Boote gehören.

Lärmende Zerstörer

Zum anderen lässt die Einsatzbereitschaft vieler Einheiten der Royal Navy extrem zu wünschen übrig. So haben die Werftliegezeiten teilweise abenteuerliche Ausmaße angenommen: Drei der erst 2014 vom Stapel gelassenen, jeweils mehr als eine Milliarde Euro teuren U-Boote der Astute-Klasse müssen seit zwei Jahren immer wieder repariert werden, während die „Daring“ – angeblich der „modernste Luftabwehr-Zerstörer der Welt“ – schon mehr als 3000 Tage im Trockendock vor

sich hin rostet. Denn die Maschinenanlagen aller sechs Zerstörer der Daring-Klasse vertragen keine hohen Wassertemperaturen, wie sie beispielsweise im Persischen Golf herrschen, und arbeiten zudem auch derart laut, dass russische U-Boote den Lärm über fast 200 Kilometer Entfernung orten können. Ebenfalls mehr in der Werft als auf See befinden sich die beiden Flugzeugträger, deren Besatzung zu gravierenden Personalengpässen geführt hatte.

Daher bot der Flottenverband der Royal Navy, der im April für acht Monate in Richtung des indopazifischen Raumes auslief, ein eher klägliches Erscheinungsbild, denn er bestand aus nur vier Kampfschiffen. Parallel dazu blieben an einsatzbereiten größeren Einheiten zur „Verteidigung der Heimat“ auch bloß ein Zerstörer, zwei Fregatten und einige der zehn U-Boote übrig.

Doch damit nicht genug der Belege für den desolaten Zustand der britischen Marine. Aus dem im Norden Schottlands ge-

legenen Stützpunkt Faslane-on-Clyde, in dem die Atom-U-Boote der Royal Navy stationiert sind, kommen regelmäßig beunruhigende Nachrichten über austretende Radioaktivität, die auch zur Verseuchung der Nordsee führt.

Verfall der Sitten an Bord

Seit 2010 wurden offiziell mehr als 30 Leckagen gemeldet – zwei davon fielen unter die Kategorie A, die höchste Gefahrenstufe für nukleare Anlagen. Beide Male war Schlamperei die Ursache, wobei die Royal Navy und die schottische Umweltbehörde SEPA die Vorfälle zu vertuschen versuchten, wie die Londoner Tageszeitung „The Guardian“ unlängst enthüllte.

Möglicherweise spielte bei den Störfällen auch eine Rolle, dass manche Besatzungsmitglieder der britischen Atom-U-Boote bewusstseinsweiternde Drogen konsumieren. So berichtete die „Daily Mail“ über etliche positive Tests bei den Seeleuten der „Vigilant“, welche Nuklearkraketen an Bord hat. Hinzu kommen Ver-

gewaltigungen weiblicher Soldaten auf den Untersee-Booten sowie außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen den Kommandanten dieser Kriegsschiffe und Untergebenen – typische Symptome eines eklatanten Führungsversagens, wobei moralisches Fehlverhalten auch dem derzeitigen Oberbefehlshaber der Royal Navy und dessen Vorgänger unterstellt wird (siehe rechts).

Aus all dem ergibt sich, dass Großbritannien heute ungeachtet seiner glanzvollen Marinegeschichte weit hinter den drei Seemächten USA, China und Russland rangiert. Die Royal Navy ist weder in der Lage, weltweit aufzutrumphen, noch bildet sie ein brauchbares maritimes Bollwerk des Westens beziehungsweise Europas im Bereich der Nordsee sowie der hochsensiblen GIUK-Lücke zwischen Grönland, Island und dem Vereinigten Königreich. Insofern können sich die Marinestrategen in Moskau und Peking zumindest mit Blick auf die Möglichkeiten Londons entspannt zurücklehnen.



Das Atom-U-Boot „HMS Astute“ in der Marinebasis Devonport im englischen Plymouth: Von den sechs bislang an die Royal Navy gelieferten Booten der Astute-Klasse sind drei wegen andauernder Reparaturarbeiten nicht einsatzfähig *Bild: imago/Avalon.red*

MARINEFÜHRUNG

Neuer Admiral hat Dreck am Stecken

Am 15. Mai dieses Jahres wurde der General der Royal Marines, Gwyn Jenkins, zum First Sea Lord and Chief of the Naval Staff ernannt, womit er zum Oberbefehlshaber der britischen Seestreitkräfte aufstieg. Jenkins' Vorgänger Admiral Benjamin Key hatte seinen Posten wegen einer Affäre mit einer jüngeren Offizierin verloren. Allerdings steht der erste Marineinfanterist an der Spitze der Royal Navy im Zentrum eines Skandals, der bald deutlich größere Brisanz entfalten könnte als Keys Liebschaft.

Dabei verlief die Karriere von Jenkins lange Zeit makellos. So erhielt er unter anderem das Kommando über den Special Boat Service (SBS), die United Kingdom Commando Force (UKCF) sowie die United Kingdom Special Forces (UKSF). Dann kündigte der damalige Premierminister Rishi Sunak am 23. April 2024 an, dass Jenkins der nächste nationale Sicherheitsberater des Vereinigten Königreichs werden solle. Seine Ernennung fiel jedoch aus, nachdem Keir Starmer im Juli 2024 Sunak im Amt nachgefolgt war. Das resultierte aus drei Gründen.

So hatte ein Offizier aus Jenkins' Umfeld im Februar 2022 ein Datenleck verursacht, durch welches persönliche Informationen über 25.000 Afghanen offengelegt wurden, die als frühere Hilfskräfte der britischen Streitkräfte zur Einbürgerung vorgesehen waren. Darüber hinaus deckte die BBC auf, dass ein von Jenkins ernannter Beauftragter der Special Forces die Aufnahme von 1585 dieser Afghanen mit falschen Angaben abgelehnt hatte.

Die Öffentlichkeit vermutete daraufhin, so habe er die Einreise von Zeugen für britische Kriegsverbrechen verhindern wollen. Zu guter Letzt berichtete die BBC über einen Vorfall aus dem Jahr 2011, der möglicherweise genau damit in Verbindung steht. Damals soll Jenkins es in seiner Stellung als SBS-Chef unterlassen haben, die Militärpolizei über Hinweise auf illegale Tötungen von Afghanen durch Angehörige britischer Kommandoeinheiten zu informieren. *W.K.*

NATIONALE SCHIFFSBAUSTRATEGIE

Deklassierung der Royal Navy

Um seine Überseeterritorien zu schützen, benötigt das Vereinigte Königreich eine schlagfertige Marine – Das Gegenteil ist der Fall

Die seit April auf See befindliche Kampfgruppe CSG25 der Royal Navy zeigt auf überdeutliche Weise, dass Großbritannien den immer selbstbewusster auftrumpfenden und zahlenmäßig wachsenden Seestreitkräften Russlands und Chinas kaum etwas Nennenswertes entgegenzusetzen hat. Der Verband besteht lediglich aus dem einzigen einsatzbereiten britischen Flugzeugträger „Prince of Wales“ sowie dem Zerstörer „Dauntless“, der Fregatte „Richmond“ und dem Jagd-U-Boot „Astute“, soll aber im indopazifischen Raum Stärke demonstrieren.

Vor allem das Reich der Mitte befindet sich in einer geostrategisch höchst vorteilhaften Situation, weil es im Gegensatz

zu Russland eine lange ozeanische Küste mit etlichen eisfreien Häfen besitzt. Deshalb sagte der britische Außenminister James Cleverly im April 2023 mit Blick auf den rasanten Ausbau der Kriegsmarine der Volksrepublik China, „die Klugheit gebietet, hier das Schlimmste anzunehmen“, ohne jedoch das drohende Übel näher zu beschreiben.

Dazu kommen weitere geopolitische Herausforderungen. So mehren sich Angriffe auf die Handelsschifffahrt im Roten Meer durch die vom Iran unterstützte Huthi-Terrormiliz im Jemen. Ebenso sind die Unterseekabel und -pipelines, welche den Inselstaat Großbritannien mit dem Rest der Welt verbinden, mittlerweile auf vie-

lerlei Weise bedroht – das gilt gleichermaßen für die Offshore-Windparks zur Deckung des nationalen Strombedarfs. Außerdem kontrolliert das Königreich immer noch 14 Überseeterritorien von Gibraltar bis zur Antarktis, von denen sich drei im Bereich strategisch wichtiger Engstellen befinden. Diese benötigen gleichfalls Schutz.

Die bisherige Reaktion auf all dies bestand 2017 und 2022 in der Verkündung beziehungsweise Revision der „Nationalen Schiffsbaustrategie“, der zufolge die Royal Navy in den nächsten beiden Jahrzehnten 28 neue Kampfeinheiten erhalten soll, was eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben erfordert. Darüber

„Die Klugheit gebietet, hier das Schlimmste anzunehmen“

James Cleverly, britischer Außenminister über den rasanten Ausbau der Kriegsmarine der Volksrepublik China

hinaus wurden neue Stützpunkte in Bahrain und Oman eingerichtet. Eine weitere Maßnahme war der Abschluss des AUKUS-Paktes, einer Sicherheitsallianz zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA zur Verbesserung der Zusammenarbeit im indopazifischen Raum zwecks Eindämmung des chinesischen Expansionismus.

Gleichzeitig droht nun aber eine zusätzliche, bislang wenig beachtete Gefahr: Wenn Russland mit britischer Hilfe in der Ukraine gestoppt wird, könnte es sich bei London dadurch revanchieren, dass es seine Seemacht gezielt weiter ausbaut, um die Royal Navy noch stärker als bislang zu deklassieren. *W.K.*

Abschied von der alten Welt

In seiner neuen Arbeit schildert Bestsellerautor Florian Illies das Leben der Familie Thomas Mann im Exil an der Cote d'Azur im Jahr 1933. Wer das Buch gegen den Strich liest, entdeckt darin auch manche Unheilsbeschreibungen unserer Gegenwart

VON HOLGER FUSS

Das Ende kann so unheimlich sein wie der Anfang. Nach Kriegsende 1945, als Deutschland in Trümmern lag, wollte keiner mehr Nazi gewesen sein. Der Führer hatte sich erschossen und seine vormaligen Anhänger waren um geschmeidige Anpassung an die neuen Verhältnisse bemüht. Die vergangenen zwölf Jahre sollten fortan als ein großes Missverständnis gelten. In seinen Jugenderinnerungen „Granatsplitter“ beschreibt der Essayist Karl Heinz Bohrer, Jahrgang 1932, wie sich im Umfeld des damals 13-Jährigen die Nazis und die Mitläufer des Regimes mit den NS-Gegnern erstaunlich schnell auf einen Waffenstillstand und ein Schweigekartell einigten. Der Schlüsselsatz bei Bohrer lautet: „Hätte man die Kluft aufgerissen, dann hätte man sich trennen müssen.“ Ein solcher Schnitt aber kam nicht in Frage. Alles musste ja irgendwie weitergehen.

In dieser Kumpanei der Beschwichtigter, von der uns Bohrer berichtet, schwingt etwas zutiefst Spukhaftes, das uns noch heute frieren macht. Das Böse, so hören wir heraus, kommt immer wieder auch davon. Die Hauptkriegsverbrecher wurden in Nürnberg verurteilt zu Strang oder Gefängnis, aber Heerscharen ziviler Mittäter tauchten unter in der Anonymität des Alltags und lebten weiter, als sei nichts geschehen. Noch einmal ging es in dieser Weise nach 1989 zu, als die zweite deutsche Diktatur in der DDR zusammenbrach. Abermals ertönte das gruselige Echo der davongekommenen Mitmacher.

Über Nacht in einer anderen Welt

Das unterschwellige Grauen, das Bohrer uns vom Ende der Hitlerei anno 1945 überliefert, schildert Florian Illies in seinem neuen Buch „Wenn die Sonne untergeht“ als eine seltsam verwandte Stimmung im Jahre 1933. Die Nationalsozialisten ergreifen die Macht in Deutschland und der prominenteste Repräsentant des deutschen Geisteslebens, der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann, flüchtet mit seiner Familie ins Exil – und landet in den Sommermonaten an der Côte d'Azur im Fischerdorf Sanary-sur-Mer.

Mit seiner erprobten anekdotischen Collagetechnik leuchtet Illies nicht nur die mit Verzweiflung tapezierten Abgründe der Mitglieder der Familie Mann aus, sondern entfaltet zugleich ein Epochenbild in der Nussschale weniger Monate. Wir heutigen Leser wissen, welches Unheil dem Schicksalsjahr 1933 noch folgen wird, und beugen die handelnden Personen mit einer dem Wissensvorsprung geschuldeten Empathie auf ihrem Gang ins Unausweichliche. Illies hat einen untrüglichen Sinn fürs Groteske, für das Nichtzueinanderpassen von Mensch und Situation, das zutage tritt, wenn in unaufhaltsamer Zeitlupe ein Zeitalter zerbricht, wenn Menschen in der einen Welt schlafen gehen und in der nächsten Welt aufwachen.

Schon der erste Absatz setzt den Ton: „Der Zug nach Amsterdam geht schon um sechzehn Uhr, und Katia hat den Chauffeur für Viertel nach drei bestellt. Warum hat denn weder die Deutsche Reichsbahn noch seine eigene Frau daran gedacht, dass er, der Nobelpreisträger, genau dann gewöhnlich für eine Stunde ruht?“ Da will einer Deutschland verlassen und stellt fest, dass der Gang ins Exil all seinen Lebensgewohnheiten zuwiderläuft. Diese Slapstick-Qualitäten begegnen uns immer wieder. Thomas Mann lebt, als hätte Lorient ihn für einen Sketch erdacht.

Seine ganze Familie tyrannisiert der Großschriftsteller mit intellektueller Ambitioniertheit und hermetischem Ordnungssinn: „Ru-he“ – er teilt das Wort immer fein säuberlich in zwei Silben, wenn ihn eine unnötige Störung des Betriebsablaufs erzürnt.“



Erodierte Bürgerlichkeit: Thomas Mann Anfang der 1930er Jahre

Die sechs Kinder zittern vor dem Vater. Das Mittagessen gerät zum täglichen Stresstest, Sohn Golo bereitet sich „auf das Essen manchmal wie auf eine regelrechte Prüfung vor, auf einem Zettel notiert er Themen, die den Vater interessieren könnten“. Sein Bruder „Michael gesteht ihm irgendwann, dass er es genauso macht“. Thomas Mann sagte einmal: „Erziehung ist Atmosphäre.“

Aus dem Bürgertum

In dieser Familie fehlt es nie an Geld, aber stets an Zuwendung. Illies nennt die Familie eine „verstörende Kältekammer“, in der jeder „das brackige Wasser der Einsamkeit“ in sich spürt. Die Kinder buhlen um die Gunst des Vaters, Ehefrau Katia ist mit einem Mann verheiratet, dessen erotisches Feuer nicht ihr, sondern adretten Jünglingen gilt; sie tröstet sich im Glanz des künstlerischen Weltruhms ihres Gatten. „Wir sind eine erlauchte Versammlung – aber einen Knacks hat jeder“, notiert Thomas Mann dazu im Tagebuch.

Während dieser begabte Clan der Verrückten auf einigen Umwegen schließlich das Sommerdomizil einer standesgemäßen Villa mit Mittelmeerblick erreicht und mit Aldous Huxley, Bert Brecht und Lion Feuchtwanger in dem Dörfchen Sanary die heißen Monate verlebt, geht im heimischen München Thomas Manns heimische Welt zugrunde.

Der Rotary Club München trennt sich im April von seinem bis dahin hoch verehrten Freund Thomas Mann: „Sie dürften aber die Entwicklungen in Deutschland genügend verfolgt haben, um zu verstehen, dass wir es für unvermeidlich halten, Sie aus unserer Mitgliederliste zu streichen“, heißt es in einem Brief. Mann hatte schon vor der Macht ergreifung vor den Nazis gewarnt, zudem stammte seine Frau Katia aus einer jüdischen Familie, die jedoch zum evangelischen Glauben konvertiert war – nach der NS-Ideologie galten sie dennoch als jüdisch und gefährdet.

Katia, eigentlich Katharina, ist eine Pringsheim. Ihr Vater Alfred ist Mathematikprofessor und vermögender Sproß eines deutsch-jüdischen Eisenbahn- und Kohlegru-

benunternehmers in Schlesien. Alfred heiratete die Berliner Schauspielerin Hedwig Dohm, Tochter der gleichnamigen Frauenrechtlerin. Als Hedwig Pringsheim nahm sie Abschied von der Bühne und zog ihre fünf Kinder groß. Die Familie residierte in einer Neo-Renaissance-Villa in der Arcisstraße, dem Palais Pringsheim. Das Ehepaar war mit seiner Kunstsinigkeit ein gesellschaftlicher Mittelpunkt der Isar-Metropole.

1933 halten viele den Nationalsozialismus anfangs für einen vorüberwehenden Spuk, und schon hier dürfte dem Leser ein erstes Frösteln ereilen. Oma Hedwig, mit Opa Alfred für ein paar Wochen bei den Manns in Sanary zu Gast, liest vor dem Einschlafen Hitlers „Mein Kampf“, sie will sich auf dem Laufenden halten. Dennoch reisen die Alten, beide jenseits der 80, wieder zurück nach München. Unvorstellbar ist es für sie, dass sich die SA-Schergen an einer der ersten Familien der Stadt vergreifen könnten.

Zeit der Zwielligkeit

Doch Mitte Juni stehen die Nazis im Palais und kündigen an, die Pringsheims zu enteignen, der Palast werde niedergerissen, um Platz für ein neues Parteigebäude zu schaffen. Bis Ende September sei das Haus zu räumen. Als Hedwig und Alfred im September ihr Haus leerräumen und noch einmal in die Oper gehen, in Smoking und Abendkleid in ihrer Loge sitzen, werden sie kaum noch von jemandem begrüßt.

Dies ist wohl eine der schauerlichsten Szenen in Illies' Buch. Nicht nur, weil die Pringsheims die diskreten Sympathieträger in dieser Chronik sind, sondern weil die Winde der Niedertracht in unbarmherziger Geschwindigkeit jegliche Stabilität hinwegfegen. Eine Zeit der Zwielligkeit beginnt, auf einmal scheint alles wie von Lügen durchglüht. Marion Gräfin Dönhoff wird später in ihren Erinnerungen von einer Gewöhnung mit „den Absurditäten der Nazis zu leben“ sprechen – derart, „dass man, ohne es eigentlich recht zu merken, auf zwei verschiedenen Ebenen dachte und handelte“.

—
Wenn wir beiseite lassen, dass wir uns durch das Jahr 1933 blättern, dann kommen uns viele Stimmungen, Gesten und Vorkommnisse erschreckend vertraut und gegenwärtig vor

Lese-Tipp



Florian Illies
Wenn die Sonne untergeht. Familie Mann in Sanary
Verlag S. Fischer 2025,
Gebunden, 336 Seiten
ISBN: 978-3-10-397192-7
26 Euro

Und hier spannt das Buch von Florian Illies eine weitere Dimension auf. Wenn wir gewissermaßen gegen den Strich lesen und beiseite lassen, dass wir uns durch das Jahr 1933 blättern, dann kommen uns viele Stimmungen, Gesten und Vorkommnisse erschreckend vertraut und gegenwärtig vor. Nicht etwa, weil uns ein zweites 1933 droht, eine neue Diktatur vor der Tür steht – weder ein weiteres NS-Deutschland, noch eine DDR 2.0 steht uns ins Haus.

Brüchige Gewissheiten

Aber wir erleben, wie anfechtbar die Demokratie ist und wie brüchig unsere Gewissheiten sind, die uns noch vor wenigen Jahren als unumstößlich erschienen. Selbstermächtigte Verteidiger „unserer Demokratie“ schicken sich an, die größte Oppositionspartei, die AfD, zu verbieten, als wüssten wir nicht, dass eine Demokratie, die keine konservative Politik mehr zulässt, keine Demokratie mehr ist. Die öffentlich-rechtlichen Medien berieseln das Land ungeniert mit Regierungspropaganda und – als Israel-Kritik getarnter – jüdenfeindlicher Hetze. Staatlich finanzierte Denunziationsagenturen bewachen einen stetig enger werdenden Meinungskorridor, und Teile der Justiz beteiligen sich durch Hausdurchsuchungen bei unbescholtenen Bürgern an Einschüchterungsversuchen der Öffentlichkeit. Der Bundespräsident, von Amts wegen zur Neutralität verpflichtet, beendet eine sozialdemokratische Wahlkampfrede zum 9. November gegen die AfD mit einer fast mafia-artigen Formulierung: „Tun wir, was getan werden muss!“

Tage zuvor hatten in vorausweisendem Gehorsam Antifa-Attentäter einen Brandanschlag auf das Auto des AfD-Bundestagsabgeordneten Bernd Baumann im Hamburger Westen verübt. Eine Woche später sagte die Fraktionschefin der Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Solidarität ist ein Gefühl – und das teilen wir nicht mit der AfD.“

Es ist dieses eisige Ausmaß an Bosheit, dieses luziferische Geheuchel und das ewig-menschlich Infame, was die aktuellen Nachrichten durchzieht und woran wir bei der Lektüre von Illies' Buch erinnert werden. Schon in den Corona-Jahren meinten aufmerksame Beobachter angesichts der rasanten mentalen Gleichschaltung der Impf- und Maßnahmen-Opportunisten, nun besser verstehen zu können, wie die Gleichschaltung der Bevölkerung anno 1933 wohl vonstatten gegangen sei. Die freiheitlich-demokratische Gesittung scheint als ein dünner Firnis über einem höchst manipulierbaren Untergrund im Menschen zu liegen. Wie schnell biedere Zeitgenossen mit den geeigneten Mitteln in schlimmste Eiferer verwandelt werden können, erleben wir, mal links blinkend, mal rechts winkend, stets aufs Neue.

Als Schriftsteller hat uns Thomas Mann die Fluchtwege des Humors aus diesem anthropologischen Irrsinn aufgezeigt. Als Mensch scheint er sie regelrecht vorgelebt zu haben, wie Illies erzählt. Auch wenn Mann sich in Sanary mitunter gefühlt hat, „als sei er ins Paradies vertrieben worden“, sind er und seine Frau „in den Monaten des Exils immer besorgt, unter ihrem Niveau zu leben, haben Angst, dass etwas ihrer nicht würdig ist, es ist die Sorge vor ‚deklassierter Existenz‘, die Thomas Mann schon immer in den Knochen sitzt und die nun plötzlich wieder akut wird“. Bei Thomas Mann muss die ganze Existenz von einem intrinsischen Gelächter erfüllt gewesen sein.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de/finanzbuchverlag

● MELDUNGEN

Landarztpraxen werden gekauft

Berlin – Nach aktuellen Schätzungen gehört in Deutschland mindestens jedes sechste medizinische Versorgungszentrum (MVZ) und eine wachsende Zahl von Facharztpraxen bereits Finanzinvestoren. Hintergrund der Entwicklung ist in vielen Fällen der Kauf von Arztpraxen durch sogenannte Private-Equity-Gesellschaften. Da die Finanzinvestoren eigentlich keine Arztpraxen kaufen dürfen, werden die Praxen zunächst in sogenannte Medizinische Versorgungszentren umgewandelt, anschließend dann unter dem Dach von Holdings zusammengefasst. Aus Sicht von Investoren kann dieses Modell unter anderem dabei helfen, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern. Laut einem aktuellen Bericht des MDR gibt es, etwa von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, aber auch Kritik, dass immer mehr Praxen in Investorenhand übergehen. Auch die Bundesärztekammer warnt bereits seit Jahren vor den Folgen einer fortschreitenden Kommerzialisierung. H.M.

Förderung von Kernfusion

Berlin – Die Bundesregierung plant, dass das erste Fusionskraftwerk der Welt in Deutschland gebaut wird. Dadurch soll sich die Bundesrepublik als Energieproduzent und Exportnation im Fusionssektor etablieren. Kernfusion könne ein „wichtiger Baustein im Stromnetz der Zukunft sein“, so die Bundesregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, will sie die Erforschung und Entwicklung der erforderlichen Technologien stärken sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Technik schaffen. Mit einem Förderprogramm „Fusion 2040“ im Umfang von rund 1,7 Milliarden Euro sollen unter anderem Maßnahmen wie der Aufbau eines Fusions-ökosystems, der Ausbau von Forschungsinfrastrukturen, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sowie strategische internationale Kooperationen finanziert werden. Bis zu rund 755 Millionen Euro sollen aus dem Sondervermögen Infrastruktur für infrastrukturelle Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. MRK

18 Millionen für Hamas-Helfer

Berlin – Erneutes Kopfschütteln über Außenminister Johann Wadepful (CDU), denn der plant, das umstrittene UN-Hilfswerk für Palästina (UNRWA) 2026 erneut mit 18 Millionen Euro zu fördern. Und das, obwohl die Organisation wegen möglicher enger Verbindungen zur Terror-Hamas stark kritisiert wird. Aber die deutschen Beiträge sind bereits fest im Haushalt des Auswärtigen Amtes verankert. Deutschland betont, dass die Versorgung der Menschen im Gaza-Streifen mit humanitärer Hilfe und medizinischen Leistungen trotz des nahezu bewiesenen Terrorverdachts Vorrang habe. Dafür nutze man, wenn nötig, eben auch vorhandene UNRWA-Strukturen, sofern andere Organisationen diese Aufgaben nicht übernehmen können. Dennoch sieht die Bundesregierung beim UNRWA deutlichen Reformbedarf. J.E.



BILD: PICTURE ALLIANCE/CHRIS EMIL JANSSEN

Tritt als Bundesvorsitzende ihrer eigenen Partei zurück, will aber dennoch weiter „mitspielen“: Sahra Wagenknecht

BSW

Partei ohne eigenes Profil

Wie geht es nach Sahra Wagenknechts Rückzug mit dem Bündnis weiter?

VON PETER ENTINGER

Am Ende war es keine Überraschung mehr. In der vergangenen Woche verkündete Sahra Wagenknecht, dass sie bei dem anstehenden Parteitag im Dezember nicht erneut als Bundesvorsitzende des von ihr gegründeten und nach ihr benannten BSW kandidieren werde. Die 56-Jährige, einst als charismatische Linken-Abgeordnete bekannt und heute das prägende Gesicht der neuen Partei, begründete ihren Schritt mit Überlastung. Sie sei seit der Gründung 2024 „extrem durch Aufgaben des Parteimanagements und der Organisation beansprucht“ gewesen, sagte sie. In Zukunft wolle sie den „Kopf wieder freihaben für die Dinge, mit denen ich dem BSW helfen kann“. Schon zu den turbulenten Linken-Zeiten hatte sich die Ehefrau des Polit-Querkopfs Oskar Lafontaine aus gesundheitlichen Gründen aus der ersten Reihe zurückgezogen.

Für den Bundesvorsitz strebt das BSW abermals eine Doppelspitze an. Die bisherige Co-Parteichefin Amira Mohamed

Ali soll neben dem neuen Vorsitzenden Fabio De Masi, einem engen Vertrauten Wagenknechts und Europaabgeordneten, das Amt führen. Der Generalsekretär-Posten ist bisher noch vakant. Der bisherige Amtsinhaber Christian Leye soll nun stellvertretender Parteichef werden. Ungewachtet des Führungswechsels soll Wagenknecht jedoch in jedem Fall „eine führende Rolle“ behalten – vor allem bei der inhaltlichen Ausrichtung über eine neu geschaffene Grundwertekommission.

Neuer Name, alter Inhalt

Auch der Parteiname steht auf dem Prüfstand. Seit der Gründung hieß das Bündnis offiziell „BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“. Kritiker warfen der Partei vor, zu stark auf die Gründerin zugeschnitten zu sein. Wagenknecht selbst hatte das zunächst mit dem schnellen Wiedererkennungswert begründet. Nun plant das Präsidium eine offizielle Umbenennung. Vorgeschlagen ist die Langform „Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“ – das Kürzel BSW soll bestehen

bleiben. Gleichzeitig formieren sich Gegenentwürfe. So schlägt der Landesverband Rheinland-Pfalz „Bürger schaffen Wandel – Vernunft und Gerechtigkeit“ vor. Der Streit um den Namen zeigt, wie sehr das BSW nach einem eigenständigen Profil ringt, jenseits des Personenkults.

Dabei bleibt die Partei in einer schwierigen Phase. Der Enthusiasmus der Anfangszeiten hat sich gelegt. In Umfragen liegt das BSW bundesweit nur noch bei etwa drei bis vier Prozent. Gleichzeitig häufen sich interne Konflikte. In Brandenburg sorgt ein Streit um neue Medienstaatsverträge für Unruhe in der rot-rotgelben Koalition. Letzte Woche verließen vier Abgeordnete die Partei, wollen aber in Fraktion und Regierung bleiben.

In Sachsen-Anhalt berichteten Medien von erbitterten Grabenkämpfen im Landesvorstand. Überall wird diskutiert, ob man in den Länderregierungen weiter mitwirken oder sich für Neuwahlen aufstellen soll. Wagenknecht gilt als skeptisch gegenüber Koalitionen, während Landespolitiker wie die thüringische BSW-Landeschefin Katja Wolf sie weiter

verteidigen. Diese Strategiedebatten über Machtbeteiligung und Regierungsfragen legen offen, dass das BSW immer noch klären muss, wofür es politisch steht.

Vor allem die Frage, ob das BSW doch noch den Sprung in den Bundestag schafft, dürfte viele beschäftigen. Bei der letzten Bundestagswahl fehlten nur rund 9500 Stimmen zum Einzug – seither kämpft Wagenknecht um eine Neuauszählung.

„Ich bin überzeugt, dass das BSW mit diesem Personal eine gute Chance hat, an seine Anfangserfolge wieder anzuknüpfen“

Sahra Wagenknecht
BSW-Bundesvorsitzende

Eine diesbezügliche Klage hatte das Bundesverfassungsgericht im Juni vorerst zurückgewiesen. Aktuelle Umfragen lassen zudem wenig Hoffnungen aufkommen. Selbst in Sachsen-Anhalt käme die Partei derzeit nur auf sechs Prozent. Die Partei kommt kaum noch über ihr Kernklientel hinaus. Politologen bemängeln zudem, dass die uneinheitliche Position zwischen linken und rechten Themen viele Wähler irritiert. Um künftige Erfolge realistischer zu machen, müsste sich das BSW viel breiter aufstellen – vor allem im Westen. Wagenknecht bleibt dennoch optimistisch: Sie sieht „eine gute Chance, an ihre Anfangserfolge anzuknüpfen“.

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die angestrebte Neuausrichtung wirklich Früchte trägt. Denn klar ist: Ohne Sahra Wagenknechts schillernden Namen im Parteilogo muss das Bündnis nun endgültig ein eigenes Gesicht entwickeln und sich deutlicher definieren. Ihre Zusage, auch weiter eine Schlüsselrolle an der inhaltlichen Spitze zu spielen, mag ihren Anhängern zunächst Sicherheit geben. Allerdings hat sich Wagenknecht, ganz dem Vorbild ihres Gatten folgend, nie wirklich an irgendeine Parteidisziplin gehalten. Querschüsse sind also vorprogrammiert. Gremiensitzungen und politische Kärrnerarbeit haben die Politikerin stets genervt. Davon ist sie alsbald befreit.

UNTERSCHÄTZTES PROBLEM

Trügerische Idylle: Todesdrogen auf dem Land

Crack, Meth und bestimmte Medikamente lassen Jugendliche immer öfter in die totale Sucht rutschen

Deutschlandweit gibt es nach Erkenntnissen der Suchtberatungsstellen zunehmend Probleme mit den Drogen Crack und Fentanyl. Bei Crack handelt es sich um rauchbares Kokain, was für die Konsumenten hochgefährliche Folgen hat. Konsumenten gibt es oft schon nach wenigen Wochen Anzeichen von Verwahrlosung und einen starken körperlichen Verfall. Für die Betroffenen geht der Konsum dieser Drogen mit einer rapiden, dramatischen Verschlechterung ihrer sozialen Situation einher. Laut der Geschäftsführerin der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), Christina Rummel, ist Crack aktuell die am häufigsten konsumierte Droge.

„Selbst kleinere Städte haben inzwischen mit Crack zu kämpfen – einer Droge, die extrem schnell abhängig macht“,

so Hendrik Streeck (CDU), der Drogenbeauftragte der Bundesregierung. Streeck warnte auch vor einer zunehmenden Verbreitung sogenannter synthetischer Opioide, etwa von Fentanyl: „Diese bergen enorme Gefahren für die Menschen, die mit ihnen in Kontakt kommen.“ Dies gelte „schon beim ersten Konsum“. Bereits die Menge einer Bleistiftspitze kann tödlich sein. Anlässlich des Aktionstages Suchtberatung machte Rummel auch auf ein besonderes Problem aufmerksam. Auch in ländlichen Regionen breite sich immer mehr der Missbrauch von hochgefährlichen Drogen wie Crack oder Fentanyl aus, gleichzeitig ist aber der Weg zur nächsten Suchtberatungsstelle sehr weit.

Tatsächlich sind Drogen kein Großstadtproblem. Auch auf dem Land wächst die Zahl Jugendlicher, die von Crystal

Meth und anderen synthetischen Drogen abhängig sind. Im Süden Brandenburgs, in Sachsen und auch in Bayern sind solche Gifte inzwischen ein Dauerproblem. Ursprung der Substanzen waren zunächst illegale Hinterhoflabore in Tschechien. Polizei und Zollfahnder heben allerdings auch hierzulande öfter Drogenlabore aus.

Anfang November stießen Ermittler im Havelland bei Nauen in einer großen Lagerhalle auf eine riesige Produktionsstätte für synthetische Drogen: „Das größte Drogenlabor, das ich in 30 Dienstjahren gesehen habe“, so der Einsatzleiter der Razzia. Aufgrund der enormen Menge an Abfällen und Chemikalien vermuten Ermittler, dass allein in dieser Halle mehrere Tonnen Drogen hergestellt wurden.

Suchtberater aus Bayern berichten indes, dass sich seit der Corona-Pandemie

zudem der Missbrauch von einigen verschreibungspflichtigen Medikamenten, etwa Hustenstillern oder Schmerzmitteln, ausgebreitet hat. Gemeinhin verbindet man mit diesen Medikamenten eigentlich keine Drogen, aber die enthaltenen Opioide und Benzodiazepine sind genau das, so Christian Fenn vom Verein „Kissinger Drogenhilfe“. Auch beim Missbrauch solcher Medikamente beobachten Beratungsstellen, dass der Konsum nicht harmlos ist. Fenn hat bei Jugendlichen häufig ein Demotivationsyndrom beobachtet, wenn diese von solchen Medikamenten süchtig werden: „Sie bekommen dann einfach ihren Hintern nicht mehr richtig hoch.“ Folge ist oftmals ein rapider Leistungsabfall und der Abbruch der Schulausbildung oder der Lehre – der Anfang vom Ende. Hagen Ritter

LANDESPOLITIK

Linksruck bei Berlins SPD

Martin Hikel will nicht mehr. Güner Balci: Partei „von linken Aktivisten und Islamisten unterwandert“

VON HERMANN MÜLLER

Zur Berlin-Wahl im September kommenden Jahres will die SPD mit Steffen Krach als Spitzenkandidaten antreten. Krach arbeitet derzeit als Regionspräsident in Hannover und ist in der Hauptstadt bislang nur wenig bekannt. Dafür scheinen die Genossen auf zwei prominente Politiker verzichten zu wollen, mit denen die Partei bislang bei Wählern der politischen Mitte punkten konnte.

Mit Namen wie Heinz Buschkowsky, Martin Hikel und Franziska Giffey stand der SPD-Kreisverband Berlin-Neukölln über Jahre hinweg für eine realitätsnahe und pragmatische Sozialdemokratie. Offenbar bestimmen nun aber zunehmend Genossen vom linken Parteiflügel das Terrain.

Ganz offensichtlich abgestraft wurde vom SPD-Kreisverband Neukölln Franziska Giffey. Die Parteigliederung hat die ehemalige Regierende Bürgermeisterin und derzeitige Wirtschaftsministerin nicht einmal mehr für ihre Bezirksliste zur Abgeordnetenhauswahl nominiert. Giffey hat damit keine Chance, nächstes Jahr über einen Listenplatz ins Landesparlament einzuziehen. Die einzige Möglichkeit besteht für Giffey damit nur noch über den Gewinn eines Direktmandats in Rudow. Allerdings ist der Wahlkreis im südöstlichen Teil Berlins eine Hochburg der CDU.

Franziska Giffey „vom Hof gejagt“

Giffey, langjähriges Aushängeschild der SPD in der Hauptstadt, ist damit „von der eigenen SPD vom Hof gejagt“ worden, so die Einschätzung der „Berliner Zeitung“. Ihre politische Zukunft ist somit ungewiss. Aufgeflammt sind nun wieder Spekulationen, die in Frankfurt (Oder) geborene Giffey könnte in die Brandenburger Landespolitik wechseln und dort als Nachfolgerin von Ministerpräsident Dietmar Woidke antreten. Der 63-Jährige befindet sich derzeit in seiner vierten Amtszeit als Regierungschef des Landes.

Mittlerweile ist auch die politische Zukunft eines weiteren Aushängeschildes der Berliner Sozialdemokraten offen. Martin Hikel, Co-Vorsitzender der Berliner Landes-SPD und Bezirksbürgermeister von Neukölln, hat nämlich vor Kurzem er-



Von der Parteilinken verdrängt: Franziska Giffey und Martin Hikel

Bild: IMAGO/Methodi Popow

klärt, er werde bei der Wahl 2026 nicht mehr für den Posten des Bezirksbürgermeisters kandidieren. Anlass für den Verzicht war ein Nominierungsergebnis auf einer Delegiertenkonferenz der Neuköllner SPD. Hikel war bei der Wahl nur auf 68,5 Prozent gekommen. Er erklärte daraufhin enttäuscht: Dieses Ergebnis gebe ihm nicht „ausreichend Rückenwind für einen erfolgreichen Wahlkampf als Bezirksbürgermeister“.

Fritz Felgentreu, der von 2004 bis 2014 Chef der Neuköllner SPD war, ordnet das schwache Wahlergebnis für Hikel geänderten Machtverhältnissen zu: „Die Neuköllner SPD ist inzwischen klar von einer linken Mehrheit dominiert, die den erfolgreichen Kurs der Vergangenheit nicht fortsetzen will.“ Laut Felgentreu hat sich nach der Kandidatenrede Hikels auf der SPD-Versammlung eine lange Reihe von Kritikern zu Wort gemeldet. Diese warfen Hikel neben mangelnder Kommu-

nikation auch vor, er mache sich den Begriff „antimuslimischer Rassismus“ nicht zu eigen. Parteilinke und Jusos kritisierten zudem Hikels Vorgehen gegen kriminelle arabische Clans.

SPD-Veteran Felgentreu machte dem Kreisvorstand den Vorwurf, Hikel gegen die Kritik nur halbherzig unterstützt zu haben. Die Botschaft sei bloß gewesen, dass man ihn trotzdem unterstütze, erklärte Felgentreu.

„Zehn Jahre lang bekämpft“

Auch Neuköllns Integrationsbeauftragte Güner Balci hat angesichts des Rückzugs von Hikel schwere Vorwürfe gegen den linken SPD-Parteiflügel erhoben. Sie erklärte gegenüber dem Spiegel: „Martin Hikel wurde in den letzten zehn Jahren von einem kleinen linken Flügel, der doch sehr hartnäckig ist, bekämpft.“ Laut Balci sei systematisch versucht worden, „Hikel kleinzukriegen“.

Den Vorwurf, Hikel würde den Begriff „antimuslimischer Rassismus“ nicht verwenden, konterte Balci: „Das ist ein Kampfbegriff.“ Der Begriff Islamophobie sei „von interessierten Kreisen eingeführt“ worden. Das Regime in Teheran und der türkische Präsident Erdoğan hätten ihn benutzt. Zudem erklärte Balci, „Islamisten und Aktivisten haben auch Teile der Politik und auch der SPD und der Verwaltung unterwandert“ und so die Kandidatur des Bezirksbürgermeisters Hikel verhindert. Anders als manche seiner innerparteilichen Gegner habe sich Martin Hikel auch nicht für Fototerminen mit Islamisten oder türkischen Nationalisten hergegeben, ruft Balci in Erinnerung.

Nach dem Verzicht auf eine erneute Bürgermeisterkandidatur hält sich Martin Hikel in der Frage bedeckt, ob er zusammen mit Nicola Böcker-Giannini auch über das Frühjahr 2026 hinaus noch SPD-Landesvorsitzender bleiben will.

MIGRATION

„Wir brauchen einen Aufnahmestopp“

Insiderin aus der Berliner Verwaltung gibt Einblick in das kollabierende Asylsystem der Hauptstadt

Unter Hinweis auf gesunkene Ankunftsahlen will der Berliner Senat das große Flüchtlingsaufnahmезentrum auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel bis Ende des Jahres schließen. Die Entscheidung könnte sich jedoch als voreilig herausstellen. Die Zahl der Asylanträge ist seit der Einführung von Grenzkontrollen zwar gesunken, auch die Zahl der Ukrainer, die sich neu in Berlin melden, ist zurückgegangen. Bundesländer wie Sachsen registrieren seit dem Sommer allerdings wieder eine deutlich stärkere Migration aus der Ukraine.

Die Hauptstadt hat zudem schon jetzt massive Probleme, tausende Asylsucher verstärkt dezentral in den Bezirken unterzubringen, wie Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) es plant. Zu den 125 Unterkünften, die das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten bereits überall im

Stadtgebiet angemietet hat, sind 30 weitere in der Planung – häufig handelt es sich dabei um Containerdörfer.

Aus den Reihen der Berliner Verwaltung war nun indes eine eindringliche Insiderwarnung vor den Folgen der bisher erfolgten Migration und der Ruf nach einem Aufnahmestopp zu hören. Eine Mitarbeiterin der Verwaltung gab der „Berliner Zeitung“ eine ungeschminkte Lagebeschreibung: „Wir sind absolut überlastet.“ Die Behördenmitarbeiterin, die täglich in der Verwaltung mit den Folgen des Zustroms von Asylsuchern konfrontiert ist, erklärte weiter: „Wir haben nicht mehr genügend Ressourcen in dieser Stadt – egal, wo man hinschaut.“

Nach Angaben der Frau muss eine ständig wachsende Zahl von Asylsuchern in Zelten oder Containern untergebracht werden. Die fehlenden Ressourcen bezie-

hen sich nach ihren Angaben aber auch auf Sprachkurse, Schulen, Ärzte und Psychiater.

Sie wies darauf hin, dass viele „Ge-flüchtete im System bleiben. Sie sind auf Hilfe angewiesen, viele Zeit ihres Lebens.“ Aus Furcht vor beruflichen Konsequenzen blieb die Behördenmitarbeiterin anonym. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ erklärte sie, schon vor 2015 in ihrem Job gearbeitet zu haben. Sie selbst habe sich zu Beginn ihrer Tätigkeit zunächst als Linke verstanden.

Nach ihrer Einschätzung ist von den freiwilligen Helfern der „Willkommenskultur“ des Jahres 2015 kaum noch jemand übrig. Auch in der Verwaltung sei die Erschöpfung heute größer als vor zehn Jahren: „Viele tragen ihren Kopf unter den Schultern. Das System kollabiert.“ Dementsprechend sei die Freude

innerhalb der Verwaltung begrenzt, wenn die Behördenleitung stolz verkünde, Berlin habe im vergangenen Jahr die bundesweit festgesetzte Aufnahmequote bei unbegleiteten Minderjährigen „mit 124 Prozent übererfüllt“.

Gerade die Betreuung unbegleiteter Kinder und Jugendlicher ist als besonders kostspielig bekannt. Aus einer Aufschlüsselung der landesweiten migrationsbezogenen Ausgaben durch die Finanzverwaltung geht hervor, dass Berlin im Jahr 2024 insgesamt rund 250 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Asylsucher ausgegeben hat. Die Kosten lagen für jeden betreuten Jugendlichen bei durchschnittlich 147.000 Euro pro Jahr – unter anderem wegen des hohen Betreuungsbedarfs und der Unterbringung in spezialisierten Einrichtungen. H.M.

KOLUMNE

Im Dilemma

VON THEO MAASS

Ministerpräsident Dietmar Woidkes Landesregierung in Brandenburg rutscht immer tiefer in eine ausweglose Situation. Im aktuellen Brandenburger Landtag verfügen die SPD mit 32 und das BSW mit 14 Abgeordneten über eine Mehrheit von 46 gegenüber 42 Stimmen der Opposition aus CDU (12) und AfD (30). Nun sind jedoch vier der BSW-Abgeordneten aus der bislang Bündnis Sahra Wagenknecht genannten Partei ausgetreten. Die vier wollen zwar die amtierende Landesregierung weiter unterstützen – aber wer weiß, wie lange die Zusage hält.

Die Koalition war wegen eines Streits um zwei Medienstaatsverträge in die Krise geraten. Dabei geht es um die Reform von ARD, ZDF und Deutschlandradio sowie um mehr Jugendmedienschutz. Die BSW-Fraktion hatte mehrheitlich angekündigt, gegen die Verträge zu stimmen.

Seltsam war der Vorstoß des Ministerpräsidenten in Richtung AfD. Am Montag sorgte Woidke in Potsdam für Aufmerksamkeit mit einer Antwort auf eine Journalistenfrage nach der Brandmauer zur AfD. Woidke meinte, die AfD habe es selbst in der Hand, die Brandmauer überflüssig zu machen. Sie müsse nur „Extremisten“ sowie „Demokratie- und Staatsverächter“ rauschmeißen. „Wenn sie soweit ist“, so Woidke wörtlich, „können sie sich bei uns melden. Und dann werden wir auch gerne mit einer – dann anderen – AfD zusammenarbeiten. Aber mit Extremisten kann es keine Zusammenarbeit geben.“

Die Linken-Vorsitzende Katharina Slanina reagierte empört: „Geht’s noch Herr Woidke?!“ Woidkes „Realitätsverlust“ nehme „groteske Züge“ an. Dauerhaft wird Woidke mit dem zerstrittenen BSW möglicherweise nicht regieren können. Mit der CDU allein hat er keine Mehrheit. Neuwahlen dürften der SPD die Position als stärkste Kraft kosten. Wenn er Neuwahlen vermeiden will, muss Woidke wohl mit der AfD irgendwie zurechtkommen.

MELDUNG

Stupa stärkt Israel-Feinde

Berlin – Das Studentenparlament der (Stupa) Humboldt-Universität (HU) Berlin hat den seit 2018 geltenden Bann gegen die BDS-Bewegung aufgehoben. Die gegen Israel gerichtete Kampagne („Boycott, Divestment, Sanctions“) galt nach bisheriger Beschlusslage als antisemitisch, ihr nahestehende Gruppen wurden von den Hochschulgremien ausgeschlossen. Mit dem neuen Beschluss des Stupa können diese Gruppen nun unterstützt werden. Der Antrag kam von der Linken Liste und wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen, trotz Gegenstimmen sogar von den Jusos. Die Linke Liste verfügt im Stupa über die absolute Mehrheit. Die Leitung der HU hat sich vom Votum des Parlaments distanziert und prüft nun rechtliche Konsequenzen. Der Beschluss zum Bann der BDS-Bewegung war im Jahr 2018 auf Initiative der CDU-nahen Hochschulgruppe RCDS zustande gekommen. H.M.

● MELDUNGEN

Infos an die USA reduziert

London – Die britische Regierung hat laut CNN, der „New York Times“ und des „Guardian“ die Kooperation mit US-Geheimdiensten eingeschränkt. Eingestellt werden soll die Weitergabe von Geheimdienstinfos, die sich auf mögliche Drogenschmugglerboote in der Karibik und im Pazifik beziehen. Die US-Streitkräfte haben vor Kurzem damit begonnen, Boote anzugreifen, die mutmaßlich Rauschgift transportieren. Dabei sind mehrere Menschen getötet worden. Aus Sicht von Regierungen lateinamerikanischer Staaten wie Venezuela und Kolumbien verstößt die USA damit gegen Völkerrecht. Großbritannien hat sich dieser Sichtweise nun angeschlossen. Das Büro von Premierminister Keir Starmer lehnte eine Stellungnahme bisher ab. Auch Kolumbiens Präsident Petro hat den Austausch von Geheimdienstinformationen mit den USA ausgesetzt. Petro betonte, auch im Kampf gegen Drogen müssten die Menschenrechte gewahrt werden. *H.M.*

EU plant Geheimdienst

Brüssel – Die Europäische Kommission plant den Aufbau eines eigenen, ihr direkt unterstellten Geheimdienstes. Das berichtete die britische „Financial Times“ unter Berufung auf das EU-Organ. Befürworter des Vorhabens argumentieren mit der aktuellen politischen Lage in Europa und der Welt, welche es notwendig mache, der Brüsseler Exekutive mehr sicherheitsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen. Dahingegen verweisen Kritiker darauf, dass mit der Intelligence-Direktion des EU-Militärstabes (EUMS INT), dem EU Intelligence and Situation Centre (IntGen) sowie der Single Intelligence Analysis Capacity (SIAC) bereits drei nachrichtendienstliche Strukturen innerhalb der EU existierten, obwohl die nationale Sicherheit den EU-Verträgen zufolge eigentlich in der exklusiven Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten liege. Aber offenbar wolle die EU-Kommission nun unbedingt auch selbst noch einen Geheimdienst besitzen. *W.K.*

EU-Milliarden an NGOs

Brüssel – Über vier Jahre gab die EU rund 17 Milliarden Euro für Hunderte NGOs aus. Gerade bei Umweltthemen wurden auch Gruppen unterstützt, die sich sonst gegen Ziele der EU aussprechen. Im Sommer deckte eine ungarische Initiative auf, dass die EU-Kommission von 2019 bis 2023 rund 37.000 Verträge mit NGOs abschloss. Viele finanzieren sich voll aus EU-Mitteln. Die EU steht nun im Verdacht, über Geheimverträge ein eigenes Umfeld von Unterstützern zu generieren. Geheim, weil Abgeordnete des EU-Parlaments sich zur Verschwiegenheit verpflichten mussten. Im April hatte der Europäische Rechnungshof die mangelnde Transparenz der EU bei der Finanzierung von NGOs kritisiert. Der Europäische Steuerzahlerbund (TAE) erstattete im Juli Anzeige gegen zwei Ex-EU-Kommissare. Sie sollen zwischen 2019 und 2024 EU-Mittel in nicht rechtskonformer Weise an NGOs gelenkt haben. *S.V.*



Ein leider noch viel zu seltener Fahndungserfolg: Schwer bewaffnete Spezialkräfte der Polizei Hamburg bewachen 2,1 Tonnen sichergestellte Päckchen mit Kokain. Der Wert auf der Straße liegt bei über 100 Millionen Euro

UNTERWANDERUNG

EU-Länder sind auf dem Weg zum Narco-Staat

Die Machtzunahme krimineller Drogenbanden in Europa wächst sich inzwischen zu einer handfesten Gefahr aus

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Die spektakulären Angriffe der USA auf angebliche Drogenboote im Pazifik führen Europa den Ernst des Kampfes gegen Drogenkartelle vor Augen. Derweil läuft in Belgien eine Debatte, ob und wie Drogenbanden den Staat unterwandert haben. Eine Frage, die inzwischen ganz Europa betrifft. Wie hart darf oder muss der Staat vorgehen, ohne das Recht aus den Augen zu verlieren?

Der belgische Hafen Antwerpen bildet mit dem niederländischen Rotterdam faktisch eine eng vernetzte Einheit, die größte Europas. Zusammen ist es zugleich ein Drehkreuz des Drogenhandels. Als im Oktober eine belgische Untersuchungsrichterin in einem anonymen Brief Alarm schlug, die Macht der Kartelle habe längst

den Staat unterwandert und „weit verbreitete mafiose Strukturen“ geschaffen, sorgte das für einen Aufschrei. Das Land drohe zum Narco-Staat zu werden, dessen Wirtschaft und Strukturen also von der Drogenmafia unterwandert sind. Europaweit geht es darum, wie weit Länder in ihren Grundstrukturen von Drogenbanden angegriffen werden und welches Maß an Abschirmung oder auch Schutz für Richter, Staatsanwälte oder Polizisten die betroffenen Staaten aufbringen.

In Hannover kam letztes Jahr ein Staatsanwalt in Untersuchungshaft: Verdacht auf Kooperation mit einem Kartell. In Belgien gilt das Kokain als Geldquelle, die Kriminellen Macht zur Bestechung und zum Eindringen in öffentliche Strukturen verschafft. Mord im Zusammenhang mit Drogen ist keine Seltenheit mehr, Brüssel ist wie Antwerpen betrof-

fen. Fälle von korrupten Beamten auf unterer Ebene, die intern nach Razzien in Häfen suchen, sind in Belgien belegt.

Noch betrage der Anteil des Drogenhandels am Bruttoinlandsprodukt nach Schätzungen der Nationalbank rund 0,2 Prozent. Gegenreaktionen des Staates funktionierten noch, beruhigen Experten. Erfahrungen im Kampf gegen Drogen zeigen indes, gerade wo Kontrollen ausbleiben, breitet sich das Verbrechen aus.

Deutschland ist ineffizient

Deutschland ist derweil als Geldwäscherparadies im Visier der Kartelle. Der Drogenkonsum steigt, vor allem mit Profit versprechendem Kokain, wie Befragungen des Instituts für Therapieforschung zeigen. Das lässt die Mafia wachsen. Die Aufklärungsquoten bei Drogendelikten sinken spürbar. Eine ARD-Dokumentati-

on deckte Ende Oktober auf, wie täglich Milliardenbeträge aus allen Bereichen der Kriminalität in die deutsche Wirtschaft fließen. Abhörprotokolle der italienischen Polizei ließen erkennen, dass Deutschland extrem ineffizient gegen Geldwäsche der Drogenclans vorgehe. Bei den Kartellen hat sich herumgesprochen, das illegale Geld nicht weggenommen wird, sich mit Drogengeld beispielsweise in bar ein Restaurant kaufen lässt, wo vermeintlich bar von Kunden bezahltes Essen als Einnahme direkt zur Bank kommt und so in den Wirtschaftskreislauf gelangt.

Marokkobanden als Strippenzieher

Im Rheinland sorgen neue Anzeichen eines Vordringens der Kartelle für Aufsehen: Bombenexplosionen! Es sind Anzeichen von Revierkämpfen in Drogenkreisen, die auch völlig Unbeteiligte treffen können. In den Niederlanden, wo die Spuren hinführen, sind solche Anschläge schon länger an der Tagesordnung. In Köln kam im Mai sogar eine Gruppe Minderjähriger vor Gericht, die im Kartellauftrag Sprengsätze gegen rivalisierende Drogenhändler eingesetzt haben sollen. Im Hintergrund werden skrupellose brutale marokkanische Banden in den Niederlanden vermutet.

In Deutschland hat die Polizei es schwer, weil sie neben dem Schwarzgeldverdacht auch eine kriminelle Handlung nachweisen muss, um Gelder beschlagnahmen zu können – mitunter tarnen Drogenringe die Geldverschiebungen mit dem Import teurer Baumaschinen. Vor allem die deutsche Bargeldkultur erleichtert Drogenringern den Zugriff auf die Wirtschaft und somit auch auf den Staat.

Diese Schwäche Deutschlands hat laut Experten Einfluss auf weltweite kriminelle Strukturen und beeinträchtigt den Kampf anderer Staaten. Dass Unbeteiligte in Deutschland angeworben werden, um mit ihren Identitäten Aufgaben für Kartelle zu ermöglichen, ist längst Realität – die Macht des schnellen Geldes erzeugt enormes Korruptionspotential. Bis die Schwelle zu Behörden und Politik durchbrochen ist, ist nur eine Frage der Zeit, denn das Geld als Machtmotor kann nicht einfach beschlagnahmt werden, wie in den Niederlanden.

Diese Herausforderungen treffen alle Staaten Europas. Ermittler haben bei Geschwindigkeit und Ausmaß der Verbrechen oft das Nachsehen. Da viele Geldmodelle der Banden hierzulande unbeobachtet bleiben, geraten mehr und mehr Berufe wie Wirtschaftsbereiche in Kontakt mit ihnen. So sind Notare im Visier beim Geldverstecken. Längst berichten Ermittler von unauffälligen Hotels, die Geld waschen. Die Aushöhlung des Staates ist somit eine reale Bedrohung.

BLACKOUT DROHT

In den Niederlanden gehen die Lichter aus

Immer öfter gerät Deutschlands Nachbar wegen Stromausfällen unter Versorgungsdruck

Was sich in den Niederlanden im Bereich der Energieversorgung abspielt, wird insbesondere in Deutschland, Belgien und Großbritannien mit Sorge beobachtet. In diesen Ländern hat man es mit einer ähnlich komplexen Situation durch den schnellen übermäßigen Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien einerseits und unzureichend ausgebauter Infrastruktur für die politisch gewollte Elektrifizierung andererseits zu tun.

Im Juli startete in den Niederlanden erstmals eine zentral gelenkte Stromverteilung, um das Stromnetz vor Überlastung zu schützen. Wie in Deutschland beschleunigte man auch dort nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 den Rückzug vom Erdgas. Das Gasfeld in Groningen wurde aber vorzeitig stillgelegt, während der Netzausbau immer stärker

hinten der rasant steigenden Nachfrage zurückblieb. Dazu tragen primär E-Mobilität und Wärmepumpen bei, aber auch stromfressende Rechenzentren und das Mining von Kryptowährungen. Batteriegroßspeicher, die das Stromnetz nur kurzfristig und lokal entlasten können, verbrauchen selbst Strom unter anderem durch die Umwandlungsverluste.

In einigen Landesteilen sind die Bürger jetzt dazu angehalten, ihre E-Autos und E-Bikes nicht mehr zwischen 16 und 21 Uhr aufzuladen. Laut „Financial Times“ bieten einige Netzbetreiber ihren Kunden günstige Stromtarife an, wenn sie ihren Stromverbrauch in Zeiten außerhalb der frühen Abendstunden verlegen. Großkunden soll der Stromverbrauch während der Spitzenzeiten vollständig untersagt worden sein.

Bereits Anfang des Jahres wurde vor langen Wartelisten für Stromanschlüsse gewarnt. Für die Verlegung der Leitungen fehlen aber bis 2030 rund 150.000 Fachkräfte. 200 Milliarden Euro müssten bis 2040 in den Netzausbau fließen. Doch woher soll das Geld kommen, falls die Steuereinnahmen bald zurückgehen?

Fast 12.000 Firmen sollen bereits auf einen Stromanschluss warten. Schon wird befürchtet, dass Investitionen in bestimmten Regionen ausbleiben könnten, wenn Unternehmen lange auf einen Anschluss warten müssen. Laut „Financial Times“ befürchtet der Bürgermeister von Eindhoven, Jeroen Dijsselbloem, dass in der Spitzentechnologie-Region Brainport um Eindhoven bereits Investitionen nicht getätigt wurden, weil die Stromversorgung rationiert werden musste. In der Re-

gion produziert unter anderem auch der Chipmaschinen-Hersteller ASML.

Auch in Deutschland wird die Versorgungssicherheit noch kostspieliger. Laut dem Vorstandschef des größten deutschen Stromnetzbetreibers TenneT Deutschland, Tim Meyerjürgens, musste vor 20 Jahren ein- bis zweimal jährlich korrigierend ins Stromnetz eingegriffen werden, um es stabil zu erhalten. Inzwischen seien es allein im Gebiet von TenneT rund 2500 Eingriffe im Jahr, also sieben am Tag. Der drohende Blackout, kann nur durch das europäische Stromnetz abgewendet werden. Nach Meyerjürgens handelt es sich dabei um „die komplexeste Maschine, die die Menschheit je gebaut hat“. Die teuren Ausgleichsmaßnahmen bezahlen die Verbraucher durch Rekordpreise für Strom, Gas und Öl. *JES*

VON HAGEN RITTER

Noch bis in die 2010er Jahre hat die Politik mit Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeit Anreize gesetzt, damit ältere Arbeitnehmer früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden können. Mittlerweile wird das exakte Gegenteil angestrebt. Mit der Aktivrente will die Bundesregierung ältere Menschen länger im Berufsleben halten. Derzeit sind in Deutschland 21 Prozent der 65- bis 69-Jährigen noch erwerbstätig. Dänemark oder Schweden kommen bereits auf Quoten von rund 30 Prozent.

Stimmen Bundestag und Bundesrat zu, werden ab Anfang 2026 Arbeitnehmer nach Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze zusätzlich zum Grundfreibetrag noch einmal 2000 Euro im Monat steuerfrei verdienen können, wenn sie freiwillig weiter im Arbeitsleben bleiben.

Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist davon auszugehen, dass das Arbeitsvolumen der derzeit 569.000 erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 66 und 70 durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und eine längere Beschäftigungsdauer um zehn Prozent steigt. Nach den Berechnungen der Studienautoren könnten damit rechnerisch 25.000 bis 33.000 zusätzliche Vollzeitstellen besetzt werden.

„Die finanziellen Anreize der Aktivrente können das Weiterarbeiten auch dort attraktiver machen, wo Arbeitsbedingungen weniger günstig sind, etwa bei hoher Belastung, niedrigem Stundenlohn oder fehlender Möglichkeit zum Homeoffice. Die Aktivrente könnte somit einen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels auch in weniger attraktiven Engpassberufen leisten“, so der Arbeitsmarktexperte bei der Bertelsmann-Stiftung André Schleiter.

Politik und Wirtschaft müssen umdenken

Für den deutschen Staat rechnet sich die Aktivrente allerdings erst, wenn die Schwelle von mindestens 40.000 zusätzlichen Vollzeitstellen erreicht wird. Erst dann sind die für den Fiskus entstehenden Einkommensteuerverluste kompensiert, so die Studie „Aktiviert die Aktivrente Ältere?“. Die Bundesregierung selbst rechnet mit steuerlichen Mindererträgen von 900 Millionen Euro für 2026. Demgegenüber kalkulierte die Regierung, dass die weiterhin gezahlten Rentenbeiträge der „Aktivrentner“ das Rentensystem finanziell stärken.

Die Politik muss allerdings noch mehr tun, damit die Aktivrente zum Erfolg wird. Die Regeln für die Beschäftigung äl-



In vielen Betrieben fehlen nicht nur Fachkräfte, sondern es geht auch viel Kompetenz und Erfahrung mit dem Vorruhestand älterer Mitarbeiter verloren. Dabei könnten sie jungen Arbeitskräften viel bei- und ein Unternehmen spürbar weiter voranbringen

AKTIVRENTE

Kaum Jobs für Ältere, weil junge Arbeitskräfte billiger sind

Kein Selbstläufer: Die Bundesregierung setzt auf anteilige Steuerfreiheit, um Löcher im Rentensystem und beim Bedarf an Fachkräften zu stopfen

terer Arbeitnehmer müssen vereinfacht werden. Denn Firmen sehen bei den derzeitigen Regelungen offenbar das Risiko, dass bei der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Mitarbeitern unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen, die später nur schwer aufzuheben sind.

Aber auch die Wirtschaft muss umdenken. Noch gibt es nämlich viel zu wenig Stellenangebote, die sich an Menschen im Rentenalter richten. In den ersten neun Monaten wurden nur 1958 Stellen gezielt für Rentner ausgeschrieben.

Ab 50 ist man fast chancenlos

Wie die „Wirtschaftswoche“ berichtete, ist jeder vierte Personalchef aufgrund betrieblicher Vorgaben sogar gezwungen, ältere Bewerber zu benachteiligen: „Wer mit Mitte 50 einen neuen Job sucht, hat es

schwer“, so das Resümee des Magazins. Weit verbreitet sind in Unternehmen Bedenken bezüglich der Anpassungsfähigkeit, der digitalen Kompetenzen und der Gehaltsvorstellungen älterer Bewerber.

Tatsächlich müssen Unternehmen bei langjährigen, erfahrenen Mitarbeitern mit anderen Gehaltskosten rechnen, als wenn sie Berufsanfänger einstellen. Junge Mitarbeiter sind halt billiger. Vor diesem Hintergrund wird es neben Firmen, die angesichts des Fachkräftemangels verstärkt auf ältere Mitarbeiter setzen, auch weiterhin Unternehmen geben, die Programme für den Vorruhestand anbieten werden.

Erst im vergangenen Jahr hieß es etwa beim Softwarekonzern SAP: „Wie bereits bei früheren Gelegenheiten bieten wir ein attraktives Angebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den vorzeiti-

gen Ruhestand gehen oder die SAP aufgrund dieser Umstrukturierung verlassen möchten.“

Platz machen für den Einsatz von KI

Das Programm ermöglichte es etwa 2800 Mitarbeitern, die im Alter ab 55 Jahren waren und eine längere Betriebszugehörigkeit hatten, zu attraktiven Bedingungen in den Vorruhestand zu gehen. Getrennt hat sich das Unternehmen damit von Tausenden gleichermaßen hochqualifizierten wie gutbezahlten Informatikern, Physikern und Mathematikern mit jahrzehntelanger Berufserfahrung. SAP selbst bezeichnete das Vorruhestands- und Abfindungsprogramm als Teil einer Restrukturierung des Unternehmens, um auf neue Marktbedingungen, wie den Wandel hin zu Künstlicher Intelligenz, zu reagieren.

CCS-TECHNOLOGIE

Eine gute Lösung oder doch nur Augenwischerei?

Bundesregierung will CO₂ unter der Nordsee speichern – Umweltverbände warnen vor den Folgen

Es ist beschlossene Sache: Der Bundestag hat das umstrittene „Kohlenstoffspeicherungsgesetz“ beschlossen. Es sieht vor, dass künftig „klimaschädliches“ Kohlendioxid, das bei der Zement-, Stahl-, Kalk-, Aluminium- oder Chemiefabrikation auch dann noch anfällt, wenn die Unternehmen nach neuesten Umweltauflagen arbeiten, abzuscheiden, zu pressen und dauerhaft unter dem Meeresboden zu speichern. Die Bundesregierung sieht darin einen weiteren Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität, da auf diese Weise die CO₂-Emissionen ausgeglichen werden könnten. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD hatten dem Gesetzentwurf zugestimmt, während Bündnis 90/Die Grünen und die AfD dagegen stimmten. Die Linke enthielt sich. Ende dieser Woche wird die Zustimmung des Bundesrats zu dem Gesetz erwartet.

Die Idee der CCS (Carbon Capture and Storage) genannten Technologie ist, dass damit das CO₂ nicht mehr wie bisher in die Luft ausgestoßen wird und damit angeblich zur Klimaerwärmung beiträgt, sondern unter dem Meeresboden gelagert – außer in Schutzgebieten und in Küstennähe – deutschen energieintensiven Unternehmen die Möglichkeit bietet, sich auf legalem Wege des CO₂ zu entledigen. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche, deren Ministerium das Gesetz auf den Weg gebracht hatte, erklärte, dass Deutschland mit dem Gesetz zu Ländern aufschließen werde, die diese Technologie bereits erfolgreich einsetzen wie Norwegen, Dänemark und die Niederlande.

Während die Carbon Management Allianz (CMA), der Unternehmen aus der Zement- und Kalkindustrie sowie der Ab-

fallwirtschaft angehören, das Vorhaben begrüßte, weil ihrer Ansicht nach damit der Abwanderung von Schlüsselindustrien ins Ausland entgegengewirkt werden könne, kritisieren Umweltverbände diesen Schritt der Regierung scharf.

Die AfD-Fraktion bemängelt, dass CCS eine vom Markt nicht akzeptierte Technologie sei, die von der öffentlichen Hand finanziert werden müsse, und dass weder die Belange der Öffentlichkeit noch Umweltaspekte genügend berücksichtigt würden. Die Grünen befürchten, dass der Hochlauf von grünem Wasserstoff verzögert oder sogar verhindert werde. Schärfer noch positionieren sich die Umweltverbände Greenpeace und BUND.

Laut Karsten Smid, dem Greenpeace-Experten für Klima und Energie, sind die von der Bundesregierung angenommenen

Kapazitäten der Endlagerstätten in der Nordsee völlig überzogen. Die Regierung hatte den Forschungsergebnissen des von ihr finanzierten GEOSTOR-Projekts entnommen, dass die deutsche Nordsee jährlich 30 bis 60 Millionen Tonnen CO₂ aufnehmen könne. In der Praxis schrumpfte allerdings die Anzahl potentieller Lagerstätten aufgrund von zu berücksichtigenden raumplanerischen, geotechnischen und wirtschaftlichen Randbedingungen auf ein paar Dutzend. Dies hätten Kieler Wissenschaftler von GEOSTOR in einem Nachtrag eingeräumt. Zudem werde das Risiko von Leckagen nicht berücksichtigt.

Der BUND kritisiert, dass CCS als milliardenteure Risikotechnologie der fossilen Industrie nutze und den Umstieg auf Erneuerbare Energien verzögere.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Chemie im Notzustand

München – In der Chemieindustrie hat sich die Stimmung im Oktober noch einmal deutlich verschlechtert. Nach Angaben des Münchner ifo-Instituts fiel das ifo-Barometer für das Geschäftsklima auf minus 19,4 Punkte. Im September lag es noch bei minus 12,0 Zählern. Die Bewertung des Auftragsbestands in der Chemiebranche fiel mit minus 68,9 Punkten sogar auf den tiefsten Wert seit mehr als drei Jahrzehnten. Wie die Ifo-Branchenexpertin Anna Wolf erklärte, zwingt die Chemiebetriebe eine Kombination aus mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, sinkenden Verkaufspreisen bei gleichzeitig hohen Kosten und schwachen Aufträgen, Investitionen zu drosseln und Personal weiter abzubauen. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) sieht die Branche mittlerweile im „Ausnahmestandard“ und fordert Entlastungen bei den Stromkosten. Der VCI kritisiert zudem die Belastungen durch zu viel Bürokratie und den Emissionshandel. H.M.

EuGH kippt Mindestlohn

Luxemburg – Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat zwei Vorgaben der EU-Mindestlohnrichtlinie gekippt. Laut einem aktuellen Urteil hat die EU bei der Festlegung von einheitlichen Standards für Mindestlöhne teilweise ihre Kompetenzen überschritten. Die EuGH-Richter gaben damit einer Klage Dänemarks in Teilen statt. Mit Unterstützung Schwedens hatte Dänemark vor dem EuGH auf Feststellung der Unwirksamkeit der Mindestlohn-Richtlinie geklagt. Das Regelwerk war 2022 per Mehrheitsentscheidung beschlossen worden. Die Höhe der Löhne ist nach den EU-Verträgen Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, kritisierte, dass durch das EuGH-Urteil weite Teile der Mindestlohn-Richtlinie bestätigt wurden. Er forderte, die Bundesregierung müsse jetzt weitere EU-Eingriffe in die Sozialpolitik abwehren. H.M.

EU plant neues schnelles Netz

Brüssel – Ein europaweites Hochgeschwindigkeitsnetz für Züge soll kommen, um die Reisezeiten zwischen den Hauptstädten bis 2040 zu verkürzen. Das plant die EU-Kommission. Ein Aktionsplan, den sie Anfang November vorgestellt hat, zielt darauf ab, den Schienenverkehr in Europa zu einer attraktiveren Alternative zum Kurzstreckenflugverkehr zu machen. Der Aktionsplan für den Hochgeschwindigkeits-Schienenverkehr sieht für die Strecke von Berlin nach Kopenhagen nur noch eine Fahrtzeit von vier statt sieben Stunden vor. Neue grenzüberschreitende Verbindungen sollen auch Bahnreisen von Paris über Madrid nach Lissabon und die Anbindung der baltischen Hauptstädte verbessern. Die Kosten für das TEN-V-Hochgeschwindigkeitsnetz werden laut Kommission bis 2040 auf rund 345 Milliarden Euro geschätzt. Zur Umsetzung will die Kommission eine neue Finanzierungsstrategie entwickeln. H.M.

KOMMENTAR

Schulgewalt – nur klare Regeln helfen wirklich

HERMANN MÜLLER

Umfragen unter Lehrern und die Polizeistatistiken zeichnen seit Jahren ein alarmierendes Bild: Gewalt gehört für viele Kinder zum Schulalltag – auch wenn sie oft verschwiegen wird. Die Gewalt, mit der Schüler heute konfrontiert werden, reicht von Mobbing gegenüber Mitschülern und Lehrkräften über Raub und Erpressung bis hin zu schwerer körperlicher Gewalt und sogar Mordversuchen. Ein extrem erschreckendes Beispiel ereignete sich im Februar in Wuppertal. Dort verletzte ein 17-jähriger Oberstufenschüler acht Mitschüler. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm zweifachen Mord und zweifache gefährliche Körperverletzung vor.

Im Jahr 2024 wurden in Deutschland unglaubliche 94.318 Straftaten mit dem Tatort „Schule“ registriert. Besonders gravierend dabei war der Anstieg körperlicher Gewalt, wobei bis zu 50 Prozent der Opfer Grundschüler sind. In Ballungszentren wie Berlin gab es in diesem Jahr bereits über 1100 Polizeieinsätze wegen Gewalt an Schulen – Tendenz steigend. In einigen Regionen Deutschlands haben sich die Zahlen der Gewaltvorfälle von 2022 bis 2024 um mehr als 60 Prozent erhöht.

Gewalt muss gemeldet werden

Selbst diese Zahlen geben nur einen Teil der Realität wieder. Überhaupt nicht in die Statistiken fließen Vorfälle ein, bei denen Kinder auf dem Weg zur Schule oder auf dem Nachhauseweg zum Opfer von „Abziehen“, also räuberischer Erpressung, werden. Werden solche Delikte überhaupt angezeigt, tauchen sie in der polizeilichen Kriminalstatistik in den Kategorien Straßenkriminalität oder Gewalt im öffentlichen Raum auf.

In die Statistik zur Schulgewalt fließen zudem nur jene Vorfälle ein, die polizeilich erfasst werden. Allerdings haben die Bundesländer sehr verschiedene Vorstellungen davon, was überhaupt verpflichtend gemeldet werden muss. Hamburg setzt etwa auf strenge Vorgaben: Ohne Ermessensspielraum müssen Schulleitungen alle Verdachtsfälle auf bestimmte Straftaten unmittelbar nach Kenntnisnahme melden. In

Nordrhein-Westfalen besteht hingegen nur bei schweren Fällen eine Meldepflicht. Bei dem, was mittlerweile als „alltägliche Gewaltformen“ bezeichnet wird, sind in NRW nur interne Umgangsregeln und schulische Maßnahmen vorgesehen. Dies betrifft sogar einfache Körperverletzungen.

Berlin hat die Vorschriften zur Meldung von Gewalt an Schulen zuletzt im Laufe des Schuljahres 2023/2024 deutlich verschärft. Seitdem müssen alle „relevanten“ Gewaltfälle ohne Ermessensspielraum gemeldet werden. Konkret betrifft die Meldepflicht körperliche Gewalt, sexuelle Übergriffe, Androhungen, Waffen und auch extremistische Vorfälle. Bis zur Änderung mussten Schulleitungen nur besonders schwere Gewaltfälle melden, zudem gab es mehr Spielraum für die Einschätzung der Vorfälle.

Angekündigt hat der Berliner Senat inzwischen auch den „Ausbau wertorientierter Angebote“. Im Zuge dieses Konzepts sollen „Wertebotschafter“ an die Schulen gehen, um Werte sowie „Gesprächskultur und Handlungssicherheit im pädagogischen Alltag“ zu vermitteln und das Schulklima zu verbessern. Erste „Wertedialoge“ haben bereits an der Friedrich-Bergius-Schule in Tempelhof-Schöneberg stattgefunden: „Rückmeldungen aus der Schulgemeinschaft deuten auf positive Effekte im Umgang miteinander hin“, so der Senat in einer Pressemitteilung. Die betreffende Schule hatte wegen Gewaltvorfällen erst im vergangenen Jahr als „Schlimmste Schule Deutschlands“ noch bundesweit Schlagzeilen gemacht.

In einem Brandbrief des Lehrerkollegiums war von Lehrern und Schülern die Rede, die zuhause gemobbt werden, und von gewaltbereiten Schülern, die sich dem Unterricht verweigern. Damit waren an der Schule Zustände eingekerkert, die schon vor 2005 herrschten. In diesem Jahr übernahm Michael Rudolph die Leitung der Problemschule. Ihm gelang es, die Atmosphäre an der Schule komplett umzukrempeln. Dazu setzte er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2021 konsequent auf die Einhaltung klarer Regeln und die Vermittlung althergebrachter Sozialtugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Ordnung und Disziplin – ganz ohne „Wertelotsen“.



Zeigt in vielen Grundsatzfragen einen unklaren Kurs: Die AfD-Führungsspitze aus Alice Weidel und Tino Chrupalla

LEITARTIKEL

Bedingt regierungsfähig

RENÉ NEHRING

Wir wollen regieren!“ Mit diesen, zu verschiedenen Anlässen geäußerten Worten bringen die beiden AfD-Vorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla seit geraumer Zeit missverständlich das gewachsene Selbstvertrauen ihrer Partei zum Ausdruck.

Schaut man sich die aktuellen Umfragewerte der AfD an, in denen die Partei regelmäßig mit der Union um den ersten Platz ringt, erscheint die Ansage des Führungsduos durchaus plausibel. Doch wenn man die Frage stellt, welche Politik die Deutschen im Falle einer Regierungsbeteiligung der größten Oppositionspartei konkret erwarten dürfen, erscheint hingegen vieles mehr als unklar.

So ist die AfD beim wohl wichtigsten außenpolitischen Thema unserer Zeit – dem Ukrainekrieg und damit dem Verhältnis zu Russland – in ihrer Haltung völlig uneins. Während Weidel offen ihr Unverständnis über umstrittene Sotschi-Reisen von Abgeordneten ihrer Fraktion äußert, verteidigt Chrupalla diese ebenso offen

und zeigt zudem eine völlige Distanzlosigkeit zur Kreml-Führung (etwa „Putin hat mir nichts getan“ bei „Markus Lanz“).

Auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zur NATO und zur Bundeswehr, gibt es innerparteilich massive Dif-

ferenzen. So wird nicht nur die Forderung, die deutschen Streitkräfte wieder in einen verteidigungsfähigen Zustand zu versetzen, kontrovers diskutiert. In der Grundsatzfrage der Wehrpflicht sind die Lager sogar so weit auseinander, dass die Parteiführung derzeit jede Positionierung dazu komplett meidet.

Wenn sie eines Tages regieren will, wird die AfD erklären müssen, wofür sie steht

Höchst unterschiedliche Ansichten gibt es auch über den wirtschaftspoliti-

schen Kurs. Während das Lager um Weidel für klassische ordnungsliberale Ansichten steht und versucht, die Partei damit für Unternehmer und Manager attraktiv zu machen, proklamieren andere einflussreiche Kreise offen einen „sozialpatriotischen“ Kurs, was sicher nicht nur zufällig wie „nationalsozialistisch“ klingt.

Generell unklar ist noch immer die grundsätzliche strategische Ausrichtung der AfD. Sprich: Soll die Partei auf politische Wettbewerber zugehen und mit diesen Koalitionen anstreben? Oder soll sie hinter der Brandmauer in einer Fundamentallopposition verharren und von den Misserfolgen der anderen profitieren? In diesen und weiteren Themen zeigt sich, dass die AfD vor allem als Dagegen-Partei gegründet und groß wurde: gegen die „Euro-Rettung“ der Regierung Merkel, gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung, gegen den links-grün-woke Zeitgeist. Doch wenn sie tatsächlich eines Tages regieren will, wird die AfD sowohl ihren Wählern als auch potentiellen Partnern erklären müssen, wofür sie steht. Ansonsten ist sie vielleicht regierungswillig – aber noch lange nicht regierungsfähig.

PORTRÄT

Karl der Erbe

Kaum trauerten die Franzosen nach dem Diebstahl im Louvre um die Napoleon-Juwelen, tauchte in Kanada der Familienschmuck der Habsburger auf. Gut 85 Jahre lang lag er unberührt in einem Bankschließfach, wohin ihn die im Exil lebende österreichische Kaiserin Zita verbracht hatte. Unter den 15 Juwelen befindet sich mit dem „Florentiner“ der einstmals viertgrößte Diamant der Welt.

Als aktuelles Familienoberhaupt sieht sich Karl Thomas Robert Maria Franziskus Georg Bahnam (von) Habsburg-Lothringen in der Pflicht, sich um die Schmuckstücke zu kümmern. Der 64-Jährige, der in Starnberg geboren wurde und seit 1981 in Österreich wohnt, ist der Sohn des Paneuropa-Politiklers Otto von Habsburg, des letzten Kronprinzen von Österreich-Ungarn. Nach dem Ende der Donaumonarchie 1918 wurde dessen Vater Kaiser Karl I. des Landes verwiesen und die Familie durch das „Habsburgergesetz“

enteignet. Hinzu kam 1919 der Verlust sämtlicher Titel. Kaiserin Karl Habsburg darf daher im Nachnamen nicht den Zusatz „von“ tragen.

Nach eigener Aussage hat der Medienunternehmer, der unter anderem an einem ukrainischen Radiosender beteiligt ist, vom Aufbewahrungsort des Familienschmucks erst durch zwei Cousins erfahren, die den Schlüssel zum Schließfach besaßen. Ihnen zufolge hatte Kaiserin Zita

verfügt, das Bankfach erst 100 Jahre nach dem Tod Karls I. im Exil auf Madeira öffnen zu lassen. Nun kommt Enkel Karl die Aufgabe zu, den Hort vor dem Zugriff des österreichischen Staates zu bewahren. Dieser hatte nach der Revolution unter anderem die heute in der Hofburg ausgestellte Rudolfskrone beschlagnahmt.

Den Familienschmuck betrachtet Karl Habsburg als Privateigentum und will ihn in Kanada belassen, auch um ihn vor dem Zugriff durch die österreichische Republik zu bewahren. Dabei dürfte es einige juristische Nachspiele geben. Karl Habsburg, der bis zu seinem Rücktritt wegen eines Spendenskandals von 1996 bis 1999 Abgeordneter des Europäischen Parlaments war, sieht sich gegen mögliche Zugriffe des Staates im Recht, weil der Schmuck das Land noch vor Inkrafttreten des „Habsburgergesetzes“ verlassen habe. Die Rebellen an der Regierung werden das naturgemäß anders sehen. H. Tews



Kaiserin Karl (von) Habsburg

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon

(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Philosoph auf dem Thron

Schon über 100.000 Besucher – Zweiteilige Landesausstellung in Trier widmet sich Kaiser Marc Aurel und seiner „guten Herrschaft“

VON VEIT-MARIO THIEDE

In der von den Römern gegründeten Stadt Trier, deren Wahrzeichen das zur Regierungszeit Kaiser Marc Aurels erbaute Stadttor Porta Nigra ist, präsentiert Rheinland-Pfalz eine zweiteilige Landesausstellung. Das Rheinische Landesmuseum zeigt: „Marc Aurel. Kaiser. Feldherr. Philosoph.“ Und im Stadtmuseum Simeonstift läuft: „Was ist gute Herrschaft?“

Im Landesmuseum schreitet der Besucher in chronologischer Reihenfolge Marc Aurels Leben von der Wiege bis zur Bahre ab. Zahlreiche Büsten und eine lebensgroße Marmorskulptur stellen ihn als Thronfolger, Kaiser, Feldherr und als in die Toga gekleideten Bürger vor. Auch seine Vorgänger, seine Frau Faustina und sein Sohn Commodus, den er 177 zum Mitkaiser und Nachfolger ernannte, sind mit Marmorbildnissen vertreten.

Seine Karriere verdankte der am 26. April 121 in Rom geborene Marc Aurel dem kinderlosen Kaiser Hadrian. Der machte anno 138 per Adoption Antonius Pius zu seinem Nachfolger und befahl ihm, seinerseits Marc Aurel und den acht Jahre jüngeren Lucius Verus zu adoptieren. Noch im selben Jahr starb Hadrian. Sein bereits über 50 Jahre alter Nachfolger Antonius Pius hatte die unerwartet lange Regierungszeit von 23 Jahren. Auf ihn folgte 161 Marc Aurel. Er machte überraschend seinen Adoptivbruder Lucius Verus zum Mitkaiser, der jedoch bereits acht Jahre später starb.

Die Regierungszeit Marc Aurels überschatteten Kriege und Katastrophen wie Hochwasser und Pest. Im Osten des Reiches machten die Parther die Grenzen unsicher. Kaum waren die besiegt, begannen im Donauraum die Kämpfe gegen die Markomannen und andere „Barbarenvölker“. Die letzten zwölf Jahre seines Lebens, das am 17. März 180 endete, verbrachte er überwiegend im Feldlager. In dieser Zeit schrieb er seine „Selbstbetrachtungen“, die 1559 erstmals im Druck



Der römische Kaiser im Alter von etwa 40 Jahren: Bronzekopf des Marc Aurel in der Trierer Ausstellung

Bild: pa/Harald Tittel

erschienen. Damit setzte erst 1379 Jahre nach Marc Aurels Tod sein Ruhm als Philosoph auf dem Kaiserthron ein.

Viele Herrscher, unter ihnen Friedrich der Große, orientierten sich an Marc Aurels Weisheiten. Noch heute werden sie als Orientierungshilfe für ein gutes Leben und Leitfaden für Führungspersönlichkeiten zu Rate gezogen. Zwei Ausstellungsräume vermitteln den Besuchern Einblicke in Marc Aurels Selbstbetrachtungen. Der als Kaiser, oberster Priester und oberster Richter mächtigste Mann des Imperiums ermahnte sich in seinen Notizen zu Besonnenheit und Vernunft, Gelassenheit und innerer Ruhe. Weder mit Hass noch Neid, sondern mit Wohlwollen und Nachsicht wollte er seinen Mitmenschen begegnen. Er verachtete

Laster und Begierden, Großsprecherei und Übertreibung. Seine Regentschaft sollte dem Gemeinwohl dienen.

Die Zeitgenossen und der antike Geschichtsschreiber Cassius Dio beurteilten Marc Aurel als guten Kaiser. Die Senatoren schätzten seine Bescheidenheit und Kooperationsbereitschaft. Er sorgte für Gerechtigkeit. Die innere Stabilität sicherte er durch militärische Erfolge. Letzteren verdankte Marc Aurel die Errichtung seiner Ehrensäule.

Helmut Schmidt las Marc Aurel

In der Schau ist eine deckenhohe Teilreproduktion der 40 Meter hohen Säule zu sehen. Sie weist schwarzweiße fotografische Wiedergaben einiger der 114 Reliefszenen auf. In der begehbaren Säule sind

wenige weitere Fotografien von Szenen ausgestellt. Und die zeigen, dass die Römer unter einem „guten Kaiser“ einen militärischen Führer verstanden, der keine Gnade kennt, sondern hart gegen die Feinde des Imperiums vorgeht. Da holt vor dem Kaiser ein römischer Soldat zur Tötung eines knienden Gefangenen aus. In einer anderen Szene präsentieren ihm zwei Soldaten die abgeschlagenen Köpfe von Feinden.

Wie die Säule sorgt nicht zuletzt das ebenfalls in Rom erhaltene, überlebensgroße Reiterstandbild aus Bronze für Marc Aurels Nachruhm. Es ist Vorbild vieler nachfolgender Reiterdenkmäler, wie die Schau im Stadtmuseum Simeonstift zeigt. Herausragendes Beispiel ist das 1696 von Andreas Schlüter entworfene

Reiterdenkmal des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Das Original steht im Ehrenhof von Schloss Charlottenburg, eine Kopie im Bode-Museum. In Trier ist ein stark verkleinerter Eisenguss des Reiterstandbildes ausgestellt, den August Kieß nach 1824 schuf.

Ausgehend von Marc Aurel verfolgt die Schau im Stadtmuseum anhand von Kunstwerken, Fotografien, Filmen und Büchern die Frage nach der guten Herrschaft. Eine eindrucksvolle Antwort gibt zum Beispiel die maßstabgerechte Reproduktion der 1338/39 von Ambrogio Lorenzetti für das Rathaus des Stadtstaats Siena geschaffenen Fresken mit den Allegorien der Guten und der Schlechten Regierung und ihren Auswirkungen auf Stadt und Land.

Als Tugenden des guten Herrschers gelten Tapferkeit, Gerechtigkeit, Klugheit und Besonnenheit. Leitmotiv der guten Herrschaft ist das Gemeinwohl. Aber wer ist dessen Garant, worin besteht es und wie ist es zu erreichen? Diese Fragen wurden im Laufe der Jahrhunderte immer wieder anders beantwortet.

Bilder und Skulpturen zeigen Monarchen, die sich auf ihr Gottesgnadentum beriefen, absolutistische Herrscher, die mit unbegrenzter Machtfülle ausgestattet waren, oder auch demokratisch gewählte Persönlichkeiten wie Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Exemplar von Marc Aurels „Selbstbetrachtungen“ sowie seine nach dem Reiterstandbild des Kaisers angefertigte kleine Nachbildung aus Bronze ausgestellt sind. Viola Skibas, Leiterin des Stadtmuseums, zieht das Fazit: „Politik bleibt ein Prozess der beständigen Aushandlung und Partizipation, der niemals abgeschlossen sein wird.“

Die Ausstellungen laufen noch bis zum 23. November im Rheinischen Landesmuseum Trier, Weimarer Allee 1, und Stadtmuseum Simeonstift Trier, Simeonstraße 60, geöffnet bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Kombiticket für beide Museen: 22 Euro www.marc-aurel-trier.de

JAHRESTAG

Goethes vergessener Baumeister

Der deutsche Architekt des Klassizismus Clemens Wenzeslaus Coudray setzte auf Symmetrie und Ordnung

Jeder Besucher Weimars kennt diese Bauwerke. Auf dem Weg vom Bahnhof in die Altstadt wird man auf die Musikschule Johann Nepomuk Hummel aufmerksam. Auf dem Theaterplatz angekommen, wendet man sich wie Goethe und Schiller von ihrem Denkmalssockel einer einstigen Wagenremise zu, die heute als „Haus der Weimarer Republik“ firmiert. Vorbei am gusseisernen Goethebrunnen führt der Weg zum Historischen Friedhof, auf dessen höchstem Punkt die Fürstengruft mit den Särgen Goethes und Schillers steht. Aber wer weiß schon, dass der klassizistische Baumeister Clemens Wenzeslaus Coudray diese Gebäude, den Brunnen und die Särge entworfen hat?

Coudray wurde am 23. November 1775 im heute zu Koblenz gehörenden Ehrenbreitstein geboren. Er folgte 1815 einer Einladung des Großherzogs Carl August nach Weimar, über die er berichtete: „Besonders lieb zeigte sich mir der große Goethe, der sonst wohl die Exzellenz zu spielen versteht.“ Der wiederum äußerte:

„Ich wünsche, dass dieser vorzügliche Mann nächstens zu den unsrigen zählt.“ Und so kam es: Coudray trat 1816 das Amt des Oberbaudirektors des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach an, das er bis zu seinem Tod 1845 behielt.

Unter der Leitung Coudrays entstanden im Großherzogtum 26 Kirchen. Die prominenteste der 51 von ihm entworfenen Schulen ist die 1825 eröffnete Weimarer Bürgerschule, in deren Räumen sich heute die Musikschule Johann Nepomuk Hummel befindet. Über die dreiflügelige Anlage mit Ehrenhof urteilte Goethe: „Das Gebäude bewirkt schon selbst Kultur, wenn man es von außen ansieht und hineintritt.“ Neben dem Stadtmuseum, das mit der Kabinetausstellung „Goethes vergessener Baumeister“ aufwartet, stellt Coudray mit Texten, Objekten und historischen Bildern seiner Bauten vor.

Goethe war sich sicher: „Coudray ist einer der geschicktesten Architekten unserer Zeit.“ Seine Maxime war: Simplizi-

tät, Symmetrie und Ordnung. Er war der Überzeugung, dass das Erhabene im Einfachen seine Wurzel habe. Coudray setzte



Prominentes Bauwerk von Coudray: Die Musikschule Johann Nepomuk Hummel in Weimar

Bild: Thiede

auf Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und schlichte Eleganz unter weitgehendem Verzicht auf Bauschmuck. Eine Ausnahme bildet dabei der Mitteleingang seines 1817/18 in der heutigen Heinrich-Heine-Straße errichteten Wohnhauses. Über dem Eingang flankieren die Reliefs zweier Greifen die lateinische Inschrift „Gott möge Glück spenden“. Eine Etage höher überfangen drei Rundbögen die von Kränzen umschlossenen Embleme der Zimmerer, Maler und Architekten.

Für Goethes Gartenhaus entwarf Coudray die beiden weiß gestrichenen Grundstückstore, Gartenmöbel und das Mosaikpflaster aus schwarzen und weißen Saalekieseln. Goethe bekannte: „Er hat sich zu mir gehalten und ich mich zu ihm, es ist uns beiden von nutzen gewesen.“ Coudray hielt Goethe in dessen letzter Stunde die Hand und arrangierte dessen Trauerfeier. Er selbst ruht nahe der Fürstengruft an der Westwand des Friedhofs unter einem von ihm gestalteten Grabstein.

V.-M. Thiede

MELDUNGEN

Die stillende Muttergottes

Berlin – Im Bode-Museum auf der Berliner Museumsinsel läuft vom 27. November bis 5. Mai die Ausstellung „Zurück in Berlin – Eine Marienbüste und die Sammlung Benoit Oppenheim“. Die kürzlich für die Skulpturensammlung durch den Kaiser-Friedrich-Museumsverein erworbene Büste einer Maria lactans (stillende Muttergottes) aus dem 16. Jahrhundert steht im Mittelpunkt der Kabinetausstellung. Die Büste gehört zu den delikatesten und raffiniertesten oberschwäbischen Bildwerken des ausgehenden Mittelalters. Sie gehörte ehemals zur Sammlung Oppenheim. Die Ausstellung präsentiert sie mit weiteren Werken aus dieser Sammlung, die sich heute im Bode-Museum befinden. Es handelt sich dabei durchweg um Hauptwerke des Spätmittelalters nördlich der Alpen, die zudem den Geschmack Berliner Sammler um 1900 illustrieren. *tws*

ROTER KRISTALL

Eine Raute als Kompromiss

Weiß ist die Farbe der Parlamentäre. Und Rot ist die Farbe des Blutes und die Signalfarbe schlechthin. Das rote Kreuz auf weißem Grund dürfte eines der bekanntesten Zeichen der Welt sein. Es ist in seiner Einfachheit, seiner Signalkraft und seinem Wiedererkennungswert derart genial, dass sein Träger es in seinen Namen aufnahm. 1876 benannte sich das 1863 gegründete „Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege“ in „Internationales Komitee vom Roten Kreuz“ um. Die Wahl des Zeichens geschah in Würdigung des Initiators Henry Dunant, dessen Schweizer Heimat dasselbe Zeichen führt, nur mit umgekehrten Farben.

Trotz dieser Herkunft und der Tatsache, dass das Kreuz gleichschuldig ist, stieß es außerhalb des christlichen Kulturkreises als angeblich christliches Symbol auf Abgrenzung. So ersetzte das Osmanische Reich in dem 1876 begonnenen Krieg mit Russland das Kreuz durch ein dezidiert muslimisches Zeichen, den Halbmond. 1877 verpflichteten sich die beiden Kriegsparteien, beide Zeichen in gleicher Weise als Schutzzeichen zu achten. Damit hatten sie Fakten geschaffen.

Im darauffolgenden Jahr bot das Internationale Komitee der nichtchristlichen Staatenwelt an, alternative Schutzzeichen zum Roten Kreuz zu verwenden. 1929 erhielt der Rote Halbmond explizit die Gleichberechtigung. Fast alle islamisch geprägten Staaten entschieden sich für diese Alternative zum Kreuz. Die Gleichberechtigung kommt auch in dem Begriff „Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung“ zum Ausdruck, welche das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften umfasst.

Damit war die Büchse der Pandora geöffnet. Nun wollten diverse Staaten das Kreuz durch ein nationales Symbol in Rot ersetzen. Darunter auch Israel, das sich als Judenstaat weder dem Kreuz noch dem Halbmond verbunden fühlte und an dessen Stelle den Davidstern in Rot setzen wollte. Es bestand die Gefahr, dass die Grundidee eines Schutzzeichens, das alle Staaten und Kriegsparteien kennen und respektieren, verloren ging.

So entstand die Idee, das Rote Kreuz aufzugeben und es durch ein neues Zeichen zu ersetzen, das so beliebig ist, dass sich niemand verletzt oder zurückgesetzt fühlt. Die Wahl fiel auf ein weißes Quadrat mit einem breiten roten Rand, das auf einer Spitze steht. Für Änderungen und Ergänzungen bezüglich der Schutzzeichen und damit der Genfer Konventionen ist eine diplomatische Konferenz unter Teilnahme aller 192 Unterzeichnerstaaten notwendig. Auf einer solchen Konferenz, die vor 20 Jahren, vom 5. bis 7. Dezember 2005, in der Schweiz stattfand, wurde dieses „Zeichen des dritten Zusatzprotokolls“, so die offizielle Bezeichnung, im dritten Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen festgelegt. Auf der 29. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Konferenz in Genf wurden am 21. Juni 2006 die Statuten der Bewegung entsprechend angepasst. Als inoffizielle Bezeichnung wurde „Roter Kristall“ gewählt, denn dieser Begriff wird sowohl im Englischen als auch im Französischen mit „RC“ beziehungsweise „CR“ genauso abgekürzt wie „Rotes Kreuz“ und „Roter Halbmond“. Manuel Ruoff

OPERATION CONDOR

Westlicher Staatsterrorismus in Südamerika

Vor 50 Jahren beschlossen die Geheimdienste südamerikanischer Diktaturen, linke und oppositionelle Kräfte weltweit zu verfolgen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich unterstützten das Projekt in voller Überzeugung



Der Initiator der Operation Condor und die treibende Kraft hinter der Zusammenarbeit mit dem US-Außenministerium und der CIA: Der Chilene Augusto Pinochet (in Uniform), Diktator von 1973 bis 1990, sowie der in Deutschland geborene US-Amerikaner Henry Kissinger (links), Nationaler Sicherheitsberater von 1969 bis 1975 und Außenminister von 1973 bis 1977

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn sich die Regierenden in westlichen Staaten wie den USA und Frankreich heute über den Staatsterrorismus gegen Oppositionelle in Russland, China, dem Iran, Nordkorea und anderswo ereifern, bleibt stets unerwähnt, dass ihre Vorgänger in den 1970er und 1980er Jahren ein internationales staatsterroristisches Netzwerk in etlichen lateinamerikanischen Ländern unterstützt haben. Dessen Entstehung erfolgte aufgrund der allgemeinen Besorgnis der Militärdiktaturen im „Hinterhof“ der Vereinigten Staaten angesichts des Aufstieges revolutionärer Bewegungen mit kommunistischer Ausrichtung. Entsprechende Gespräche zur Vorbereitung koordinierter Aktionen gegen vermeintlich subversive Organisationen fanden ab Anfang 1974 zwischen Geheimdienstlern aus Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay, Brasilien und Bolivien statt.

Daraus resultierte am 25. November 1975, dem 60. Geburtstag des chilenischen Juntachefs Augusto Pinochet, eine formelle Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte dieser Länder bei der Ver-

folgung von vermeintlichen Staatsfeinden. Zu denen zählten insbesondere die Mitglieder bewaffneter linksradikaler oder marxistisch-leninistischer Rebellen-Gruppen wie der chilenischen MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria), der argentinischen MPM (Movimiento Peronista Montonero) und der uruguayischen MLN-T (Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros). Die „Operation Condor“ genannte Aktion lief bis zum Sturz der argentinischen Militärregierung Ende 1983.

Zahl der Opfer

Wie viele Menschenleben sie genau gekostet hat, ist umstritten, weil es schwerfällt, zwischen den direkten Opfern der internationalen Geheimdienstkooperation und den vielen anderen ermordeten Untergrundkämpfern, Politikern, Gewerkschaftlern, Priestern, Journalisten und Studenten während der Zeit zwischen 1975 und 1983 zu unterscheiden. Die Zahl der Ersteren wird auf 200 bis 500 geschätzt, während man ansonsten von 50.000 bis 90.000 Toten und rund 30.000 für immer Verschwundenen ausgeht.

Die Geheimdienste der an der Operation Condor beteiligten Staaten eliminierten auch prominente Persönlich-

keiten wie den vormaligen chilenischen Außen-, Innen- und Verteidigungsminister Orlando Letelier, den vormaligen Vizepräsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte Chiles General Carlos Prats und den im Exil befindlichen bolivianischen Ex-Präsidenten Juan José Torres. Darüber hinaus töteten sie etliche westliche Ausländer. So beispielsweise die US-amerikanische Aktivistin Ronni Karpen Moffitt, den spanischen Vertreter der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (UNECLAC) Carmelo Soria sowie die Schwedin Dagmar Hagelin, der eine ganz banale Verwechslung zum Verhängnis wurde.

Der US-Auslandsgeheimdienst CIA und das Außenministerium der Vereinigten Staaten haben definitiv Kenntnis von der Operation Condor gehabt und diese auch finanziell wie technisch unterstützt. Besonders enge Kontakte gab es zwischen der CIA und dem berüchtigten Chef der chilenischen Geheimpolizei DINA (Dirección de Inteligencia Nacional) Manuel Contreras, der später wegen Menschenrechtsverstößen zu insgesamt 526 Jahren Haft verurteilt wurde. Treibende Kraft hinter der Zusammenarbeit war der damalige US-Außenminister Henry Kissinger. Dieser sagte am 5. Oktober 1976 zu

seinem argentinischen Amtskollegen César Augusto Guzzetti: „Ich bin der altmodischen Ansicht, dass man Freunden helfen sollte ... Je schneller sie Erfolg haben, desto besser.“ Kissinger wusste spätestens seit dem 5. August 1976 über die Operation Condor Bescheid. An diesem Tag informierte ihn sein Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs, Harry W. Shlaudeman, darüber, dass man in mehreren lateinamerikanischen Staaten versuche, den „Dritten Weltkrieg“ gegen den Kommunismus durch eine transnationale Geheimdienstzusammenarbeit zum Zwecke der Ausmerzungen der „Subversion“ zu gewinnen.

Rolle des BND

Ebenso waren französische Geheimdienstler und Militärs in die Operation Condor verwickelt. So schulten Männer mit Erfahrungen aus dem Algerienkrieg argentinische Offiziere in Foltertechniken und Guerillabekämpfung. Daher sagte der argentinische Junta-Chef Reynaldo Bignone, die „Schlachtordnung“ während der Operation Condor sei „eine Kopie der Schlacht in Algerien“. Darüber hinaus übermittelte Frankreichs Inlandsgeheimdienst DST (Direction de la surveillance du territoire) der DINA die Namen von politischen Flüchtlingen, die heimlich nach Chile zurückkehrten, was für die Betroffenen einem Todesurteil gleichkam.

Die Rolle der übrigen westeuropäischen Länder blieb dahingegen bis heute ungeklärt. Allerdings veröffentlichte die britische Tageszeitung „The Guardian“ im April 2019 ein hochbrisantes CIA-Dokument. In dem Geheimtelegramm vom 7. April 1978 mit der Nummer 0504406 hieß es unter anderem, „Vertreter der westdeutschen, französischen und britischen Geheimdienste“ hätten angesichts der wachsenden linksterroristischen Bedrohung in Westeuropa „im September 1977 das Sekretariat der Condor-Organisation in Buenos Aires besucht, um Methoden zur Einrichtung einer kooperativen Anti-Subversions-Organisation ähnlich wie Condor zu diskutieren“.

Mit Blick hierauf richtete die Bundestagsfraktion der Linken im September 2020 folgende Kleine Anfrage an die Bundesregierung: „Hat eine geheimdienstliche Zusammenarbeit seitens des Bundesnachrichtendienstes oder anderer bundesdeutscher Dienste mit den an der Operation Condor beteiligten latein- oder US-amerikanischen Geheimdiensten stattgefunden?“ Das Bundeskanzleramt äußerte daraufhin: „Die Beantwortung der Frage kann aus Gründen des Staatswohls nicht offen erfolgen ... Eine offene Beantwortung der Frage könnte dazu führen, dass die Beziehungen des BND zu ausländischen Nachrichtendiensten beeinträchtigt werden.“

Zugangsberechtigte müssten daher im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages Einsicht in noch vorliegende relevante Verschlusssachen nehmen. Was sie dabei zu lesen bekamen, ist nicht bekannt.

Opfer, Täter und Mitwisser



Orlando Letelier arbeitete als Exilant am Institute for Policy Studies in Washington. Dort wurde er 1976 Opfer einer Autobombe, die unter seinem Fahrersitz explodierte.



Harry W. Shlaudeman, Träger der Presidential Medal of Freedom, war von 1977 bis 1992 US-Botschafter in Peru, Argentinien, Brasilien und Nicaragua.



Carlos Prats wurde 1974 in Buenos Aires gemeinsam mit seiner Ehefrau außerhalb ihrer Wohnung durch eine ferngesteuerte Autobombe getötet.



Juan José Torres war von 1970 bis 1971 Präsident der Republik Bolivien. Im argentinischen Exil wurde er 1976 in Buenos Aires erst entführt und dann ermordet.



Ronni Karpen Moffitt saß mit ihrem Ehemann im Auto ihres Kollegen Letelier, als dieses 1976 explodierte. Sie verblutete. Ihr Mann überlebte schwer verletzt.



Dagmar Hagelin wurde von argentinischen Sicherheitskräften in El Palomar, einem Vorort von Buenos Aires, verschleppt, gefoltert und schließlich ermordet.



Carmelo Soria beriet die Allende-Regierung. 1976 wurde er in Santiago de Chile entführt und zwei Tage darauf tot in einem Kanal versenkten Auto entdeckt.



Manuel Contreras war als DINA-Chef eine der mächtigsten Personen des Landes nach Augusto Pinochet. 2015 starb er in einem Militärkrankenhaus in Santiago de Chile.

BRAUCHTUM

Thanksgiving – der Mythos des Überlebens

Als die US-amerikanischen Gründungsväter noch friedlich an den Lagerfeuern der Indianer saßen und feierten



Das Gemälde „The First Thanksgiving“ von Jean Leon Gerome Ferris, das er zwischen 1912 und 1915 malte, macht deutlich, wie verklärt romantisch Amerika auf seinen Feiertag und dessen historischen Ursprung blickt. Denn hier werden nur die Idealvorstellungen wiedergegeben, aber nicht die Wirklichkeit. Denn weder trugen die Wampanoags Federn, noch hätten sie auf dem Boden nackt gegessen, während die Pilger alle aufrecht standen

VON JENS EICHLER

Als an einem kühlen Novembermorgen des Jahres 1621 die Sonne über den kleinen Weiler Plymouth in Neuengland stieg, lag über der Siedlung eine beinahe unheimliche Stille, die irgendwie nach Erschöpfung roch. Immerhin, die Ernte war unter großem Kraft Einsatz eingebracht, das Überleben fürs Erste gesichert. All jene, die den mörderischen ersten Winter mit dem vielen Schnee und der unmenschlich eisigen Kälte überstanden hatten, blickten auf ein Jahr zurück, das sie an die körperlichen Grenzen von Hunger, Furcht und ebenso ans Limit ihres Glaubens geführt hatte. Denn man musste schon eine ganze Menge Gottvertrauen und eine gehörige Prise Frömmigkeit besitzen, um all diese extremen Strapazen angehen und hinter sich bringen zu wollen. Denn was an diesen vergangenen Tagen, Wochen und Monaten geschah, was diese Menschen erlebt und ebenso erduldet hatten, sollte später immerhin als die Geburtsstunde eines nationalen Mythos schlechthin gedeutet werden – nämlich als das allererste Thanksgiving der Vereinigten Staaten von Amerika.

Doch das Fest, das seither als der absolute Inbegriff amerikanischer Dankbarkeit gilt, quasi als ur-amerikanischer Geburtstag, war viel weniger ein religiöses Ritual als vielmehr eine fragile Atempause zwischen purer Verzweiflung und einem hoffnungsfrohen Neubeginn in einer Zeit, in der man es sich kaum erlauben konnte, überhaupt große Hoffnung zu hegen, weil die raue Realität einen schnell wieder unbarmherzig einholte. In Zeiten, in denen jeder Tag ein unbarmherzig harter Kampf ums nackte Überleben ist, sind die Hoffnungen aber andererseits genau das, was einen weitermachen lässt. Das Vertrauen auf Gott und auf seine Gnade, die einen Tag für Tag am Leben hält, weil man glaubt, es geht doch noch ein kleines Stückchen voran – hin zum Besseren.

Vom Sturm angetrieben

Doch zurück zum Anfang: Die Pilgerväter, strenggläubige, asketische Puritaner, hatten

ihre englische Heimat verlassen, weil sie in der alten Welt keine Freiheit für ihren Glauben, für sich und ihre Kinder mehr fanden. Über die Niederlande und den stürmisch-rauen Atlantik führte sie die gefährliche Seefahrt auf ihrem Schiff, der „Mayflower“, in ein Land, das sie als unberührt, ja geradezu als göttlich jungfräulich betrachteten. Ein Land, von dem sie glaubten, dass der Herrgott es nur für sie bereithalte.

Ein fataler Irrtum, wie sich schnell herausstellen sollte. Denn genau dieses Land war bereits seit Jahrtausenden bewohnt, und ebenso Jahrhunderte zuvor von Europäern – den Wikingern – entdeckt worden, was allerdings in Vergessenheit geraten war. So landeten die gottgläubigen Pilgerväter im November des Jahres 1620 mit der besagten „Mayflower“ an der Küste der heutigen USA – genauer gesagt auf Cape Cod, nachdem sie ursprünglich nach Virginia wollten. Sie ankeren zunächst in einem Hafen nahe der heutigen Stadt Provincetown, einem Ort, zu dem heftige Stürme sie letztendlich hingetrieben hatten.

Die Kolonisten überwinterten notgedrungen auf ihrem Schiff, bevor sie im März 1621 die neue Kolonie Plymouth auf dem Festland in Massachusetts gründeten. Dies, nachdem der Winter 1620/21 ihnen Tod, Hunger und bittere Kälte gebracht hatte, wodurch mehr als die Hälfte der Siedler starb. Nur durch die Hilfe der Wampanoag-Indianer, einem Stamm, der sie Maisanbau, Fischfang und Ackerbau lehrte, entging die kleine ärmliche Kolonie anfangs dem Untergang. Als die Ernte im folgenden Herbst dann tatsächlich gelang, luden die Ex-Engländer ihre neuen Verbündeten, den Wampanoag-Anführer Massasoit und seinen Stamm, zu einem dreitägigen Fest ein. Es wurde kräftig gegessen, zusammen Wild gejagt und zudem fröhlich mit der Fidel musiziert. Ein Moment der Gemeinsamkeit – zwar eher flüchtig, aber dennoch überaus symbolisch.

Was später als friedliche Danksagung verklärt wurde, war in Wahrheit aber der Auftakt einer Geschichte, die schon bald in Misstrauen und blutige Gewalt mündete. Erst im 19. Jahrhundert, als die junge US-Nation nach

identitätsstiftenden Erzählungen suchte, erhob man das Fest tatsächlich zur Gründungslegende. Die Betonung liegt dabei auf „Legende“. Aus einer Episode des Überlebens wurde nämlich ein Gleichnis über göttliche Vorsehung und nationale Bestimmung.

Ein kurzer Moment der Ruhe

1863, mitten im amerikanischen Bürgerkrieg, erklärte der damalige US-Präsident Abraham Lincoln dann Thanksgiving zum nationalen Feiertag – und zwar als ein Symbol der Einheit in einer zerrissenen Republik. Der Mythos von den Pilgern und den Indianern, die friedlich den Tisch teilten, diente fortan als moralischer Gründungsakt einer Nation, die sich selbst als auserwählt verstand.

Heute hat Thanksgiving seinen religiösen Kern weitgehend verloren und sich trotz vieler evangelikaler Amerikaner zu einem säkularen Familienritual gewandelt. Es ist der Tag der Heimkehr, der Fülle und des Überflusses. Millionen US-Bürger reisen an diesem Tag quer durchs Land, um an langen Tischen Truthahn, Süßkartoffeln und Kürbiskuchen zu teilen. Das Fest ist weniger ein Gebet als ein nationaler Pulsschlag: ein kollektives Innehalten, das die Familie zum Tempel und den Esstisch zum Altar erklärt. In einem Land, das von Erfolg, Arbeit und Geschwindigkeit geprägt ist, bietet Thanksgiving einen kurzen Moment der Ruhe – und ein Symbol dafür, dass Zusammenhalt zur religiösen Geste werden kann.

Überleben und Abhängigkeit

Ganz anders dagegen das deutsche Erntedankfest. Es wurzelt tief in der bäuerlichen Tradition Europas, in einer Welt, die noch vom harten Rhythmus der vier Jahreszeiten bestimmt war. Man schmückt Altäre in der Kirche mit Früchten und Getreide, dankt Gott für die wertvollen Gaben der Natur. Es ist somit ein Fest der Demut. Es war nie national und nie mythisch aufgeladen. Während Thanksgiving die Erzählung eines Anfangs ist, erzählt das deutsche Erntedankfest vom Kreislauf: vom Kommen und Gehen, vom Werden und Vergehen. Der Mensch bleibt darin Teil der Schöpfung, nicht ihr Sieger.

—
Thanksgiving ist weniger ein Gebet als ein nationales Innehalten, das die Familie zum Tempel und den Esstisch zum Altar erklärt. In einem Land, das von Erfolg, Arbeit und Geschwindigkeit geprägt ist, bietet Thanksgiving einen kurzen Moment der Ruhe.

In dieser Gegensätzlichkeit zeigt sich der eigentliche Unterschied zwischen diesen beiden Festen: Das amerikanische Thanksgiving feiert das Überleben in der Natur, Erntedank die Abhängigkeit von der Natur. Die Amerikaner danken für das, was sie geschafft haben; die Deutschen für das, was ihnen geschenkt wurde. Das eine Fest steht im Zeichen des Triumphs, das andere im Zeichen der Demut.

Doch der amerikanische Mythos hat inzwischen Risse bekommen. Während Familien im ganzen Land das Fest des Überflusses begehen, versammeln sich Nachfahren der Wampanoag in Massachusetts zum „National Day of Mourning“ – dem Tag der Trauer. Für sie erinnert Thanksgiving eben nicht an Dankbarkeit, sondern vielmehr an Undank, an den Beginn von Vertreibung und Verlust. Das Land, das für die einen Zuflucht war, wurde für andere zum Ort des Untergangs.

Widersprüche als Hoffnung

Dass die USA an dieser Legende festhalten, liegt weniger an Geschichtstreue als an einem Bedürfnis. Eine Nation, die aus Einwanderung, Konflikten und Gegensätzen besteht, braucht gemeinsame Erzählungen. Thanksgiving erfüllt diese Funktion: Es bietet eine Geschichte, in der sich alle wiederfinden können – egal, ob ihre Vorfahren mit der „Mayflower“ kamen oder über Ellis Island. Es ist die jährliche Selbstversicherung, dass die Idee Amerika trotz aller Widersprüche Bestand hat. Am Freitag danach, wenn die Läden öffnen und der „Black Friday“ die Menschen in einen wahren Konsumrausch versetzt, zeigt sich jedoch die Ironie dieses Rituals: Kaum ist das Gebet gesprochen, wird das Danken zur Ware. Vielleicht aber liegt gerade darin der Kern des amerikanischen Mythos – in der unerschütterlichen Fähigkeit, selbst Widersprüche in Geschichten der Hoffnung zu verwandeln.

Thanksgiving ist ein Spiegel. Einer, in dem die USA sich jedes Jahr neu betrachten: in ihrer Sehnsucht nach Einheit, in seinem Glauben ans Überleben, in ihrer Verwandlung von Geschichte in Gefühl. Es ist der Tag, an dem das Land sich selbst feiert – nicht, weil es satt ist, sondern weil es leben will.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Mount Everest an der Grenze zwischen Nepal und Tibet ist mit seinen 8848 Metern der höchste Berg der Welt, der auf Nepalesisch „Sagarmatha“ und auf Tibetisch „Tschomolangma“ heißt. Der Weg auf dessen Gipfel führt dabei nicht nur über Eis und Fels, sondern auch über Leichen, Müll und Unmengen von Kot.

Bis jetzt kamen rund 340 Menschen an dem Himalaja-Riesen ums Leben. Viele davon starben in der sogenannten Todeszone über 8000 Metern, wo der Sauerstoffmangel leicht zu lebensgefährlichen Lungen- oder Hirnödemen führen kann. In etwa 200 Fällen war es unmöglich, die Verstorbenen ins Tal zu transportieren, weswegen der Mount Everest als „höchster Friedhof der Welt“ mit einer regelrechten „Leichengasse“ oben am Gipfelgrat gilt. Manche der durch die extreme Kälte von bis zu minus 50 Grad Celsius konservierten Toten bilden nun eine Art Wegweiser, so wie der Inder Tsewang Paljor, an dessen markanten grünen Bergstiefeln sich jahrelang alle potentiellen Bezwingler des Daches der Welt orientierten, sofern sie von Süden kamen.

Ebenso ist es kompliziert, den Müll und die Ausscheidungen der Bergsteiger in die mehrere tausend Meter tiefer liegenden Täler auf der nepalesischen oder chinesischen Seite zu bringen. Die derzeitige Unratmenge am Mount Everest beläuft sich auf rund 140 Tonnen, obwohl in den vergangenen Jahren immer wieder große Säuberungsaktionen stattfanden. Daher soll nun zumindest die Masse an Fäkalien dadurch reduziert werden, dass man die Bergsteiger verpflichtet, ihren Kot in Beuteln nach unten zu tragen.

Die Motive haben sich verändert

Ansonsten müssten eigentlich auch die immer höher werdenden Kosten für den Gang auf den Berggiganten abschreckend wirken. Allein für die Genehmigung der Besteigung werden derzeit 14.400 US-Dollar pro Person fällig. Dazu kommen die Ausgaben für die als Bergführer und Träger fungierenden Sherpas sowie die Ausrüstung. In der Summe macht das schnell 70.000 Dollar oder mehr aus.

Dennoch sinkt die Zahl der Gipfelanwärter nicht – im Gegenteil. Bislang standen schon mehr als 10.000 Menschen auf der Spitze des höchsten Berges der Welt. Dabei wurden es besonders in den jüngsten Jahren immer mehr. 2023 verzeichnete man 1063 Besteigungen und 2024 immerhin weit über 800. Und im bisherigen Verlauf des Jahres 2025 gelangten bereits 786 Bergsteiger auf den Gipfel, obwohl zu Beginn der Herbstsaison ein schwerer Schneesturm in der Region tobte, der die Evakuierung von rund eintausend Menschen aus dem Mount-Everest-Gebiet nötig machte. Der beste Tag war dabei der 18. Mai, an dem 135 Personen



Schon mehr als 10.000 Menschen waren oben: Bergsteiger auf dem Mount Everest

Bild: picture alliance/dpa/Narendra Shahi Thakuri

BERGTOURISMUS

Was die Menschen in Scharen auf den Gipfel der Welt treibt

Der Pfad zur Spitze des Mount Everest ist mittlerweile gesäumt von massenhaft Kot, Müll und sogar Leichen, die in der Kälte nicht verwesen – Blick auf einen außer Kontrolle geratenen Ansturm

den höchsten Punkt der Erde erreichten. Das ist allerdings kein Rekord, denn am 23. Mai 2019 bezwangen sogar 354 Bergsteiger den Gipfel. Deshalb gibt es an manchen Tagen riesige Staus auf den letzten Metern zum Ziel, welche zu unnötig langen Aufenthalten in der Todeszone führen. Das alles wirft die Frage auf, warum Menschen sich so etwas antun.

Eine sehr lakonische Antwort hierauf gab der britische Alpinist George Mallory, der 1924 auf 8150 Metern Höhe starb, nachdem er möglicherweise als Erster bereits bis zum Gipfel vorgedrungen war. Es ziehe ihn auf den Berg, weil dieser eben da sei. Dagegen meinte Mallorys Landsmann und Zeitgenosse Alexander Kellas: Nachdem Großbritannien „beide Pole verpasst“ habe, werde es „ganz sicher nicht die Chance verstreichen lassen“, die höchste Erhebung der Erde zu erobern, zumal die auch noch den Namen des früheren Leiters der britisch-indischen Landvermessung trage.

Heute sind es weniger nationalistische als individuelle Motive, welche die Everest-Bezwingler antreiben. Manche suchen die mentale und physische Herausforderung, die mit dem Gang an die Grenzen des menschlich Machbaren einhergeht – vor allem, wenn der Gipfel ohne künstlichen Sauerstoff erreicht wird. Andere betrachten den Himalaja-Riesen als Symbol des Abenteuerlichen oder Außergewöhnlichen schlechthin. Nichts auf der Welt sei vergleichbar mit einem Blick vom höchsten Punkt, den man aus eigener Kraft erreichen könne.

Und dann wären da noch diejenigen, welche sich einen Kindheitstraum erfüllen oder ihre Bergsteigerkarriere mit dem ultimativen Gipfel überhaupt krönen wollen. Ebenso geht es um das Erleben der außergewöhnlichen Natur, wie sie nur die höchsten Berge der Welt bieten.

Gleichzeitig zieht der Gigant im Himalaja profilierungssüchtige Persönlichkeiten an, deren Ego ins Uferlose wächst,

wenn sie verkünden können: „Ich war auf dem Everest!“ Einige Börsenmakler in New York haben das sogar auf ihre Visitenkarten drucken lassen. Und wenn die „einfache“ Besteigung des Gipfels nicht ausreicht, dann müssen Rekorde her, von denen ständig neue erzielt werden.

Rekordjäger und Angeber

Besondere Beachtung finden weltweit derzeit außerordentlich schnelle Aufstiege, wobei der Bestwert der Gipfelstürmer momentan bei unglaublichen acht Stunden und zehn Minuten für die rund 3500 Höhenmeter vom Basislager bis zur Spitze des Berges liegt. Desgleichen versuchen immer jüngere oder ältere Personen, als Bezwingler des Mount Everest in die Statistiken einzugehen. Die bislang jüngsten Personen auf dem Gipfel waren die beiden 13-jährigen Jordan Romero aus den USA und Malavat Purna aus Indien. Auf der anderen Seite der Skala führt unangefochten der Japaner Yui-

chiro Miura, der den Everest mit 80 Jahren erklomm.

Ansonsten gibt es auch noch ein sehr profanes Motiv, dem Mount Everest aufs Haupt zu steigen, und das ist die Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes. Das gilt vor allem für die Angehörigen des Volkes der Sherpas, zu denen der Bergführer Kami Rita gehört, welcher den Gipfel der Welt am 27. Mai dieses Jahres zum nunmehr schon 31. Mal betrat, was ihn über sämtliche andere Rekordhalter vom Everest hinaushebt.

Sherpas wie er sind besser an die Höhe angepasst als alle übrigen Menschen auf der Erde, denn sie besitzen das EPAS1-Gen, welches dem Körper hilft, den knappen Sauerstoff in der Höhenluft effizienter zu nutzen. Dieses Gen ist ein Geschenk des mysteriösen Denisova-Menschen, eines Veters des Homo sapiens und Neandertalers, der einst im Gebiet vom Altai bis zum Himalaja lebte und vor rund 20.000 Jahren ausstarb.

GEOLOGIE

Weshalb Berge nicht höher als 9000 Meter werden

Was auf dem Mars möglich ist, verhindert die Erde durch Wetter, Erdbeben und Schwerkraft

Die Erhebung des Mount Everest zum höchsten Berg der Erde erfolgte offiziell am 1. März 1856. An jenem Tage informierte der britische Geodät Andrew Waugh die Royal Geographical Society in London, dass der 1850 vermessene, zunächst namenlose Peak b beziehungsweise Peak XV nach den Berechnungen des Computing Office in Dehradun jeden anderen Berg auf unserem Planeten übertrage. Allerdings wurde anschließend noch lange über einen Neuntausender in der unzugänglichen Grenzregion zwischen Nordosttibet und China gemunkelt.

Als Kandidat hierfür galt vor allem der Amnye Machen, auf dessen Gipfel der Le-

gende nach das Schwert des Königs des mythischen zentralasiatischen Reiches Shambhala liegt. Doch letztlich ergaben dann Messungen vor Ort, dass dieser Berg nur ganze 6282 Meter hoch ist.

Dennoch blieb es bei den Gerüchten, weil US-amerikanische Piloten, die zwischen 1942 und 1945 mit ihren Transportmaschinen von Indien aus über den östlichen Himalaja flogen, um die gegen Japan kämpfenden Truppen des nationalchinesischen Marschalls Tschiang Kai-schek mit Nachschub zu versorgen, immer wieder berichteten, sie hätten unweit der Luftbrücke einen extrem hohen Berg gesichtet. Mittlerweile steht allerdings fest,

dass es diesen geheimnisvollen „großen Bruder“ des Mount Everest nicht gibt und die Existenz von Gipfeln mit Höhen von mehr als 9000 Metern zudem auch unmöglich ist. Dafür sorgen drei Faktoren. So führen Niederschläge, das Wechselspiel von Frost und Hitze sowie auch der Wind zu einer Erosion an den Berggipfeln, die dadurch nicht unbegrenzt wachsen können.

Zudem treten gerade in höheren Gebirgen immer wieder Erdbeben auf, denn die Bergketten entstehen durch einen Zusammenprall der Kontinentalplatten. So drückt die von Süden nach Norden wandernde Indische Platte nun schon seit

rund 50 Millionen Jahren gegen das tibetische Hochland, was zur Auffaltung des Himalaja führt. Dabei lag das Höhenwachstum dieses Gebirges lange Zeit bei beachtlichen einhundert Metern pro Jahr. Die ständigen Erdbeben bewirkten dann jedoch ein spürbares Absinken der Bergmassive.

Schließlich wäre da auch noch die Schwerkraft. Die zehn Achttausender und rund 3500 Sechs- und Siebentausender des Himalaja bilden eine gewaltige Masse, welche den Untergrund zusammenpresst und bewirkt, dass das Tiefengestein weich wird. Dies ist letztlich sogar schon bei Bergen ab 5000 Metern Höhe der Fall. Das

nun nicht mehr feste, sondern zähflüssige Material der Erdkruste drifft dann langsam seitlich weg, wodurch eine weitere geophysikalische Begrenzung für die Höhe eines Gebirges existiert.

All das gilt allerdings nur für unseren Planeten. Auf Himmelskörpern mit einer geringeren Schwerkraft und seismischen Aktivität sowie dünneren Atmosphäre und weniger Erosion gibt es sehr wohl Berge, die höher als der Mount Everest sind. Dazu zählen der Vulkan Olympus Mons auf dem Mars und der Zentralkegel des Kraters Rheasilvia auf dem Asteroiden Vesta, die beide mehr als 22.000 Meter in die Höhe ragen. W.K.



ALLENSTEIN

Ein Stadion soll multifunktionales Zentrum werden

Fußball, Bürgerdienstleistungen und Katastrophenschutz – In der Kleeberger Straße ist ein ungewöhnliches Projekt in Planung

VON DAWID KAZAŃSKI

Bereits seit Jahren gilt der bestehende Fußballstadionkomplex an der Kleeberger-Straße [Al. Pilsudskiego] in Allenstein als sanierungsbedürftig: Verschiedene Gremien von Vereinsvertretern, Fanverbänden bis hin zu Stadt- und Kommunalpolitikern haben wiederholt größere Investitionen oder gar einen umfassenden Neubau gefordert, da das heutige Stadion technisch in einem schlechten Zustand ist.

Vor diesem Hintergrund skizziert der Stadtpräsident von Allenstein, Robert Szewczyk, eine ungewöhnliche und ambitionierte Vision. Das Sportareal soll weit über den üblichen Spielbetrieb hinausgehen und als multifunktionales „Herz“ städtischer Dienstleistungen dienen. Geplant ist ein modernes Stadion, das neben Tribünen und Sportinfrastruktur auch ein Bürgerservicezentrum wird – ein „neues Rathaus“ mit Schaltern für Ausweisausstellung, Fahrzeugregistrierung und Steuerzahlungen. Dort sollen zudem Konferenzräume und Verwaltungsflächen beherbergt werden. Die städtische Gesellschaft „Hala Olsztyn“ wurde mit der Koordination und Umsetzung des Bauvorhabens betraut. Ein Element dieser Konzeption sind professionelle Schutzräume unter den Tribünen.

Szewczyk betont, dass moderne, zugängliche Zivilschutzkapazitäten im Stadtgebiet fehlten und dass der Stadion-



Hier soll bald gebaut werden: Stadion an der Kleeberger Straße

Foto: D.K.

bau eine Chance bietet, diese Lücke zu schließen. Die geplanten Schutzräume sollen im Notfall der Bevölkerung als Zuflucht dienen. Finanziell ist das Projekt anspruchsvoll, denn die Stadt nannte eine Zielgröße von etwa 46 Millionen Euro für die Gesamtinvestition.

Die Meinungen gehen auseinander

Auslöser für die Neuausrichtung waren Erkenntnisse aus gescheiterten Vergabeverfahren. Die Sanierung einzelner Tribünen hätte einen sehr hohen Einzelpreis erzeugt, weshalb Stadtvertretung und Stadtpräsident einen kompletten Neubau als wirtschaftlich sinnvoller erachteten. Aktuell befindet sich das Vorhaben in einer frühen Planungs- und Vorbereitungsphase. Szewczyk bezeichnete diesen Schritt als notwendigen Meilenstein für die Umsetzung künftiger Pläne. Parallel werden Finanzierungsmöglichkeiten geprüft und Gespräche über externe Fördermittel sowie genaue Kosten- und Zeitpläne geführt. Konkrete Termine für Baubeginn und Fertigstellung wurden noch nicht genannt.

Die Reaktionen auf Szewczyks Vorschlag sind gemischt und teils emotional. Befürworter loben die Idee als mutigen Schritt in Richtung moderner, nutzerorientierter Stadtplanung, gerade die Kombination aus alltäglichen Verwaltungsleistungen und öffentlichen Räumen wird als effizient und bürgernah dargestellt. Kritiker äußern dagegen finanzielle und konzeptionelle Bedenken. Skepsis besteht

hinsichtlich der Kostenschätzungen, der Prioritätensetzung (ob ein solches Großprojekt jetzt die richtige Investition sei) sowie der Transparenz und des Dialogs mit Einwohnern. In sozialen Medien und lokalen Kommentaren wird zudem diskutiert, ob Stadien der richtige Ort für Schutzräume sind.

Aus städtebaulicher Sicht wirft die Idee interessante Fragen auf: Die Kombination aus Sportstätte, Verwaltungszentrum und Schutzinfrastruktur könnte Flächen effizienter nutzen und die Innenstadt entlasten, sie erfordert aber eine sorgfältige architektonische, akustische und logistische Planung, damit Bürgerservice und Spielbetrieb sich nicht gegenseitig beeinträchtigen. Experten und Planer werden zudem prüfen müssen, wie Barrierefreiheit, Evakuierung, Brandschutz und die dauerhafte Wartung von Schutzräumen technisch und rechtlich abgesichert werden können.

Letztlich lässt sich sagen, dass Szewczyk eine innovative, jedoch kontrovers diskutierte Vision vorantreibt, die Allensteins Stadionprojekt in einen multifunktionalen öffentlichen Komplex verwandeln will. Der Plan ist bereits in Gang gesetzt, endgültige Finanzierungszusagen, konkrete Zeitpläne und detaillierte architektonische Entwürfe stehen noch aus, und die politische sowie öffentliche Debatte um Kosten, Zweckbindung und Prioritäten wird das weitere Vorgehen bedeutend beeinflussen.

TREUESPENDE FÜR OSTPREUSSEN

Wir geben Ostpreußen Zukunft



Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der Preußischen Allgemeinen und des Ostpreußenblattes,

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendenauftrag und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2025 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Dies belegt die lange Liste der Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Ostpreußen. Beispielsweise seien das Seminar „Ostpreußen – Land – Geschichte – Kultur“ (25.–27. April), das Seminar „Stationen der ostpreußi-

schen Geschichte“ (19.–21. September) oder das Seminar „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (6.–12. Oktober) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näherzubringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird.

Am 21. Juni fand in Wuttrien bei Allenstein das Ostpreußische Sommerfest statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Einen Einbruch bei den Besucherzahlen gab es nicht. Rund 700 Teilnehmer versammelten sich bei schönstem Sonnenschein auf dem Gelände des Freizeitparks Bartbo. Darunter auch zahlreiche Familien mit Kindern. Vertreten waren die deutschen Vereine aus Allenstein, Bartenstein, Bischofsburg, Heilsberg, Landsberg, Lötzen, Lyck, Mohrungen, Neidenburg, Ortelsburg und Osterode. Das Konzept, auf eine durchgehende Frontalveranstaltung zu verzichten und stattdessen den Begegnungscharakter in den Vordergrund zu stellen, ist erneut aufgegangen. Während des Festaktes am Vormittag und beim Kulturprogramm am Nachmittag herrschte eine ausgelassene Stimmung. Zahlreiche Chöre und Tanzgruppen der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen präsentierten ihr Können. Das Sommerfest stellt für sie eine einmalige Möglichkeit dar, ihre Kultur- und Jugendarbeit

einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen. Der Auftritt beim Sommerfest ist Bestätigung und Ansporn zugleich, das heimatische Kulturgut in seiner Ursprungsregion zu erhalten und Motivation, sich in den Deutschen Vereinen zu engagieren.

Auch das von Damian Wierzchowski geleitete Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein hat eigene Veranstaltungen durchgeführt. Hierzu zählen die Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg (15.–16. März), die 11. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Bartenstein (30. Mai – 1. Juni) sowie das Jugendtanzseminar in Heilsberg (14.–16. November). Damit leistet das Verbindungsbüro einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Präsenz der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und zur Bewahrung ihrer kulturellen Identität.

Ein weiterer Höhepunkt der grenzüberschreitenden Aktivitäten neben dem Sommerfest war der 15. Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein (4.–5. Oktober). Rund 60 Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der Kreisgemeinschaften und der deutschen Volksgruppe waren zusammengekommen, um über das Leitthema „Die Minderheiten in der Woiwodschaft Ermland und Masurien im Spannungsfeld der Politik“ zu diskutieren. Von offizieller Seite waren u.a. der Vorsitzende der Kommission für ethnische und nationale Minderheiten beim Seymik, Jarosław

Śloma, und das Regierungsmitglied der Woiwodschaft Podlasien, Jacek Piuronek, vertreten. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Landsmannschaft Ostpreußen trotz der schwierigen politischen Großwetterlage im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist. Angesichts des häufig angespannten Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen ist es umso wichtiger, auf kommunaler Ebene einmal geknüpfte Kontakte zu pflegen und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende aktiv bei.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv hat in den letzten 12 Monaten an Umfang und Qualität zugenommen. Aktuell stehen 146.528 Bilder, 6.582 Kartenwerke und 4.556 Ausschnittpläne zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte freizugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Die Besucherzahlen bewegen sich mit 900.000 Zugriffen auf dem Niveau des Vorjahres. Das EDV-System wird permanent weiterentwickelt und an neue Technologien angepasst. Private Interessenten und Institutionen, darunter auch polnische, russische und litauische Einrichtungen, suchen den Kontakt zum Bildarchiv, um Fragen zum Thema Ostpreußen zu klären. Die im letzten Jahr begonnene Integration der ostpreußischen Senkrechtluftbilder der deutschen Luftaufklärung aus dem Jahr 1944 in den Bestand des Bildarchivs ist abgeschlossen. Ein fortdauernder Schwerpunkt der Arbeit ist die Be-

reitstellung von ortsbezogenen durchsuchbaren Adressbüchern. Diese sind für die Identifizierung und Verortung der Bilder unentbehrlich.

Zentrale Veranstaltung im Jahr 2026 ist das Ostpreußentreffen am 6. Juni in der Stadthalle Wolfsburg. Die Besucher erwarten ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.

Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03
BIC: COBADEFFXXX

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Konietzko, Günter, aus Seedran-
ken Kreis Treuburg, am
27. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Roggon, Robert, aus Treuburg, am
21. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Galpin, Edith, geb. **Gurkies**, aus
Grünhausen, Kreis Elchniederung,
am 23. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kahl, Charlotte, aus Neukirch,
Kreis Elchniederung, am
25. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Begett, Alfred, aus Kirpehnen,
Kreis Fischhausen, am
21. November

Dohmen, Gerda, geb. **Balzereit**,
aus Seckenburg, Kreis Elchnieder-
ung, am 25. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Sperzel, Waltraut, geb. **Erzber-
ger**, aus Lindental, Kreis Elchnie-
derung, am 21. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bormüller, Irmgard, geb. **Bem-
benneck**, aus Neuendorf, Kreis
Lyck, am 27. November

Dose, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus
Königsruh, Kreis Treuburg, am
23. November

Lagerpusch, Horst, aus Hein-
richswalde, Kreis Elchniederung,
am 27. November

Langner, Erika, geb. **Kaehler**, aus
Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau,
am 24. November

Loppow, Hanieli, geb. **Lask**, aus
Walden, Kreis Lyck, am
25. November

Simeth, Traute, geb. **Schulz**, aus
Tapiau, Kreis Wehlau, am
23. November

Stuhr, Herta, geb. **Krantau**, aus
Liebwalde, Kreis Mohrunen, am
27. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kropmeier, Helene, geb. **Loch**,
aus Malshöfen, Kreis Neidenburg,
am 24. November

Sbresny, Georg, aus Deutscheck,
Kreis Treuburg, am
22. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Arendt, Willi, aus Pobethen, Kreis
Fischhausen, am 23. November

Babbel, Hilde, geb. **Gawer**, aus
Gauleden, Kreis Wehlau, am
26. November

Bartsch, Regina, geb. **Lammers**,
aus Großdertal, Kreis Wehlau, am
26. November

Czerwinski, Oswald, aus Lyck,
am 27. November

Menzel, Hedwig, aus Klein Nuh,
Kreis Wehlau, am 25. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Abraham, Edith, geb. **Waskow**,
aus Motitten, Kreis Mohrunen,
am 26. November

Gerke, Waltraud, geb. **Wollmann**,
aus Sarken, Kreis Lyck, am
27. November

Golz, Waltraut, geb. **Link**, aus
Lehmbruch, Kreis Elchniederung,
am 26. November

Pankewitz, Hans, aus Craam,
Kreis Fischhausen, am
26. November

Roy, Erika, geb. **Weitschies**, aus
Tawellenbruch, Kreis Elchnieder-
ung, am 27. November

Schneider, Klara, aus Ortelsburg,
am 25. November

Trimuschat, Sigrid, geb. **Weiß**,
aus Gerhardsweide, Kreis Elchnie-
derung, am 27. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blaurock, Heinz, aus Hansbruch,
Kreis Lyck, am 25. November

Dankel, Gertrud, geb. **Steinert**,
aus Treuburg, am 22. November

Fuchs, Edith, geb. **Nitschkowski**,
aus Herzogskirchen, Kreis Treu-
burg, am 24. November

Godzieba, Hans-Helmut, aus Köl-
mersdorf, Kreis Lyck, am
23. November

Klos, Irmgard, geb. **Schönfeld**,
aus Gusken, Kreis Lyck, am
24. November

Krekla, Hildegard, geb. **Scher-
nat**, aus Karkeln, Kreis Elchniede-
rung, am 27. November

Lange, Gerhard, aus Fürstenwal-
de, Kreis Ortelsburg, am
27. November

Roehr, Helmut, aus Neukirch,
Kreis Elchniederung, am
23. November

Runde, Klaus, aus Kornau, Kreis
Ortelsburg, am 23. November

Schlaf, Adolf, aus Steinhalde,
Kreis Ebenrode, am 23. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bausch, Christa Elisabeth, geb.
Dorss, aus Treuburg, am
26. November

Dömpke, Edith, geb. **Kloß**, aus
Wehlau, am 23. November

Englert, Ingeborg-Marianne,
geb. **Rogalla**, aus Narthen, Kreis
Neidenburg, am 26. November

Krüger, Werner, aus Prostken,
Kreis Lyck, am 24. November

Krummel, Gisela, geb. **Döhring**,
aus Schallen, Kreis Wehlau, am
27. November

Leske, Christa, geb. **Duddek**, aus
Schwalz, Kreis Treuburg, am
24. November

Lorenz, Walter, aus Rohmanen,
Kreis Ortelsburg, am
22. November

Mrotzek, Gerhard, aus Klein Las-
ken, Kreis Lyck, am 25. November

Schlitkus, Manfred, aus Ortels-
burg, am 26. November

Willutzki, Prof. Siegfried, aus
Widminnen, Kreis Lötzen, am
22. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bunde, Irmgard, geb. **Schulz**, aus
Neuendorf, Kreis Lyck, am
23. November

Dybowski, Karl-Heinz, aus
Neuendorf, Kreis Lyck, am
26. November

Frank, Johannes, aus Eydtkau,
Kreis Ebenrode, am 21. November

Glowatz, Heinz, aus Mulden,
Kreis Lyck, am 24. November

Gotthard, Edeltraud, geb. **Kraff-
zik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am
27. November

Kippnick, Waltraut, geb. **Penski**,
aus Lötzen, am 26. November

Kohphal, Johannes, aus Vierbrü-
cken, Kreis Lyck, am 22. November

Möhricke, Marga, geb. **Rahn**, aus
Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg,
am 24. November

Murfeld, Christel, geb. **Lichatz**,
aus Stahnken, Kreis Lyck, am
22. November

Pelludat, Gerhard, aus Oswald,
Kreis Elchniederung, am
23. November

Räther, Günter, aus Wehlau, am
22. November

Walter, Edeltraud, geb. **Karsten**,
aus Lötzen, am 25. November

Weinert, Traute, aus Güldenbo-
den, Kreis Mohrunen, am
22. November

Zacher, Adelheid, geb. **Hüske**, aus
Bergenu, Kreis Treuburg, am
23. November

Zienicke, Irmgard, geb. **Sapa-
rautzki**, aus Warthenhöfen, Kreis
Elchniederung, am 26. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Glowatz, Hans, aus Lyck, am
26. November

Gundlach, Hannelore, geb. **Walk-
höfer**, aus Schwentainen, Kreis
Treuburg, am 25. November

Karla, Ortwin, aus Heinrichswal-
de, Kreis Elchniederung, am
24. November

Kays, Manfred, aus Groß Leschie-
nen, Kreis Ortelsburg, am
21. November

Kulinna, Kurt, aus Gortzen, Kreis
Lyck, am 24. November

Mattern, Fritz, aus Hagenau, Kreis
Mohrunen, am 22. November

Osterloh, Elfriede, geb. **Stumber**,
aus Talussen, Kreis Lyck, am
26. November

Pietrzyk, Gertrud, aus Kölmers-
dorf, Kreis Lyck, am 23. November

Rudat, Siegmund, aus Tawellen-
bruch, Kreis Elchniederung, am
24. November

Schäfer, Frauke, geb. **Podlech**,
aus Corjeiten, Kreis Fischhausen,
am 25. November

Schulz, Werner, aus Gingen, Kreis
Lyck, am 21. November

ANZEIGE

seit 1912

Gehlhaar

Original Königsberger Marzipan
Pralinen, Butter- & Marzipanstellen, Edelkuvertüren & Gebäck.
Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!
Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen
Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de

Hinweis

**Alle auf den Seiten
„Glückwünsche“ und
„Heimat“** abgedruckten
Glückwünsche, Berichte
und Ankündigungen werden
auch ins Internet gestellt.
Der Veröffentlichung kön-
nen Sie jederzeit widerspre-
chen.

Landsmannschaft Ostpreu-
ßen e.V., Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

IBAN-Abgleich bei
Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab
sofort **bei sämtlichen Zah-
lungen an die Preußische
Allgemeine Zeitung** als
Empfängername die **Lands-
mannschaft Ostpreußen
e.V.** anzugeben ist.



Stieler, Martel, geb. **Heise**, aus St.
Lorenz, Kreis Fischhausen, am
23. November

Zintl, Ursula, geb. **Bedritzki**, aus
Moschnen, Kreis Treuburg, am
22. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Illau-Krücken, Roswitha, geb.
Illau, aus Lötzen, am
27. November

Jörgensen, Hildegard, geb.
Schwede, aus Skören, Kreis Elch-
niederung, am 24. November

Joswig, Ernst, aus Wilhelmshof,
Kreis Ortelsburg, am
24. November

König, Erika, geb. **Lukau**, aus
Steintal, Kreis Lötzen, am
23. November

Pfeifer, Ingrid, geb. **Deirowski**,
aus Reuß, Kreis Treuburg, am
25. November

Prygodda, Karl-Heinz, aus Wal-
len, Kreis Ortelsburg, am
22. November

Schubert, Siegrid, geb. **Saager**,
aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am
26. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Widdera, Eberhard, aus Katte-
nau, Kreis Ebenrode, am
26. November

Zusendungen für die Ausgabe 49/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der
Ausgabe 49/2025 (Erstverkaufstag 5. Dezember) **bis spätestens**
Dienstag, den 25. November, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-
ke Gemeinschaft**, jetzt und
auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder
kommen wenigstens alle drei
Jahre zur **Wahl eines Dele-
gierten** zur Ostpreußischen
Landesvertretung (OLV), der
Mitgliederversammlung der
Landsmannschaft Ostpreußen,
zusammen. Jedes Mitglied hat
das Recht, die **Einrichtungen**
der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu
nehmen.
Sie werden regelmäßig über die
Aktivitäten der Landsmann-
schaft Ostpreußen e.V. **infor-
miert** und erhalten **Einladun-
gen** zu Veranstaltungen und Sem-
inaren der LO. Ihre Betreuung
erfolgt direkt durch die Bundes-
geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-
zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-
antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-
mannschaft – www.ostpreus-
sen.de – heruntergeladen. Bitte
schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Donnerstag, 27. November, 15 bis
17 Uhr, Eintritt frei: **Was ist Phi-
losophie? Kinderclub mit Iwona
Krüger**. Was ist eigentlich Philo-
sophie und wie geht das? Das
Stellen von Fragen ist eines der
wichtigen Werkzeuge von Philo-
sophinnen und Philosophen. Der
Einstieg für Schulkinder von 6 bis
12 Jahren ist mit vorheriger An-
meldung unter Telefon (04131)
759950 oder per E-Mail: bil-
dung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 2. Dezember, 14.30 Uhr,
Eintritt: 7,- Euro inklusive Eintritt,
Kaffee, Tee und Gebäck: **Von Fi-
schern und Künstlern, Vortrag
von Dr. Jörn Barfod in der Rei-
he „Museum Erleben“**. Wie er-
lebten die Sommergäste in Nid-
den die einheimische Bevölke-
rung, gerade die fast ortssymboli-
schen Fischer? Aus einigen aussa-
gekräftigen Schriftquellen und
verschiedenen Darstellungen im
Bild lässt sich dies ein wenig nach-
zeichnen. Dabei ergeben sich im
Wandel der Zeit vom späteren
19. Jahrhundert bis ins 5. Jahr-
hundert des 20. Jahrhunderts ent-
scheidende Veränderungen. –

Wenig überraschend ist es, dass
aus der Gegenrichtung der Be-
trachtung, aus dem Blickwinkel
der einheimischen Bevölkerung
auf die Sommergäste und beson-
ders die Kunstbessenen, kaum
Quellen vorhanden sind.
Eine Anmeldung ist unter Telefon
(04131) 759950 oder per E-Mail:
info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 7. Dezember, 14 Uhr,
1,50 Euro zuzüglich Museumsein-
tritt: **Thomas Mann in Nidden. Führung durch die Kabinettaus-
stellung „Thomas Mann in Nid-
den. Fotografien von Fritz
Krauskop“ mit Manfred Sche-
kahn**. Thomas Mann – Literatur-
nobelpreisträger und Weltbürger
– verbrachte zwischen 1930 und
1932 die Sommermonate mit sei-
ner Familie im litauischen Nidden.
Hoch über dem Haff ließ er sich
ein Sommerhaus errichten, das
ihm zugleich Aussichtspunkt,
Rückzugsort und Inspirationsquel-
le war. Die Eindrücke jener Jahre
schilderte er ausführlich im Vor-
trag „Mein Sommerhaus“, den er
1931 bei den Rotariern in Mün-
chen gehalten hat. Seine Tagebü-
cher aus dieser Zeit hat er später
in Amerika verbrannt. Die Teilneh-

merzahl ist begrenzt und eine An-
meldung unter Telefon (04131)
759950 oder per E-Mail: bil-
dung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 9. Dezember, 18.30 Uhr,
Eintritt: 7,- Euro: **Uns geht die
Sonne nicht unter, Lesung und
Gespräch mit Arno Surminski,
Moderation: Dr. Werner Irro**.
Das Buch enthält neue Erzählun-
gen des Autors, die in Kanada,
den USA, Schleswig-Holstein, vor
allem aber in Ostpreußen spielen.
Die Handlungsorte in Surminkis
Geschichten entsprechen den
zahlreichen Stationen seines be-
wegten Lebens, das von Krieg und
Terror geprägt wurde. Einige Er-
zählungen sind heiter, die meisten
haben einen kriegsbedingten Hin-
tergrund, und alle stehen sie sinn-
bildlich für das Werk eines großen
Erzählers und Humanisten, der
mit seinen Texten seit jeher für
Versöhnung, Völkerverständigung
und ein friedliches Miteinander
eintritt. Die Teilnehmerzahl ist be-
grenzt und eine Anmeldung unter
Telefon (04131) 759950 oder
per E-Mail: info@ol-ig.de erfor-
derlich.

www.ol-ig.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Freitag, 28. November, 18 Uhr, Hotel Stadt Pforzheim Bären, Hauptstraße 70: 154. Preußische Tafelrunde mit Karl-Heinz Gast, der als Zeitzeuge von seiner Kindheit in Ostpreußen, Flucht, Vertreibung und dem Leben nach dem Krieg berichten wird. Serviert werden Preußische Kartoffelsuppe, Masurische Bratwurst mit Sauerkraut, und Rote Grütze als Nachspeise. Bitte melden Sie sich bis zum 26. November verbindlich an per E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de oder per Brief: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim oder unter Telefon (0178) 1744376. Gerne können Sie mit mehreren Personen kommen. Die Reservierung der Plätze wird erst gültig, wenn der Preis für das Essen (25,- Euro) auf das Konto der Landesgruppe überwiesen wurde: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, Kreissparkasse Waiblingen. *Georg Müller*



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Erinnerungstafel

Bremen – Am 8. Oktober fand an der Gedenkstätte für Flucht und Vertreibung auf dem Osterholzer Friedhof die Einweihung der neuen Erinnerungstafel zu Flucht und Vertreibung statt. Sie informiert über das tragische Geschehen und die Hintergründe, warum mehr als 100.000 Bremer familiäre Wurzeln in Ostdeutschland oder in den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa haben.

Mit Ansprachen von Dietmar Werstler, Präsident des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge – Landesverband Bremen, Ulrich Schlüter, Leiter des Ortsamtes Bremen-Osterholz, Helmuth Gaber, Vorsitzender des BdV Bremen und einem geistlichen Wort von Monica Roesberg-Sturmheit, Volksbund Bremerhaven, wurde die von der Bildungsreferentin des Volksbundes, Anke Büttgen, empathisch und historisch korrekt gestaltete Erinnerungstafel eingeweiht. Eine bedeutende Spende aus dem Kreis der Mitglieder der Bremer Landsmannschaft hatte mit dazu beigetragen, dieses Projekt zu verwirklichen.

Mit der Informationstafel ist aus dem Erinnerungs- und Gedenkort mit Heimatkreuz und Gedenksteinen für die verschiedenen Vertreibungsgebiete ein Lernort für alle Bremer bis in künftige Generationen geworden.

Auch ein Kamerateam von Radio Bremen war anwesend. So wurde das Ereignis am gleichen Abend zu allen Bremer Fernsehzuschauern in die Wohnstuben gebracht. *Heinrich Lohmann*



Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Monatstreffen

Aßlar – Sonntag, 7. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1: gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Ver-



Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2026“ präsentiert die Schicksale hinter den Kunstwerken. Der Kalender mit Bildern wie diesem von Ernst Mollenhauer: Fischerhaus in Nidden-Purwin, Öl, entstanden um 1946, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südstrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de *Bild: Ostpreußisches Landesmuseum*

triebenen (BdV) und der Landsmannschaften. *Kuno Kutz*



Mecklenburg-Vorpommern
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Adventsfeier

Anklam – Sonnabend, 6. Dezember, 10 bis 16 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum): Adventsfeier für alle Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Sudetendeutschen, Neumärker, Schlesier und alle Freunde der Heimat.

Erstmals gibt das Akkordeon-Orchester „Die Strandtasten“ aus Greifswald ein Adventskonzert in

Anklam. Außerdem wird der Posaunen- und Gesangschor Bansin / Usedom mit Weihnachtsliedern erwartet. Auch das gemeinsame Singen soll nicht zu kurz kommen. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2025 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang, Heimatbüchern und Kalendern. Am 6. Dezember ist im Volkshaus noch Gelegenheit, für die jährliche Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ zu spenden. Die Spenden erhalten der russische Kant-Chor Gumbinnen und die Diakonie-Station „Sandora“ Heydekrug. Es ist zugleich die Jahresversammlung des Verbandes mit Rückblick und Kassenbericht 2025 sowie einem Ausblick auf die Vorhaben 2026. So ist das nächste

Landestreffen der Ostpreußen MV am 12. September 2026 im Volkshaus Anklam geplant. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen sowie aus anderen Heimatgebieten. Angehörige, Gäste und Interessenten sind ebenfalls herzlich willkommen.

Termine 2026

- Anklam** – Sonnabend, 11. April, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam: großes Pommerntreffen.
- Wolfsburg** – Sonnabend, 6. Juni, 11 bis 17 Uhr, Kongresshalle Wolfsburg: Ostpreußentreffen.
- Heilsberg** – Sonnabend, 27. Juni, 10 bis 17 Uhr: Ostpreußisches Sommerfest.
- Anklam** – Sonnabend, 12. September, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus An-

Fortsetzung auf Seite 16



Endlich eingeweiht: Erinnerungstafel zu Flucht und Vertreibung auf dem Osterholzer Friedhof in Bremen *Bild: Heinrich Lohmann*



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landwirtschaft

Nürnberg – Dienstag, 25. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Was musste man sich noch auf dem Felde plagen und waren das „gute alte Zeiten“. Landwirtschaft in den 1920er und 30er Jahren.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-08-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

klam: Landestreffen der Ostpreußen MV und Tag der Heimat. Anklam – Sonnabend, 5. Dezember, 10 bis 16 Uhr, Volkshaus Anklam: Adventsfeier. Änderungen sind vorbehalten.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Eine Suche in Liebstadt

Saalfeld – Hans-Albert Eckloff hat seine angestammte Heimat schon oft besucht, in diesem Jahr begab er sich auf die Suche nach dem Hof seiner Urgroßeltern in Liebstadt. 1941 wurde der heute Schleswig-Holsteiner in Kerpen geboren, allerdings ohne Erinnerungen an seine Kindheit oder die Flucht aus Ostpreußen. Was er darüber weiß, hat er dem Buch seiner Mutter „Mein Leben – Lebenserinnerungen für meine Kinder und Enkel“ entnommen.

Über die Heimatkreisgemeinschaft Mohrunen kam letztlich der Kontakt zu Bernard Król von der „Gesellschaft der Liebenden der Region Saalfeld“ (Towarzystwo Miłośników Ziemi Zalewskiej) mit Sitz in Saalfeld [Zalewo] zustande. Król und die Gesellschaft bemühen sich um den Erhalt von deutschem „Nachlass“ an kulturellem Erbe und historischer Werte in den Dörfern und Gemeinden.

Heuer wollte er das Anwesen – eine Bauernstelle – seiner Urgroßeltern, der Familie Neubert mütterlicherseits in Liebstadt [Milakowo], aufsuchen und bat Król um Mithilfe. Es gab in den Aufzeichnungen seiner Mutter nur einen kleinen Hinweis für die Suche, der da lautete: „Da gab es im

Keller in der großen Waschküche eine richtige Pumpe mit Schwengel und in dem daneben liegenden Raum ein riesiges Gefäß, in dem im Sommer das Bier für die Knechte gebraut wurde.“

Ein Brunnen mit Schwengel

Der Anhaltspunkt war nicht sehr groß, doch Król hatte mit seiner Mitarbeiterin und Vorsitzenden der Gesellschaft Krystyna Kacprzak bereits im Vorfeld der Reise angefangen, in Liebstadt zu recherchieren, wo das Anwesen stehen mag. Eckloff war über diese Mithilfe sehr überrascht und auch erfreut. Vom Büro der Gesellschaft erhielt er den Namen Janek, mit dem er gemeinsam mit Król, Kacprzak und einem weiteren Mitglied der Gesellschaft Halina Owsianik zum Kulturzentrum nach Liebstadt fuhr.

Dort überlegte Kacprzak mithilfe der Aufzeichnungen Eckloffs

Mutter, wo dieses Haus mit Brunnen stehen konnte, denn Brunnen gab es in der Zeit der Urgroßeltern nicht häufig. Vermutlich, so die beiden Mitarbeiterinnen des Kulturzentrums Agnieszka Karłowicz und Karolina Mucha, lag das Haus in der Nachbarschaft zum Kulturzentrum. Das Nachbarhaus hatte keinen Brunnen, nach freundlichen und angeregten Gesprächen mit den Eigentümern ging man zum nächsten Haus weiter. Dort wurde ihm gesagt, dass es wohl einen Brunnen gab, aber keinen mit Schwengel.

Die Suche steckte förmlich an, denn nun bestand die Gruppe nicht nur aus Eckloff, den Mitgliedern der Gesellschaft und der Mitarbeiterin des Kulturzentrums, sondern auch aus allen Ansässigen, die befragt wurden; alle wollten wissen, wo dieser Brunnen stand.

Die nächste Anlaufstelle lag eine etwas berganführende Auffahrt



Gefunden: (v. l.) Vorsitzende der Gesellschaft Kr. Kacprzak, Karolina Mucha, Halina Owsianik und Hans -A. Eckloff vor dem Haus der Neuberts

Wo Leid ist, da ist geweihte Erde. Eines Tages wird die Menschheit begreifen, was das heißt. Vorher weiß sie nichts vom Leben. (Oscar Wilde)



Christel Elfriede Else Behrend

geb. Kaminski

* 6.7.1930 in Arys, Ostpreußen † 22.10.2025 in Hamburg

In liebevollem Gedenken von ihrer Tochter Christiane Behrend, auch im Namen der verbliebenen Geschwister Ursula Weide und Karin Kaminski

entlang mit seitlich gelegenen Eingang. Durch die an der Auffahrt stehenden alten Wirtschaftsgebäude sah es so aus, als ob hier einmal eine landwirtschaftliche Hofstelle gewesen sein musste. Das Wohnhaus, in dem heute mehrere Wohneinheiten sind, war in einem guten Zustand. Maria Maciolek, eine pensionierte Lehrerin und Nachbarin, sprach als erstes mit einem älteren Herrn, als dieser aus dem Haus trat, war die Spannung groß. Sie erzählte sehr viel und der Nachbar sagte nichts, nur als sie nach dem Brunnen fragte, nickte er. Nicht nur zu Eckloffs, vielmehr auch zur Freude aller Anwesenden hat die Gemeinschaft der Suchenden tatsächlich das Haus, in dem die Großmutter, Hedwig Treschan-

ke, geborene Neubert, aufgewachsen ist, gefunden. Die Gruppe ging die Auffahrt weiter hoch. Linksseitig war noch ein intakter Erdbunker oder Erdkeller vorhanden, auch alte Fundamente und Tröge von einem Schweinestall aus Vorkriegszeiten waren zu sehen. Eckloff war sich sicher, dass er die Bauernstelle der Familie Neubert gefunden hatte, aus der seine Großmutter mütterlicherseits stammte, die den Landwirt Friedrich Treschanke aus Albrechtswalde [Huta Wielka] geheiratet hat.

Król hat sich alsbald auf die Suche nach weiteren Dokumenten zu diesem Grundstück bis ins Allenstein Archiv begeben; er schickte Eckloff ein Foto, auf dem das Anwesen gekennzeichnet ist.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Brauchtum

Dresden – Mittwoch, 10. Dezember, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße: Der ostpreußische Weihnachtsmann – Brauchtum. Edith Wellnitz

Weihnachten

Zwickau – Mittwoch, 3. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Hölderlinstraße 1: Heimatliche Weihnacht.



Kulturzentrum Ostpreußen

Öffnungszeiten – Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Rätsel

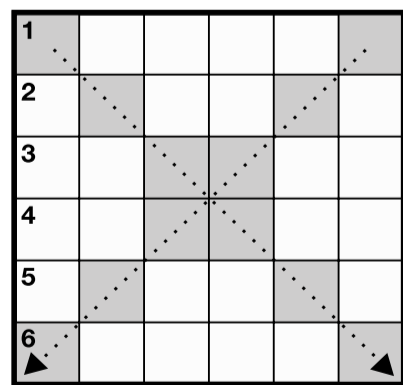
A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'Heilverfahren; Heilurlaub', 'unbestimmter Artikel', 'Fluss durch Weimar', 'strubbelig, unfrisiert', 'unbekannt, anonym', 'Asiat, Kaukasier', 'Korbblütler', 'Monatsname', 'Handwerkvereiner', 'semit. Stammesangehöriger', 'Unter-einheit von Euro u. Dollar', 'Frau, die besonders geliebt wird', 'Felsenklippe im Meer', 'amerik. Filmlegende (James)', 'Stadt in der Lüneburger Heide', 'großer Knorpelfisch', 'Ausgesuchtheit', 'Eingang; Vor-speise (franz.)', 'Stifterfigur im Naumburger Dom', 'Titel arabischer Fürsten', 'erster Ton einer diaton. Tonleiter', 'durchtriebene Person', 'italienische Hauptstadt', 'Rückschlag des Aufschlags', 'telefon. Verbindung aufnehmen', 'Schnittblumengefäß', 'Berliner Ortsteil', 'dt. Autor (Siegfried)', 'Koseform für Großmutter', 'Vorfuhr', 'Leser, Dauerbezieher', 'Frau Jakobs im A. T.', 'Putte', 'Schafjunges', 'israelischer König', 'feierliche Amtstracht', 'langschwänziger Papagei', 'Filmreportage (Kurzwort)', 'Fragewort (3. Fall)', 'Situation', 'Figur aus „Das Dschun-gelbuch“', 'aufregend', 'Grundstoffteilchen', 'saftige Kernfrucht', 'Menschen', 'Ausflug zu Pferde', 'Vor-nehm-tuer', 'portugiesisch: heilig', 'abgestochenes Rasenstück', 'Sahne', 'Auf-schänd-licher', 'Abkür-zung für Euer Ehren', 'engl.-amerik. Längenmaß', 'zu keiner Zeit', 'Vorbe-deutung', 'Schmuckstein', 'Abkür-zung für Euer Ehren', 'Wind-schatten-seite e. Schiffs', 'franz. Mittelmeer-hafen', 'Papier-oder Plastik-beutel', 'ungezogener Junge', 'US-Schau-spieler (Charlton)', 'schmal; begrenzt', 'Innen-hof (lat.)', 'Wind-schatten-seite e. Schiffs', 'Signal-horn (ugs.)', 'dt. Bundes-kanzlerin; ...Merkel', 'Stoff mit glänzen-der Ober-fläche', 'griech. Göttin der Mor-genröte', 'Wasser-stands-messer', 'Ausruf der Bestür-zung', 'artig, gehor-sam', '10. Buch-stabe des deutschen Alphabets', 'Navigation', 'längli-che Ein-fräsung', 'germa-nische Gottheit', 'Süd-frucht', 'West-slawe, Wende', 'An-sprache, Vortrag', 'Meeres-algen-pflanze', 'Urgroß-mutter (Kose-wort)', 'römi-scher Staats-mann', 'mit Creme gefülltes Gebäck', 'Blatt-gemüse', 'linker Neben-fluss der Donau', 'Pianist und Band-leader (Paul)', 'Sing-stimme', 'bayerisch ugs. für Fahrrad', 'Bestand, tatsäch-licher Vorrat', 'latei-nisch: Sei ge-grüßt!', 'regsam und wendig', 'Kfz-Zeichen Darm-stadt', 'landwirt-schaftliches Gerät', 'jap. Verwal-tungs-bezirk', 'Halbaffe Madagaskars, Lemur', 'franz. Autor (Marquis de...)', 'Rasen-pflanze', 'Peddig-rohr', 'Kfz-Zeichen Darm-stadt'.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 1, 7, 4, 8; Row 2: 4, 2, 6, 3, 7, 5; Row 3: 7, 5, 8, 6, 1; Row 4: 4, 6, 9, 7, 3, 8; Row 5: 5, 7, 3, 5, 6, 8, 1; Row 6: 6, 1, 9, 4.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



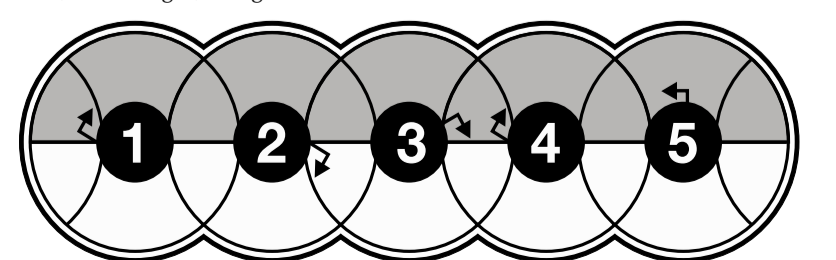
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Schmetterling und einen Gliederfüßer.

- 1 Strebsamkeit
2 ungezwungen, nachlässig
3 Salzgewinnungsanlage
4 wach, frisch
5 Mundfessel
6 diebischer Vogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Satzzeichen.

- 1 Reizmittelzuführung (Sport), 2 Infektionskrankheit, 3 Fluss zum Frischen Haff, 4 Karthager, 5 englisch: Ritter



Heimatkreisgemeinschaften



Hier wuchs Hans-Albert Eckloffs Großmutter Hedwig auf: Die Aufnahme zeigt das Haus der Familie Neubert (links) um 1910
Bild: Bildarchiv Ostpreußen

Von der Familie Neubert lebt heute nur noch Siegfried, Jahrgang 1938, der sich über Eckloffs Nachforschungen auf der Suche nach der Bauernstelle seiner Großeltern sehr gefreut hat. Leider hat Neubert keine Kindheitserinnerungen mehr an Liebstadt, sondern nur an die Flucht mit seinem Vater in einem Auto mit Holzverbrennungsmotor.

Allgemein ist es das Bestreben der Gesellschaft, für die Dörfer und Gemeinden in der Region Saalfeld durch die Dokumentation der einzelnen Bauten und Gehöfte eine Art Chronik zu erstellen, um den heutigen Einwohnern ein besseres Lebensgefühl und ein Miteinander zu geben, denn die meisten Einwohner hatten ebenfalls ihre angestammte Heimat verlassen müssen. Und hier finden Sie ihren Ansprechpartner: Towarzystwo Milosnikow Ziemi Zalewskiej, Krystyny Kacprzak, ul. Szkolna 2A, 14-230 Zalewo. H.-A. E.

nen weihnachtlichen Programm und Kaffeetafel.

Anmeldungen bitte an Gerhard Schikschnus per E-Mail: g.schikschnus@web.de, unter Telefon (0231) 62836900 oder (0173) 8103050.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Düsseldorf – Sonnabend, 29. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage – Aufzug vorhanden –, Raum 412, Bismarckstraße 90: Einstimmung auf die Weihnachtszeit mit Kaffee, Kuchen und kalten Getränken.

Für die Vorbestellung beim Catering bitte anmelden unter Telefon (02452) 62492 oder schriftlich an Karin Gogolka, Rurstraße 14, 52525 Heinsberg. Karin Gogolka
Köln – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Mittagessen, ab 14 Uhr Adventsnachmittag mit lebhaften Gesprächen. Ingrid Schröder

Mannheim – Donnerstag, 27. November, 12.30 Uhr, Bürgerhaus (Pflug), Unterdorfstraße 2, Hedesheim: Treffen zum Jahresende mit Mittagsimbiss, Vorträgen und Berichten, Kaffee und Kuchen.

Memel – Sonnabend, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Kulturzentrum im Skulpturenpark, Donelaicio g. 68: Der Deutsche Kulturverein Memel lädt zur Weihnachtsfeier ein.

Tag der Deutschen Einheit Memel – Am 4. Oktober feierte der Deutsche Kultur Verein Memel in Zusammenarbeit mit der Association Vokietuva den 35. Jahrestag der Vereinigung beider deutscher

Staaten im alten Schützenhaus, das heute der Konzertsaal ist, der Stadt Memel. Musikalische Unterstützung erhielt er dabei vom Orchester der litauischen Marine unter Leitung von Egidius Miknus und dem Chor des Vereins „Heide“ aus Heydekrug unter Leitung von Walter Matulis. Teilnehmer waren neben Mitgliedern der deutschen Gemeinschaften aus Memel, Heydekrug, Kaunas und Wilna sowie Litauer und Gäste aus Deutschland und Lettland. Die Festrede, gehalten von Professor Dr. Ruth Leiserowitz, erinnerte an den Verlauf des Prozesses zur Deutschen Einheit. Besonderer Dank gilt neben der finanziellen Unterstützung durch die Stadtverwaltung in Memel, Marius Horbacauskas von der Brauerei Volfas Engelmann Kaunas für die großzügige Spende der Getränke sowie der Tourismusschule in Memel für die Sicherstellung der Versorgung. Auch den Angestellten des KonzertsaaIs für die technische Sicherstellung gilt unser Dank. Nach Abschluss des offiziellen Teils wurde zu einem zünftigen Oktoberfest mit Bier, Leberkäse und bayerischer Musik geladen. H. R. Krefßin

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Treffen der Memelländer

Dortmund – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Heimatstube, Landgrafen/Ecke Märkische Straße, zu erreichen ab Hauptbahnhof mit den Linien U-41, U-45, U-47 und U-49 bis zur Haltestelle Markgrafenstraße: Adventsfeier mit einem Mittagsbuffet und einem klei-



Feier zum Tag der Deutschen Einheit: (v. l.) Manfred Wagener, Stase Jurgschat, Gerlinda Stunguriene
Bild: H. R. Krefßin

Wirken Sie mit an der Stiftung.
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

»Zukunft für Ostpreußen!«

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Geschäftsstelle Osterode am Harz – Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. ist bis auf Weiteres nur per E-Mail: kgoev@web.de zu erreichen.

Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

24.11. Annahmeschluss!

Preußische Allgemeine

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige [] **Große Grußanzeige** []

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

IN DER GUNST DES KAISERS

Der weltbekannte Geniestreich eines Tilsiters

Schustergeselle Friedrich Wilhelm Voigt wurde vom ärmlichen Kriminellen zum Hauptmann von Köpenick

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 16. Oktober 1906 wurde der 57 Jahre alte arbeitslose Schustergeselle Friedrich Wilhelm Voigt zum Mythos, weil er an diesem Tage einen grandiosen Geniestreich wagte: Nachdem Voigt sich bei verschiedenen Trödlern die Uniform eines Hauptmanns des preußischen 1. Garde-Regiments zu Fuß beschafft hatte, übernahm er kurzerhand das Kommando über neun Wachsoldaten und besetzte mit deren Hilfe dreist auf angeblich „allerhöchsten Befehl“ das Rathaus von Köpenick. Anschließend stellte Voigt den Bürgermeister wegen „unregelmäßiger Abrechnung bei Kanalarbeiten“ unter Arrest. Dem folgte die Beschlagnahme der Stadtkasse, die 3557 Mark enthielt. Zehn Tage darauf ging der falsche Hauptmann dann allerdings der preußischen Polizei ins Netz.

Ohne Vaterliebe aufgewachsen

Ganz Deutschland einschließlich des Kaisers lachte damals über die frech-kühne Tat. Dennoch musste sich Voigt für diese Aktion vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dietz verantworten. Die verurteilte ihn am 1. Dezember 1906 wegen „unbefugten Tragens einer Uniform, des Vergehens wider die öffentliche Ordnung, der Freiheitsberaubung, des Betruges und der schweren Urkundenfälschung“ aber nur zu erstaunlich milden vier Jahren Gefängnis, wonach Dietz dem Delinquenten auch noch per Handschlag alles Gute für die Zukunft wünschte. Beides resultierte aus Voigts Vorgeschichte.

Der später als der „Hauptmann von Köpenick“ bekannt gewordene Voigt hatte am 13. Februar 1849 in der ostpreußischen Stadt Tilsit das Licht der Welt erblickt. Seine Mutter hing sehr an ihrem kränklichen Sprössling, während der Va-



Ein Denkmal des Hauptmanns von Köpenick erinnert vor dem Rathaus Treptow-Köpenick an dessen dreisten Streich. Wenn auch selbst Kaiser Wilhelm II. darüber lachte, so musste sich Voigt (o.r.) dennoch verantworten *Bild: Imago/Jürgen Ritter; Wikimedia*

ter, der Schuhmachergeselle Johann Carl Voigt aus Kalkalpen, ein notorischer Trunkenbold und Glücksspieler war und seinem Kind keinerlei Liebe entgegenbrachte.

Vor dem Hintergrund der prekären Verhältnisse im Elternhaus beging der halb verhungerte 14-jährige Voigt im Juni 1863 einen Diebstahl, woraufhin ihn das Kreisgericht Tilsit zwei Wochen einsperren ließ. Anschließend musste der nunmehr Vorbestrafte die Schule verlassen und wie einst sein ungeliebter Vater eine Lehre zum Schuster absolvieren. Dabei wurde er in Tilsit gleich noch mehrmals kriminell. Deshalb verurteilte ihn das dortige Kreisgericht im September 1864 zu

drei Monaten Gefängnis und ein Jahr später dann wegen Diebstahls im Wiederholungsfall erneut zu neun Monaten Haft.

Ein wachsendes Strafregister

Nach der Entlassung verließ Voigt seine Heimatstadt und ging auf Wanderschaft, die ihn durch weite Teile der preußischen Provinzen Pommern und Brandenburg führte. Allerdings verbrachte er dabei deutlich mehr Zeit im Zuchthaus als in Freiheit, denn die Liste seiner Straftaten wurde immer länger und länger. Am Ende schickte ihn das Schwurgericht Prenzlau im April 1867 wegen Urkundenfälschung für zwölf Jahre hinter Gitter. Wieder in Freiheit, vagabundierte Voigt in ganz Ost-

europa herum und hielt sich dabei unter anderem in Riga, Prag, Budapest sowie in Odessa auf. Dann kassierte er vom Landgericht Posen 1889 ein weiteres Jahr Haft wegen schweren Diebstahls.

Kaum entlassen, versuchte Voigt 1890 gemeinsam mit dem Zigarrenmacher Calenberg, die Gerichtskasse des Kreises Wongrowitz zu rauben. Dafür verurteilte ihn das Landgericht Gnesen im Februar 1891 zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus, die er auch bis zum allerletzten Tage absitzen musste.

Aus dem Zuchthaus Rawitsch bei Posen begab sich der nunmehr 57 Jahre alte Voigt im Februar 1906 nach Wismar, um dort auf Vermittlung des Strafanstalts-

geistlichen Banner eine Stelle als Geselle des Hofschuhmachermeisters Hilbrecht anzunehmen. Allerdings wurde er wegen seiner kriminellen Vergangenheit schon im Mai 1906 aus dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin ausgewiesen – so wie nachfolgend auch aus 30 weiteren verschiedenen Orten im Königreich Preußen. Schließlich zog Voigt nach Rixdorf bei Berlin, wo er als Maschinist in einer Filzschuhfabrik arbeitete.

Bemüht, aber chancenlos

Am 24. August 1906 wurde ihm aber auch hier der Aufenthalt verboten, woraufhin er bis zu dem großen Coup in Köpenick in Berlin untertauchte.

Angesichts dieser Odyssee billigte das Berliner Landgericht Voigt mildernde Umstände zu, weil er „nach Verbüßung seiner letzten Strafe ernst und – soweit es an ihm lag – erfolgreich bemüht gewesen ist, sich seinen Lebensunterhalt ehrlich zu erwerben, und auf dem besten Wege war, ein nützliches Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft zu werden, daß aber dieses Bemühen ohne seine Schuld vereitelt und er wieder auf den Weg des Verbrechens gedrängt wurde“.

Wie gewonnen so zerronnen

Ähnlich sah das wohl auch Kaiser Wilhelm II., denn er begnadigte Voigt am 15. August 1908. Danach war der falsche Hauptmann von Köpenick, der bereits in der Haft Unmengen von Fan-Post und sogar Heiratsanträge erhalten hatte, recht schnell ein gemachter Mann. Seine Gramophon- und Filmaufnahmen sowie auch Vorträge in ganz Deutschland, Europa und den USA brachten ihm so viel Geld ein, dass er sich 1910 im Großherzogtum Luxemburg niederlassen und ein Haus kaufen konnte. Allerdings litt Voigt ab dem Ersten Weltkrieg an einer schweren Lungenerkrankung, an der er schließlich am 3. Januar 1922 im Alter von 72 Jahren – und aufs Neue verarmt – starb.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Soldatengräber als Prediger des Friedens

Der Volkstrauertag ist in Polen ein Alleinstellungsmerkmal der Deutschen

Der deutsche Volkstrauertag steht seit einigen Jahren wieder im Veranstaltungskalender der Verbände der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Dieser Gedenktag, der ursprünglich 1919 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eingeführt wurde, dient dem Erinnern an Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Für die deutsche Volksgruppe in Polen ist er jedoch auch ein Ausdruck kultureller Kontinuität, vor allem aber der Pflege von deutschen Friedhöfen und Gedenkstätten. Einen vergleichbaren Gedenktag kennen die Polen nicht, denn ihr Gedenken ist eher auf Heldentage fokussiert.

So organisiert der Dachverband der Deutschen Sozialkulturellen Gesellschaften auch dieses Jahr am 16. November in Opoln-Königlich Neudorf [Opole-Nowa Wieś Królewska] eine Zentralveranstaltung mit einem ökumenischen Gedenkgottesdienst und Kranzniederlegungen am dortigen Kriegssopferdenkmal. Doch auch lokale Verbände, die Deutschen Freundschaftskreise (DFK), organisieren zunehmend eigene Gedenkveranstaltungen. Neben Zülz [Biała Prudnicka] ist dieser Tag beispielsweise für die Deutschen in Groß Borek [Borki Wielkie] und Bronicz [Bronicz] in der Gemeinde Rosen-

berg [Olesno] Anlass, an Kriegssopfer zu erinnern. Sie tun dies seit Jahren mit musikalischer Begleitung durch die Blasmusikkapelle Groß Borek.

Stollarzowitz und Friedrichswille [Kolonja Biskupska], beide gehören ebenfalls zum Landkreis Rosenberg, organisieren Gedenkfeiern. Die Stollarzowitzer gedenken dieses Jahr bereits am Vorabend mit einem Konzert. Schüler der Staatlichen Chopin-Musikschule aus Beuthen [Bytom] spielen am 15. November um 16 Uhr für den Frieden, der, so die Veranstalter, „mehr als die Abwesenheit von Krieg ist und den feierlichen Abschluss des 80. Jahrestages der Tragödie der Deutschen im Osten bildet“.

Macht die Augen auf

An die Tragödie, die Kriege auslösen, will der Geistliche, Krystian Burczek, besonders in der heutigen Zeit erinnern. „Soldatengräber sind die großen Prediger des Friedens.“ Das sagte bereits Albert Schweitzer, der Friedensnobelpreisträger. So fasst es der Theologe aus Himmelwitz [Jemielnica] zusammen. Burczek wurde 1994 vom aus Liegnitz stammenden Bischof Bernhard Huhn in den kleinen deutschen Teil Schlesiens gerufen,



Der Geistliche Krystian Burczek betreut Soldatengräber, die den Frieden predigen und symbolisieren *Bild: Wagner*

um die in der Diaspora lebenden Katholiken zu unterstützen. Sein Leitspruch lautet: „Es gilt ein Leben lang zu arbeiten, zu kämpfen und neu zu beginnen; nicht nur mit anderen Geduld haben, sondern auch mit sich selbst.“ Geduld muss er indes als Gefängnisgeisler oft beweisen, Fleiß ist ihm zum Glück als Oberschlesier in die

Wiege gelegt worden. Er kümmert sich nämlich im Alleingang um Soldatengräber im Schlosspark einer Caritaseinrichtung in der Niederschlesischen Oberlausitz. „Sonst würde es niemand tun“, sagt er. Der Himmelwitzer ist Vorsitzender des West-Ost-Forums, Schlesisches Priesterwerk e.V. Münster. Was sich zurzeit in der Politik abspielt, sei für den Geistlichen nicht akzeptabel. „Als ich noch ein kleiner Messdiener in Himmelwitz war, ich war etwa sieben, gingen wir an den Bitttagen in einer Prozession zum Franzosenfriedhof“, erinnert er sich.

Bitttage sind besondere Gebetstage, die zum Beispiel der Fürbitte in der Not oder für die Ernte dienen. Damals stellte sich der heute 60-Jährige die Frage, wie die Franzosen so weit bis Oberschlesien kamen. „Später habe ich erfahren, dass Bonaparte auf diesem Weg nach Moskau zog. Viele Franzosen sind damals verwundet bei Himmelwitz gestorben und wurden dort beigesetzt. Es muss Menschen geben, die diese Erinnerung an die Soldatenopfer wachhalten. Jemand muss sagen: ‚Macht die Augen auf! Geht nicht über Leichen ans Ziel!‘ Wir brauchen humane Überlegungen für diese Welt“, sagt er. Und weil Soldatengräber, so der Geistli-

che, mahnen sollen, rettet er Soldatengräber vor dem Vergessen. Sein bereits verstorbener Vater und sein Bruder unterstützten ihn aus der Heimat.

„Sie hatten Grabumrandungen aus Eichenholz gemacht. Grabsteine wurden bei einem Steinmetz im Nachbarort von Himmelwitz hergestellt.“ So ist „sein“ Soldatenfriedhof auch eine Art Verbindung mit der Heimat. Am Volkstrauertag hält er dort eine Andacht und erinnert, dass, „jeder Soldat am Ende nur getrieben von der ganzen Kriegsmaschine ist.“

Diese Symbolik strahlt auch die Kriegsgräberstätte im oberschlesischen Laurahütte [Siemianowice Śląskie] aus. Sie ist einer der größten deutschen Soldatenfriedhöfe in Polen. Entstanden in den 90er Jahren im Rahmen des Deutsch-Polnischen-Nachbarschaftsvertrags wurde er dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu Verfügung gestellt, damit dort deutsche Soldaten zum Beispiel aus Kattowitz, Krakau oder Lods [Łódź] umgebettet werden konnten. 1998 wurde der Soldatenfriedhof dann der Öffentlichkeit übergeben. 40.000 Gräber finden dort einen Platz. Bis 2018 fanden in Laurahütte 33.283 Deutsche ihre letzte Ruhestätte. *Chris W. Wagner*

ZUM TOTENSONNTAG

Kulturdenkmal und Ruhestätte

Der Hauptfriedhof in Stettin war im Jahr 1911 Schauplatz einer Ausstellung über Friedhofskunst

VON TORSTEN SEEGER

Wenn wir am Totensonntag die Gräber unserer Vorfahren besuchen, dann ist es vielleicht von Interesse, dass auch bereits unsere Eltern und Großeltern sich auf ihre Weise mit dem Tod und den Ruhestätten auseinandersetzen. So wurde am 3. Juni 1911 in Stettin eine Ausstellung für Friedhofskunst auf dem Hauptfriedhof in Stettin eröffnet.

Der Ort war klug gewählt, denn hier zählte der Gestaltungsgrundsatz, jedes Grab so günstig wie möglich zur Wirkung gelangen zu lassen. Dies gelang dadurch, dass die Parkstellen mit ihren kräftigen Anpflanzungen auch jede Grabstelle für sich zur Geltung kommen ließen.

Dies war nicht einfach, denn bereits vor über 100 Jahren begann sich schon eine Grabmalindustrie zu entwickeln, die auch mit übertriebenen Erinnerungswerken aufwartete. Dem entgegen wirkte Friedhofsdirektor Georg Hanning, der in seinem Büro mit Modellen, Zeichnungen und Fotos für mustergültige Grabanlagen warb.

Sein Ziel: Die Anlegung eines andauernden Musterfriedhofs. Da dieser an den Kosten scheiterte, besann sich Hanning mit Unterstützung der Dürer-Gesellschaft darauf, eine Ausstellung für Friedhofskunst – unterstützt vom Stettiner Magistrat, dem Verein für Feuerbestattung und dem Konsistorium der Provinz Pommern – ins Leben zu rufen.

Hannings Entwurf für die Ausstellung wurde durch die Friedhofsverwaltung realisiert. So gelangte man nun vom Eingangportal zur Ausstellungshalle, die nach den Plänen des Stettiner Stadtbau Direktors Stahl errichtet wurde, über einen Weg, der von hohen Thujahecken eingefasst und durch Heliotrop-Rabatten begleitet wurde.

Vor der Ausstellungshalle wurde die Stimmung durch alte Bäume bestimmt, durch deren Laubwerk die Sonne ihr Licht auf goldgelbe Kieswege warf. Akustisch vernahm man das nahe Plätschern eines Vogel- und eines Schöpfbrunnens. Dazu luden weiße Bänke zur Ruhe und zum beschaulichen Genießen ein.

Im Zentrum der Ausstellungshalle war eine Marmorstatue einer Kranzwinde von dem Hildesheimer Bildhauer Friedrich Küsthardt zu sehen, zu ihren Füßen blühende Blumengebinde der



Auf dem Hauptfriedhof (heute Zentralfriedhof) in Stettin: Der Gedenkstein für die Toten der Stadt Stettin, errichtet im Jahr 1996, das Kreuz im Jahr 2001. Der Findling wurde an der Ostseeküste bei Kolberg geborgen
Bild: U. Zander

Stettiner Firma des Kunstgärtners Blume. In den Seitenhallen waren Fotos, Modelle, Zeichnungen und Skulpturen von Friedhöfen ausgestellt worden.

Eine besondere Beachtung soll nun das Umfeld der Ausstellungshalle erfahren, denn hier war wohl eine der interessantesten historischen Abteilungen zu sehen. Das eigentlich als arm an Kunst geltende Pommern, wies – wie historische Beispiele zeigten – in der Gestaltung der Gräber eine besondere Kunstfertigkeit aus.

Um diese für eine breite Öffentlichkeit und deren Verständnis zugänglich zu machen, hatten Friedhofsdirektor Hanning und Architekt Höfert in mühevoller Kleinarbeit deren Zeugnisse von den pommerschen Dorffriedhöfen zusammengetragen. Ihr Material war nicht immer, aber wo es möglich war aus Stein. Das waren meist heimische Findlingen, also keine Massenware und auf den Toten angepasst mit einer individuell angepassten Inschrift. Diese Erinnerungszeugen

waren zwanglos auf einer Wiese angeordnet, umgeben von Fichten und Birken. Auch ausgestellt waren neuzeitliche Grabmäler aus Schmiedeeisen und Holz.

Ziel war es auch, mit diesen Beispielen für die Gestaltung von Gräbern – die übrigens auch aus anderen Teilen Deutschlands für die Ausstellung beige-steuert wurden – auch die heimischen Traditionen wiederzubeleben. Zudem konnten diese durchaus günstig ausfallen. Musterrechnungen bei Holzkreuzen sprachen 1911 von 15 bis 25 Mark.

Um eine vornehme und ruhige Wirkung zu erzielen, wurde auf die Bepflanzung mit einer Pflanzenart hingewiesen. Die Beschränkungen von Höhen, die Ausweisung von Materialien und die Gestaltung der Grabmäler sollte durch Festlegungen beeinflusst werden, um eine Harmonie und Einfügung in das Umfeld zu erlangen.

In einer Zeit sich wandelnder Rituale und Bestattungsformen lohnt es auch noch, einen Blick über die damals ange-

dachte Bestattungsform der Zukunft, die Feuerbestattung, ein paar Worte zu verlieren: Hier, in Stettin, waren neben dem Urnenhain, dem Urnengarten auch Familienurnentempel denkbar.

Wer heute den Stettiner Hauptfriedhof besucht, kann immer noch eine Vielzahl eindrucksvoller Grabkunst und Gräberstätten bewundern und sicher auch die eine oder andere Anregung zum Umgang mit dem Tod und Erinnern mitnehmen sowie der Einbettung von letzten Ruhestätten in ein natürliches Umfeld sehen. Dass der erst 1901 angelegte und von Wilhelm Meyer-Schwartzau entworfene Hauptfriedhof Stettins bereits zehn Jahre später mit einer Friedhofsausstellung aufwartete, zeigt auch die große Achtung vor dem Tod und der Würde der Verstorbenen.

Der Friedhof ist auch heute ein Zeugnis deutscher Vergangenheit. Zu den bekanntesten Gräbern gehören die Grabstätten der Familien Haken, Kissling oder von Dewitz.

DREIEINIGKEIT

Kleiner Ort mit großem Namen

Stettin in Wisconsin – Auf den Spuren pommerscher Auswanderer in den USA

Wer vermutet im fernen Wisconsin in den USA einen Ort namens Stettin? Pommersche Auswanderer sind hier sesshaft geworden. Als sie hier Mitte des 19. Jahrhunderts ankamen, fanden sie einen dichten Urwald vor, in dem Bären und Wölfe lebten und Indianerstämme durchzogen.

Das Dorf entwickelte sich, und es entstand bald der Wunsch nach einer eigenen Gemeinde lutherischen Glaubens. Mit den Diensten eines durchreisenden Methodistenpredigers war man äußerst unzufrieden, denn die christliche Lehre stimmte nicht überein, und außerdem forderte er den zehnten Teil der ohnehin geringen Kartoffel- und Getreideernte.

1862 war es soweit, die Siedler gründeten die Lutherische Dreieinigkeitsge-



Im fernen Wisconsin: Die Dreieinigkeits-Kirche in dem kleinen Ort Stettin

meinde. Die ersten Gottesdienste fanden in Privathäusern statt. Bereits 1865 bauten sie ihr erstes Gotteshaus. Die Kirchengemeinde ist nicht ohne Schwierigkeiten durch die Zeit gekommen, das Kirchengebäude brannte ab, wurde wieder aufgebaut, die Kriegszeit lösten Zwistigkeiten aus. Doch die Kirchengemeinde besteht auch heute noch, und auf dem der Kirche gegenüberliegenden Friedhof lässt sich die Geschichte der zumeist pommerschen Siedler von einst ablesen.

Stettin, in der Mitte des Bundesstaates Wisconsin gelegen, gehört zum County Marathon und hatte 2020 laut Volkszählung 2580 Einwohner. B. Stramm

www.trinitystettin.org

● MELDUNGEN

Gedenken, Protest und Maler Dekkert

Stettin – Am kommenden Sonnabend, dem 22. November, steht das Stettiner Schloss ganz im Zeichen des Malers Eugen Dekkert (1865–1956). Um 12 Uhr erfolgt ein Spaziergang auf den Spuren Dekkerts, um 17 Uhr findet ein Vortrag von Eckhard Wendt zu Dekkerts künstlerischem Schaffen statt. (Eingang B oder D) Noch bis zum 22. Februar kann die Ausstellung seiner Werke im Stettiner Schloss besucht werden. TS

Greifswald – Noch bis zum 15. Dezember können Künstler und Künstlergruppen Arbeiten für den 46. Internationalen Hansetag einreichen. Dieser findet vom 11. bis 14. Juni in Stargard statt. Die Werke aus dem künstlerischen Schaffen der Hansestädte werden in der örtlichen Bibliothek präsentiert. TS

Köslin – Schmalspurbahn-Freunde haben am 15. November zum Besuch der Kleinbahn eingeladen – der endete aber mit böser Überraschung: Der angegriffene Fahrer eines Ford Transit fuhr in einen der Schmalspurbahnhöfe. Fahrer und Beifahrer wurden ins Krankenhaus eingeliefert. TS

Neumark – Am 16. November, dem Volkstrauertag, wurde in den pommerschen Städten und Gemeinden dies- und jenseits der Oder der Opfer von Krieg und Gewalt gedacht. Dieses Jahr wurde zudem an das Ende des letzten Weltkrieges erinnert. So auf der Kriegsgräberstätte in Neumark, 26 Kilometer südöstlich von Stettin. TS



Am Volkstrauertag in Neumark

Köslin – In Hinterpommern demonstrierten die Landwirte am 14. November gegen Importe landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine und aus Südamerika, da sie fürchten, dass ihre Produkte vom Markt verdrängt werden. Außerdem forderten sie Beihilfen für Treibstoff. TS

Wolgast – Zwar erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz Anfang November: „Die Ortsumgehung Wolgast wird gebaut. Das Projekt wird fertiggestellt.“ – Doch laut dem Magazin „Stern“ vom 13. November fehlt es immer noch an einer Finanzierungszusage des Bundes für die geplante Peenebrücke. TS

Swinemünde – Ärger um geplantes Container-Terminal auf Wollin: Die Seebäder Swinemünde und Misdroy wollen in die aktuellen Planungen einbezogen werden und Stimmrecht erhalten – Natur und Tourismus seien in den letzten 100 Jahren die Grundlage ihrer Entwicklung gewesen. TS

Stralsund – Am 22. November lädt das Fahrgastschiff „Wappen von Breege“ zu einer Gedenkfahrt an verstorbene Familienmitglieder, Freunde und Bekannte in die Prohner Wiek, dem Ort der Seebestattungen, ein. Die Abfahrten finden vom Hafen Stralsund 9,30, 12 und 14,30 Uhr statt. TS

„Wir spielen hier maximal in der zweiten Liga“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Habe noch einen Jean-Paul-Band („Siebenkäs“) im Regal stehen.

Werde ihn nach ihrem wunderbaren Artikel sofort noch mal lesen“

Carola Markowicz, Frankfurt/Oder
zum Thema: Erfinder der „Waschmaschine“ (Nr. 46)



Ausgabe Nr. 46

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE GROSSE BEDROHUNG
ZU: „DAS BEISPIEL ZEIGT, AN WELCHEN ABGRUND DIE WELT GERATEN KANN“ (NR. 45)

Ein sehr wichtiger und sehr guter Beitrag in der PAZ. Es ist eine der großen Bedrohungen der heutigen Zeit und die heißt: Putin – vom KGB zu einem neuen Faschismus mit Wurzeln im Sowjetimperium alter Prägung.

Eine derzeitige EU, so wird das meiner Meinung hier richtig erwähnt, sollte sich im jetzigen Bürokratzustand weiter um Plastikflaschen und Krümmungen von Gemüsesorten kümmern. Die Mehrzahl der EU-Bürger hat diese Vertreter nicht gewählt und nicht gewollt. Der Weg der EU würde bei der 9999. Sanktion ohne Erfolg und ohne Ende weiter beschritten. Die Wichtigtuerei der jetzigen EU-Vertreter muss ein Ende finden und zeigt allen Demokraten, wie wichtig es ist, die Meinung der Bürger in der EU einzubinden und zu berücksichtigen. Aber das klappt nicht einmal bei der gewünschten Abschaffung der sinnlosen Zeitumstellung.

Die Einhaltung der UN-Charta mit ihren eindeutigen Verpflichtungen, besonders für das ständige Mitglied des Sicherheitsrates Russland (ein Hohn für alle Völker), wird kaum erwähnt und gefordert. Wer Krieg führt, gehört nicht in einen Sicherheitsrat. Eine EU, die ohnehin nicht in der Lage ist, ihre Bürger zu schützen, sollte sich um die eigenen Angelegenheiten kümmern und Meinungsfreiheit und Demokratie wieder herstellen.

Steffen Matko, Mettmann

EIN GENERAL MIT VERSTAND
ZU: „DAS BEISPIEL ZEIGT, AN WELCHEN ABGRUND DIE WELT GERATEN KANN“ (NR. 45)

Mit Ex-General Harald Kujat kommt Gott sei Dank jemand zu Wort, der seine fünf Sinne noch beieinander hat. Das Interessen- und zweckgeleitete Kriegsgedöns der jetzigen Regierung ist schwer verdauliche Kost. „Wir sind nicht im Krieg, aber auch

nicht mehr im Frieden“: Mit solch lauem Design soll die Sache am Köcheln gehalten werden. Richtig heiß will die Kiste natürlich keiner.

„Russland unser ewiger Feind“, sagte Außenminister Johann Wadepuhl. Ein guter Spruch, aber etwas weit aus dem Fenster geleht, denn die Zeiten ändern sich oft sehr schnell, und man wird sich an solch wichtigtuere Statements erinnern. Wir spielen hier maximal in der zweiten Liga und kleben uns das Schild „Champions League“ an Brust und Stirn. Einfach lächerlich.

Jan Kerzel, Diespeck

MAN KOMMT AUF SEINE KOSTEN
ZU: MIT VOLLDAMPF ÜBER DIE HERBSTLICHE OSTSEEINSEL (NR. 45)

Vor gut zwei Monaten waren wir in einem Hotel in Göhren untergebracht mit eigenem Strandzugang zur Ostsee, die ab und zu ganz schön toben kann. Göhren hat natürlich auch einen eigenen Bahnhof, und da kommt der Oldtimerzug „Rasender Roland“ unter Dampf an und fährt auch von dort unter Dampf wieder ab.

Da die Schmalspurgleise der Rügener Bäderbahn mehr als einmal die Straße queren, so heißt es für den Autofahrer vor dem (un)beschränktem Bahnübergang anzuhalten, damit der Zug unter Dampf und mit lautem Geheule die Straße queren kann. Die Fahrt mit dem „Rasenden Roland“ kreuz und quer durch Rügen ist nicht gerade günstig, aber man kommt mit dieser Fahrt, mehr als gedacht, auf seine Kosten.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

POLITISCH EINSEITIGES TV
ZU: EIN DORF AM ABGRUND (NR. 45)

Bitte verschonen Sie uns mit dem Erziehungfernsehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), das überall Nazis sieht. Nichts gegen Filme gegen das Vergessen. Bei ARD und ZDF geht es in der Regel aber darum, das Schuldgefühl auf-

rechtzuerhalten für etwas, wofür die lange nach dem Krieg geborene Generation nichts kann. Kaum ein Land der Welt hat sich so sehr mit dem dunklen Kapitel in seiner Geschichte auseinandergesetzt wie unseres.

Der Titel besagt, dass es um das Erstarken des Nationalsozialismus in der Provinz geht. Meine Vermutung: Es sollen wieder Parallelen zu heute gezogen werden. Wenn möglich, mit dem üblichen Seitenhieb auf die böse, böse AfD. Der Rechtsextremismus ist aber nicht unser großes Problem, auch wenn der ÖRR uns das Glauben machen will. Ich mag dem ZDF hier Unrecht tun. Mit seiner politischen Einseitigkeit hat sich der ÖRR für mich schon lange als seriöse Anstalt verabschiedet.

Larry Wagner, Stanford/USA

AM RAND DES HUNGERTODES
ZU: EINSCHÜCHTERUNG DES PUBLIKUMS (NR. 44)

Schon kurios: Berechtigte Kritik an aktueller Einschüchterung und dann selber eine „überdimensionale Schuld“ der Überlebenden des Weltkrieges zu postulieren. Die soll darin bestanden haben, die NS-Diktatur und ihre Verbrechen nicht „aufgearbeitet“ zu haben, wie der neudeutsche Begriff lautet. Zunächst war die Lage in der Besatzungszeit, dass fast alle ums Überleben kämpfen mussten und viele diesen Kampf verloren.

Mein Vater war einfacher Wehrmachtssoldat, als fertiger junger Jurist wurde ihm die Parteimitgliedschaft nahegelegt, das Parteibuch zugesendet. Ergebnis: Er wurde wie Millionen andere als „Mitläufer“ von den Besatzern eingestuft. Entzug der Lebensmittelkarte, mehrere Jahre am Rand des Hungertodes.

Vielleicht können sich Nachgeborene vorstellen, dass unter diesen Umständen keine oder zu wenig Neigung bestand, sich mit einer möglichen eigenen oder kollektiven deutschen Schuld zu befassen. Das kam erst später, in den 60er Jahren mit den Auschwitzprozessen. Mein Vater war und blieb aber national einge-

stellt, vermutlich FDP-Wähler, dann CDU-nah.

Er lehnte aber aufgrund einschlägiger Erfahrungen jede angetragene Parteimitgliedschaft ab. Denn die konnte tödliche Konsequenzen in einem nächsten Krieg haben, sagte er. Schließlich diente mein Vater als Behördenchef – aus sowjetischer Sicht – in der BRD als Lakai dem „westlichen Imperialismus“.

Denkanstoß: Ist gar keine Schuld vorhanden, wenn man Soldat bei den Siegermächten war und bei Kriegsverbrechen mitwirkte oder diese duldete? Alles Unfug, kein Sowjetbürger ohne Funktion war schuldig an Stalins Verbrechen, und die Nachgeborenen tragen für diese Geschichte keine „Verantwortung“, wie die deutsche Kinder- und Enkelgeneration.

Rudolf Kraffzick, Hainau

DIE SCHLECHTESTE LÖSUNG
ZU: DIE „STADTBILD“-DEBATTE WIRD ZUM MENETEKEL UNSERER EPOCHE (NR. 44)

Der zahlenmäßige Rückgang der deutschen Bevölkerung war seit Langem bekannt, die unkontrollierte Einwanderung die mit Abstand schlechteste Lösung. Nach einer Studie der Hamburger Uni hätte sich als Alternative eine kontrollierte Reduzierung der Bevölkerung auf 65 Millionen Bürger über 30 Jahre angeboten. Dadurch hätte sich die Altersstruktur wieder ausgeglichen, gleichzeitig wären negative Effekte durch die Anwendung von KI und weiterer Rationalisierung deutlich abgemildert worden.

Stattdessen haben linke Ideologen, mit nicht öffentlicher Agenda für den politischen Umbau der Gesellschaft, mit voller Absicht die Büchse der Pandora geöffnet. Das teilweise anstoßende „Stadtbild“ ist da noch das kleinere Übel.

Es wird noch viel schlimmer kommen. In Frankfurt skandieren bereits die „Erwählten“: „Frankfurt gehört uns!“ Was die wohl damit meinen? In einem haben sie ja recht, dort stellen sie bereits die Mehrheit.

Peter Wendt, Hamburg

ANZEIGE

Tag für Tag näher zur Heiligen Nacht 24 Figuren zum Aufbauen, Sammeln und Gestalten

■ Ein Adventskalender, der die Weihnachtsgeschichte lebendig werden lässt: Hinter jedem der 24 Türchen verbirgt sich eine detailreich bemalte Figur aus hochwertigem Kunststein – frei im beiliegenden Holzstall aufstellbar.

Jeden Tag bis Weihnachten kommt eine neue Figur hinzu: Maria und Josef, die Heiligen Drei Könige, Hirten, Engel, Tiere – und schließlich am 24. Dezember das Jesuskind in seiner Krippe. So wächst die Szene Schritt für Schritt, bis an Heiligabend alle versammelt sind.

Der stabile Stall aus Holz wird mit einem einfachen Stecksystem aufgebaut und bildet den Mittelpunkt dieser besonderen Weihnachtsdekoration. Durch die kompakte Größe passt die Krippe perfekt auf Sideboard, Fensterbank oder Beistelltisch.

Ein stimmungsvolles Highlight für die Vorweihnachtszeit – zum Sammeln, Arrangieren und immer wieder neu Gestalten.

Adventskalender »Weihnachtskrippe«
Best.-Nr. 140 784 • 19,99 €

www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

TOTENSONNTAG

Die Schnitter und der Tod

Die Gräber und ihre Geschichten vom Alten Inselfriedhof auf Norderney – Auch von der Preußenherrschaft können sie viel erzählen

VON BETTINA MÜLLER

Norderney ist ein Touristenmagnet. Jedes Jahr besuchen an die 590.000 Menschen die ostfriesische Insel, die vor allem im Sommer fest in der Hand von Urlaubern und Partygästen ist. Während die Besucher unter großem Getöse ihre Trolleys über den Asphalt in Richtung Hotel ziehen, ist es auf dem Alten Inselfriedhof zuweilen menschenleer. Wie wahrscheinlich ist es, dass sich die Feierlustigen nach einem durchzechten Wochenende dort hin verirren? Zugegeben, das Morbide könnte die Feierlaune etwas schmälern. Eher wird wohl der „Klabautermann“ in der Fußgängerzone ihren Durst stillen.

Dabei liegt der Alte Friedhof sehr zentral an der evangelisch-lutherischen Inselkirche. Direkt außerhalb der Friedhofsmauer pulsiert das Inselleben, und auch der Strand ist in unmittelbarer Nähe. Was für ein Kontrast! Kirche und Friedhof erzählen nämlich nichts von den nicht enden wollenden Party-Sommern, wenn sich Kauf- und Saukraft der Gäste zuverlässig vereinen. Eher kann man dort etwas von dem Leben vergangener Generationen erfahren und der wechselvollen Geschichte ihrer Insel: von den ärmlichen Anfängen über den Aufschwung unter der preußischen Herrschaft bis hin zum heutigen Touristen-Brennpunkt.

Das Leben in diesem ärmlichen Fischer- und Schifferdorf, das es in der Vergangenheit nun einmal war, war vor allem geprägt durch eine beständige Abfolge von durch das Meer verursachter Katastrophen. Die Insulaner mussten hartgesotten sein und somit auch diese grauenhafte wahre Geschichte verarbeiten: In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 1722 trieb ein fast völlig mit Wasser vollgelaufenes Schiff auf die Insel zu. 44 „Schnitter“ (Erntehelfer) konnten nur noch tot geborgen werden und mussten auf der Insel beerdigt werden. Jedes einzelne Grab bekam nur ein einfaches Holzkreuz.

Diese sind längst verrottet. Eine ewige Ruhe hätte es für die Toten an diesem Ort sowieso nicht gegeben, weil ältere Gräber aus Platz- und Kostengründen immer wieder neu belegt wurden. Ein im Grunde elitäres Beerdigungswesen, weil Geld auch noch im Tod die Welt regiert. Immerhin waren alle Gräber gut vor Über-



Eingefriedet auf dem Alten Inselfriedhof: Gräber von „Hilrich Jakobs Rass“ und „Jacob Corne. Schmidt“

Bild: Müller

schwemmungen geschützt, weil man die Ursprungskirche im 16. Jahrhundert auf einem künstlichen Hügel, der Kirchwarft, erbaut hatte. Wie groß die Friedhofsfläche ursprünglich war, liegt im Dunkeln der Geschichte.

K.-u.-k.-Matrose angetrieben

Dass die Seefahrt – neben der Fischerei – die größte Rolle im Leben der Insulaner spielte, spiegelte sich auch in ihrem Gotteshaus wider, in dem heute ein Miniatur-Segelschiff durch den Raum zu schweben scheint. Dort oben ist es sicher, was im realen Leben nie so war. Es kam vor, dass manche Insulaner gleich mehrere Kinder beerdigen mussten. So verlor der Fischer Jan Kasseboom – von Beruf Gärtner, Badewärter und Schankwirt – innerhalb von 15 Monaten gleich drei seiner vier Söhne. Der älteste Sohn Hinrich hatte am 15. Januar 1835 „nach einer 4-monatigen Krankheit“ auf seinem Schiff das Zeitliche gesegnet.

Ein Jahr später machte ein schwerer Sturm auf See neun Frauen zu Witwen

und 29 Kinder zu Waisen, als fünf Fischer-schaluppen dem tobenden Meer zum Opfer fielen. Aber stets blieb man der Seefahrt treu, auch wenn sie den Tod bringen konnte. Oder aber man wurde Handwerker, so wie der Reepschläger (Seiler) Johann D. Redell, dessen Vorfahren „Roedell“ hießen und eigentlich aus Glückstadt in Schleswig-Holstein stammten. Redell konnte als Seiler aber seine große Familie nicht ernähren – mit Anna Redell geb. Erichs hatte er acht Kinder –, sodass er auch noch als Badewärter arbeiten musste. Er erkrankte dabei 1837 und wurde auf der westlich gelegenen Nachbarinsel Juist angetrieben.

25 Jahre später konnte man auf dem Grabstein von Helene Vincke lesen: „Sei wie sie war, so wirst du werden, was sie ist“ – das sechsjährige Kind, das in Frankfurt am Main geboren wurde, war am 5. August 1862 an einer „ansteckenden Halskrankheit“ verstorben. Der Badebetrieb brachte zunehmend auch den Adel auf die Insel, und Helenes Vater, Karl Friedrich Gisbert Freiherr Vincke ernann-

te man vier Jahre nach dem Tod seiner kleinen Tochter zum Ersten Königlichen Badekommissar auf Norderney.

1864 brachte der Deutsch-Dänische Krieg noch mehr Leid über die Menschen. Der Matrose Giovanni Velcich aus Istrien versah seinen Dienst auf der „k.u.k. oestreich. Fregatte Radetzki“. Zur Unterstützung der preußischen Flotte hatte man österreichische Flottenverbände in die Nordsee verlegt, zusammen trug man am 9. Mai 1864 vor Helgoland gegen Dänemark das schwerste Seegefecht dieses Krieges aus. Velcich erkrankte am 21. Juni „in den Wellen bei Cuxhaven“ und wurde am 18. Juli auf Norderney angetrieben. Sein Sterbeeintrag im Kirchenbuch belegt dabei allerhöchsten Besuch bei seiner Beerdigung: Es war der letzte hannoversche König Georg V., der auch das Grabkreuz stiftete und die Beerdigung bezahlte. 1866 endete dessen Herrschaft, und er verlor sein Königreich an Preußen.

Im selben Jahr erkrankte der 15-jährige Hans Jacob Six bei Bergungsarbeiten an einem vor Juist gesunkenen englischen

Dampfschiff. Auch sein Grabstein existiert noch, aber das Segelschiff, das ihn zierte, hat einen abgebrochenen Mast als Symbol für den Tod durch Schiffbruch.

Hannovers letzter König zahlte Grab

Die Einwohner, einst von Heinrich Heine als „blutarme Eingeborene“ verspottet, mussten die ständige Gefahren stets verdrängen. Familien mussten ernährt werden, Schiffer ihrer Arbeit nachgehen, Matrosen wieder neu anheuern. Verstärkt strömten in der Preußenzeit zahlreiche Badegäste auf die Insel, aber so manche kehrte nicht mehr nach Hause zurück. Darunter war auch der Ökonom Franz August Koch, der 1868 im Alter von 66 Jahren an „Erschöpfung“ gestorben war. Zwei Jahre später reichte der Platz auf dem Friedhof, der nun über 145 Grabstellen hatte, nicht mehr aus.

Mit dem langsam zunehmenden Wohlstand der Insulaner – 1871 wurde auch endlich ein Hafen samt Landungsbrücke angelegt –, war auch dieser einfache Friedhof nicht mehr repräsentativ, zumal er nicht bepflanzt wurde und auch nicht von Wegen durchzogen war. Längst wollten sich Begüterte mit teuren Stelen oder gusseisernen Kreuzen ein dauerhaftes Erinnern vor Ort sichern. Alle anderen wurden irgendwann vergessen.

Das konnte einem Kapitän der königlichen Jacht „Königin Marie“ nicht passieren. Hilrich Jakobs Rass – Schiffer, Fischer, Kirchenvorsteher und Kapitän – bekam 1872 sogar einen gusseisernen Zaun um seine Grabstätte, die sich heute etwas abseits von den anderen Gräbern präsentiert. Der mittlerweile im österreichischen Exil lebende Georg V. hatte den Mann, der auch den Fracht- und Personenverkehr zwischen der Insel und Norddeich versehen hatte, nicht vergessen und somit auch dessen Grabstätte bezahlt.

1875 bat der Kirchenvorstand schließlich um Überlassung eines unbebauten Grundstücks an anderer Stelle. Der „Allerdurchlauchtigste Allergrößmächtigste Kaiser und König“ war einverstanden. Im Zuge dessen wurde auch 1878 die 1578 erbaute Inselkirche abgerissen und an gleicher Stelle im gotischen Stil wieder aufgebaut. Da gehörten Mütter, die ihre Söhne an den Krieg verloren hatten – so glaubte man –, der Vergangenheit an. Doch das war nur eine Illusion.

AUGENBLICK DER BESINNUNG

Die doppelten Marxens aus dem Vinschgau

Othmar, Paul und Karl Marx im Doppelpack – Eine Südtiroler Marx-Familie, die aber nichts mit dem Kapitalismuskritiker zu tun hatte

Auf dem Friedhof des Dorfes Mals im Südtiroler Vinschgau findet man eine beeindruckende Grabstätte, welche die Tragik einer jungen Familie in der ohnehin politisch und wirtschaftlich schweren Zeit nach dem Ersten Weltkrieg offenlegt. Immerhin war die Region im Jahr 1920 ohne Volksabstimmung gerade an Italien abgetreten worden, und nur wenige Jahre später erfolgte die Machtübernahme der Faschisten unter Benito Mussolini, die mit einer Unterdrückung der kulturellen Identität der deutschen Südtiroler einherging.

Vor diesem Hintergrund muss auf dem Friedhof der 5000-Einwohner-Gemeinde an der Etsch die auffällige Grabtafel mit den Namen von drei in den 1920er und 1930er Jahren verstorbenen Kindern gesehen werden, deren Namen gleich zweimal auftauchen. War der eine

nämlich gestorben, gab man einem folgenden denselben Vornamen – und das gleich dreimal –, was offenbar den ohnmächtigen, aber zugleich vergeblichen Wunsch der Eltern Othmar und Karolina Marx zeigte, das verstorbene Kind im nächsten fortleben zu lassen.

Dennoch schlägt der Tod immer wieder unerbittlich zu. Der erste Othmar, der den Vornamen seines Vaters erhielt, wurde nur drei Monate alt, sein namensgleicher Bruder ein Dreivierteljahr. Der erste Sohn mit dem Vornamen Karl, der noch vor dem zweiten Othmar geboren wurde, erreichte immerhin schon ein Alter von zwei Jahren. Karls namensgleicher Bruder starb hingegen bereits nach zwei Monaten, und der erste Paul wurde auch nur zwei Jahre alt, während sein Bruder gleichen Namens nicht mal ein Vierteljahr überlebte. Bemerkenswert ist zudem,



Eine Flut an gleichen Vornamen: Grabstätte der Familie Marx in Mals

Bild: Reith

dass bei dieser dreimaligen Namensverdoppelung sowohl das erste als auch das letzte dieser Kinder jeweils zufällig an einem Neujahrstag starben.

Schließlich ereilte nach all dem Ungemach selbst die Eltern der Tod relativ früh, denn sie wurden beide gerade mal 47 Jahre alt und starben, entsprechend der Differenz ihres Alters, im Abstand von drei Jahren. Der Vater der sechs früh verstorbenen Kinder, Othmar Marx, war übrigens Sohn eines Müllermeisters, der – natürlich – auch Othmar Marx hieß. Mit Karl Marx, dem Kapitalismuskritiker, hatten sie jedoch nichts gemeinsam.

Das Grab der Südtiroler Marx-Sippe sei „ein beeindruckendes Zeugnis menschlicher Hinfälligkeit und irdischer Vergänglichkeit“, wie es dazu schon vor etlichen Jahren im Kommentar einer Lokalzeitung hieß. Wolfgang Reith/tws

● FÜR SIE GELESEN

Ein Wald voller Knochen

Der Engländer Simon Beckett gehört seit Jahren zu den erfolgreichsten Thrillerautoren weltweit. Viele seiner Bücher wurden verfilmt. Der Grund: Sie sind einfach richtig gut. Beckett versteht es wie kaum ein anderer, Atmosphäre zu transportieren – viel typisches England, geheimnisvolle Spannung, unheimliches Ambiente, und die Protagonisten seiner Geschichten sind dem Leser immer ganz nah. Man kann sich mit ihnen identifizieren, in ihre Haut schlüpfen und so den Krimi entsprechend miterleben.

So ist es auch beim aktuellen Thriller des Spannungs-Meisters „Knochenkälte“, bei dem ein Skelett in den Wurzeln einer Fichte hängt, die von einem Unwetter zu Fall gebracht worden ist. Der Verwesungsgrad macht deutlich: Die grausam anzusehende Leiche wittert wohl schon seit langer Zeit vor sich hin. Wie gut, dass Dr. David Hunter während eines Wintersturms in der betroffenen kleinen Ortschaft mitten in den unheimlichen Cumbrian Mountains gestrandet ist. Schnell spürt er aber, dass er hier unerwünscht ist, was ihm die Bewohner des Örtchens zu spüren geben. Beim Versuch, den grausigen Skelettfund bei der Polizei zu melden, stellt der Forensiker zudem fest, dass der Sturm das Dorf von der Außenwelt abgeschnitten hat. Die Lage spitzt sich zu ... J. Eichler



Simon Beckett:
„Knochenkälte“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2025, gebunden, 460 Seiten, 26 Euro

Langatmig, aber doch fesselnd

Suzanna Peacock ist in einer Familie der britischen Upperclass aufgewachsen und mit Neil verheiratet. Doch sie ist unzufrieden. Nach langer Überlegung eröffnet sie einen Laden in ihrem kleinen Heimatort. Sie bietet hübsche Dinge an, mit denen man sich sein Leben verschönern kann. Da sie ein eisiges Verhalten an den Tag legt, kommt der Laden erst in Schwung, als Jessie bei ihr anfängt, das genaue Gegenteil von Suzanna – lebensfroh, positiv, fröhlich. Mit der Zeit öffnet sich auch Suzanna den Kunden, unter anderem einem Argentinier, mit dem sie flirtet. Mit Neil ist sie nicht glücklich. Sie vermutet, dass sie so unausgeglichen ist, weil sie Schuld am Tod ihrer Mutter haben soll. Mit ihrem Vater, ihrer Stiefmutter und den Geschwistern liegt sie ständig im Streit. So wird ihr Laden „Peacock Emporium“ immer mehr ihr emotionales Zuhause.

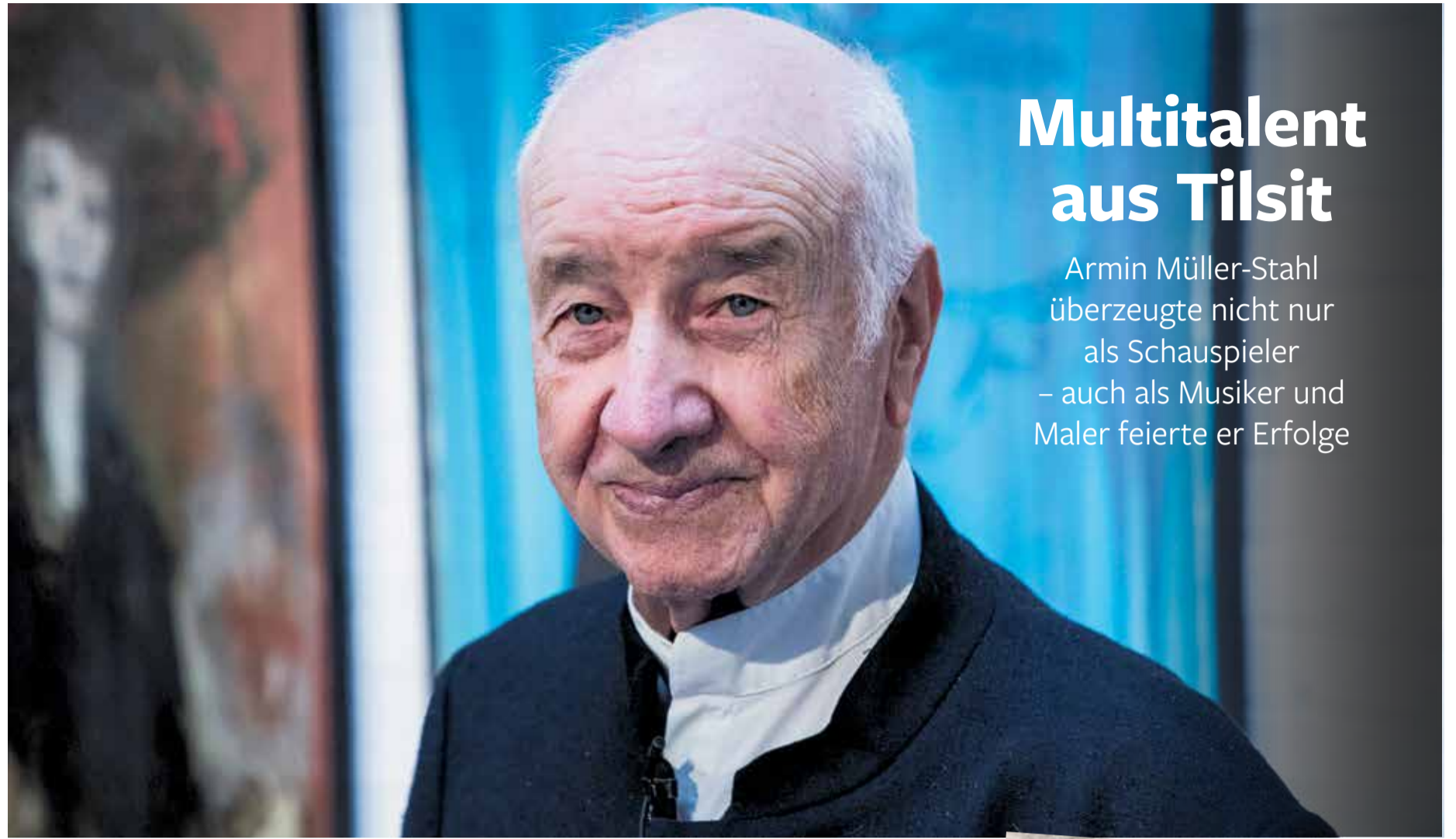
Jojo Moyes schildert die Gefühle aller Mitwirkenden einfühlsam und ergreifend. Leider wechseln die Kapitel zeitlich und auch personenbezogen, sodass der Leser oft im Dunkeln tappt, wer denn nun gemeint ist. Der Roman „Ein ganz besonderer Ort“ ist interessant, aber leider zu langatmig.

Angela Selke



Jojo Moyes: „Ein ganz besonderer Ort“, Rowohlt Polaris Verlag, Hamburg 2025, Taschenbuch, 493 Seiten, 18 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Multitalent aus Tilsit

Armin Müller-Stahl überzeugte nicht nur als Schauspieler – auch als Musiker und Maler feierte er Erfolge

Selbst in Filmen, Farben und Formen lautet das Motto von Armin Müller-Stahls neuem Buch, in dem er einen künstlerischen Rückblick auf seine lange und erfolgreiche Karriere unternimmt. Der gebürtige Tilsiter war bereits ein erfolgreicher Schauspieler in der DDR, als er auch in der Bundesrepublik und in Hollywood Erfolge in

bedeutenden Filmen feiern konnte. In seinem neuen Buch sind neben schwarz-weißen und stark gerasterten Filmszenen des am 17. Dezember 95 Jahre alt werdenden Künstlers auch dessen ausdrucksstarke Bilder nebst einem einführenden Text und einem Werksverzeichnis am Ende zu finden.

MRK



Armin Müller-Stahl: „Selbst in Filmen, Farben und Formen“, Hatje Canz Verlag, Berlin 2025, gebunden, 184 Seiten, 44 Euro

JUBILÄUM

„Zwischen Ostpreußen und Ostfriesland“

Rautenberg-Verlag feiert sein 200-jähriges Bestehen – Eine Festschrift erzählt die Verlagsgeschichte

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Festschrift des Rautenberg-Verlags zu seinem 200. Jubiläum spiegelt die deutsche Geschichte dieser Zeitspanne wider und könnte als Lehrbuch über das Beispiel eines Familienbetriebs dienen. Mit Qualität hat sich Rautenberg schon seit der Firmengründung im Jahr 1825 einen Namen gemacht – von äußerster Qualität zeugt auch das von Gerhard Rautenberg und Gerd Kaja herausgegebene Buch zum Jubiläum „Rautenberg 1825 – 2025. Zwischen Ostpreußen und Ostfriesland“. Gerhard Rautenberg hat das Unternehmen in fünfter Generation geleitet.

Druckqualität, Aufmachung und fundierte Texte der illustrierten Verlagsgeschichte im Format A4 zeugen vom Können seiner Macher. Hervorragend bearbeitete alte Schwarz-Weiß-Aufnahmen, abgebildete Originaldokumente, farbige Infokästen sowie Farbaufnahmen der Produkte und Erzeugnisse auf hochwertigem Papier schildern die Geschichte der Firma von der Gründung bis zur Gegenwart.

Niemand konnte ahnen, welcher Erfolg dem Unternehmen beschieden sein würde, als der belesene Gründer Carl Ludwig Rautenberg 1825 in Mohrunen die Buchbindelei Fermer übernahm. Sein Ziel, einen Verlag zu gründen, verfolgte er zielstrebig, bis er ihn verwirklichen konnte. Die Herausgabe des „Redlichen Preußen“, eines Kalenderbuchs, wurde zu einem solch großen Erfolg, dass in kurzer Zeit beeindruckend viele Filialen in ganz Ostpreußen entstanden. Rautenberg hatte bald Geschäftsverbindungen in ganz Preußen, auch Verbindungen im Ausland entstanden.

Nach dem Tod des Firmengründers wurde die von seinem Sohn Emil geführte Filiale in Königsberg Hauptfirmensitz. Rautenberg, machte sich für außergewöhnliche Druckqualität und anspruchsvolle Buchbinderarbeit einen Namen.

Nach Emils plötzlichem Tod 1885 führte dessen Frau Auguste den Verlag weiter, bis ihr Sohn Gerhard Ludwig die Geschäfte übernehmen konnte. Der Technikbegeisterte führte die Erfolgsgeschichte fort. Er steuerte den Verlag erfolgreich durch den Ersten Weltkrieg. Rautenberg druckte auch amtliche Formulare. Ab 1923 wurde Inflationssgeld gedruckt, gegen Ende des Ersten Weltkriegs war der Verlag auch am Druck von Notgeld beteiligt.

Erfolge in Königsberg

In vierter Generation übernahm Gerhard Emil den Betrieb. Er sorgte für die technische Modernisierung und erzielte gute Erfolge durch höhere Produktivität, bis der Zweite Weltkrieg das Unternehmen erschütterte. 1939 wurde er eingezogen, kehrte wegen einer Beinverletzung aber zurück in den Verlag. Ab Juni 1944 wurden Teile des Betriebs ausgelagert, um den Weiterbetrieb bei Kriegshandlungen nicht zu gefährden. Diese Maßnahme konnte die Katastrophe jedoch nicht verhindern.

Durch die britischen Luftangriffe Ende August 1944 wurde der Produktionsbetrieb am Schiefen Berg 5 und 6 sowie der in der Löbenicht Oberbergstraße 16 komplett zerstört. Am Ende traf die Familie Rautenberg das Schicksal Millionen Vertriebenen. 1946 gelangte die Familie in die Westzone. Ihre Flucht führte von Königsberg über Dresden, Chemnitz und Leipzig, weiter über Friedland, Wülfnigen, Hildesheim und endete schließlich in Leer in Ostfriesland. In einer Flüchtlingsunterkunft in Hammerunterwiesenthal wurde 1945 der heutige Firmeninhaber Gerhard Rautenberg geboren.

Nach dem Krieg belastete der allgemeine Rohstoffmangel die Druckindustrie schwer, sodass Gerhard Emil sich zunächst mit dem Verkauf von Bleistiften der Firma Faber-Castell über Wasser halten musste. Durch Glück war eine Maschine der Firma erhalten und bei einem befreundeten Ver-

leger untergestellt. Gerhard Emil setzte alles daran, einen eigenen Betrieb zu pachten oder zu kaufen. 1949 gelang der Neubeginn, vornehmlich druckte er Zeitungen. Allerdings war er aus rechtlichen Bestimmungen gezwungen, mit Helmut Möckel als Kompagnon den Verlag zu leiten.

Druck von Vertriebenen-Zeitungen

Erfolg bescherte dem jungen Unternehmen der Druck von Vertriebenen-Zeitungen. Ein Kapitel des Buchs ist den Verhandlungen mit der damals erst gegründeten Landsmannschaft Ostpreußen gewidmet, welche die Belange der vertriebenen Landsleute vertrat. Zähe Preisverhandlungen und Zugeständnisse führten schließlich zur Einigung. Die Neugründung *Das Ostpreußenblatt* entwickelte sich äußerst positiv. Die Auflage überschritt bald die 100.000-Marke.

Rautenberg wurde ein wichtiger Arbeitgeber des von großer sozialer Not gekennzeichneten Ostfrieslands, bei dem viele einen festen Arbeitsplatz fanden, darunter zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene. Die steigenden Auflagenzahlen der Vertriebenenzeitungen *Das Ostpreußenblatt*, „Pommersche Zeitung“ und „Deutsche Umschau“ sicherten dem Verlag Aufträge und halfen ihm auch über schwierige Phasen hinweg. *Das Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung* wurde von 1950 bis 2004 in Leer gedruckt.

Ab 1949 setzte Rautenberg seine Arbeit im Sinne des Königsberger Traditionsbetriebs fort. Die Herausgabe von „Der Ostpreuße – ein Hauskalender“, später „Der redliche Ostpreuße“, ein Familienkalenderbuch mit zahlreichen Weisheiten, Geschichten, Rezepten und Erinnerungen an die Heimat erwies sich als äußerst beliebt. Die letzte Ausgabe erschien im Jahr 2020. Rautenberg hat ebenso Zeitungen und Bücher für Ostfriesland produziert, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

In den 1960er Jahren war Rautenberg eine feste Größe auf dem Buchmarkt, die Frankfurter Buchmesse war fester Termin, Verlagsvertreter vergrößerten den Bekanntheitsgrad des Unternehmens. Besonders die Bildbände der Reihe „... in 144 Bildern“ wurde zum Kassenschlager. Der erste von insgesamt 23 Bänden war „Königsberg in 144 Bildern“.

1970 trat schließlich Gerhard Rautenberg, der heutige Inhaber, in den Betrieb des Vaters ein, nachdem er sein Studium zum Diplom-Ingenieur für Wirtschafts- und Betriebstechnik in der Graphischen Industrie erfolgreich abgeschlossen und in Oldenburg und Berlin berufliche Erfahrungen gesammelt hatte. Vor ihm standen große Herausforderungen: Der Maschinenpark war veraltet, mit Fotosatztechnik und Offsetdruck waren neue Technologien auf dem Vormarsch.

Wie in jedem Familienbetrieb gab es auch bei Rautenberg Höhen und Tiefen. Mit preußischem Fleiß und Disziplin gelang es, den Betrieb in fünf Generationen fortzuführen, und auch die Zukunft im digitalen Zeitalter scheint mit ständigen Investitionen und der Übergabe an zwei jüngere Geschäftsführer gesichert.

Der Wunsch, eine umfassende Familienchronik zu erstellen, um dem Vergessen entgegenzuwirken, ist Rautenberg sowie seinem Co-Autor und langjährigen Mitarbeiter Gerd Kaja mit ihrer Festschrift voll und ganz gelungen.

Gerhard Rautenberg/Gerd Kaja: „Rautenberg 1825 – 2025. Zwischen Ostpreußen und Ostfriesland. Die illustrierte

Verlagsdruckerei-, Reisen- und Familiengeschichte“, Verlag Gerhard Rautenberg, Leer 2025, broschiert, 176 Seiten, 19,80 Euro, zuzüglich Porto und Verpackung



BREMEN

Flucht und Vertreibung sind kein Tabu

Der Migrationsforscher Mathias Beer zu einer deutschen Streitgeschichte

VON HEINRICH LOHMANN

Eine Woche nachdem am 8. Oktober an der Gedenkstätte für Flucht und Vertreibung auf dem Osterholzer Friedhof die Einweihung der neuen Erinnerungstafel stattgefunden hatte, fand die Bremer Veranstaltung zum Thema „80 Jahre Flucht und Vertreibung“ im Wallsaal der Zentralbibliothek Bremen statt. Neben der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen beteiligten sich auch der BdV Bremen, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und die gastgebende Stadtbibliothek Bremen.

Annähernd 60 Besucher waren der Einladung gefolgt. Der Vorsitzende der LOW Bremen erwähnte in seiner Begrüßung, dass etwa 100.000 Menschen zwischen 1945 und 1961 Neubürger in Bremen wurden. Sie hatten zum Ende des Zweiten Weltkrieges keinesfalls die Absicht, ihre Heimat in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichsgrenzen zu verlassen. Dass sie gleichwohl dazu gezwungen wurden, habe zu unfassbaren persönlichen und familiären Tragödien geführt. Für den deutschen Kulturraum sei durch Flucht und Vertreibung bis heute ein noch nicht ausgemessener Verlust eingetreten.

Dr. Mathias Beer behandelte das Thema „Flucht und Vertreibung – Eine deutsche Streitgeschichte“. In seinem Vortrag führte er aus:

„Flucht und Vertreibung steht für die von einem hohen Maß an Gewalt, Willkür und Zwang begleitete Verschiebung von mehr als 12,5 Millionen Bürgern des Deutschen Reiches und Angehörigen deutscher Minderheiten aus Ostmitteleuropa in der letzten, blutigsten Phase des Zweiten Weltkrieges und im ersten halben Jahrzehnt danach. Dabei kamen mindestens 600.000 Menschen zu Tode.“

In die Entscheidungsfindung habe auch das mit dem Vertrag von Lausanne von 1923 in die internationale Politik eingeführte Instrument des obligatorischen Bevölkerungsaustausches hineingewirkt.

„Die zweite Phase von Flucht und Vertreibung erfolgte in den Jahren 1944 bis 1950. Dieses Zeitfenster wird von den ersten Evakuierungen und Fluchtbewegungen im vorletzten Kriegsjahr und den letzten, von der Potsdamer Konferenz sanktionierten Umsiedlungen Ende der 1940er Jahre begrenzt. Die dritte Phase umfasst die kurz- und langfristigen Folgen der deutschen Zwangswanderung. Sie haben das in Jahrhunderten entstandene Gefüge Europas insgesamt umgepflegt und reichen in vielen Bereichen bis in die Gegenwart. Flucht und Vertreibung ist die Chiffre für Millionen von Lebensgeschichten, die wesentlich von Zwangsmigrationen geprägt worden sind. Für die von Flucht und Vertreibung Betroffenen gehören die Erlebnisse auf der Flucht, bei der Evakuierung, während der Ausweisung und Umsiedlung zu den einschneidendsten, nicht selten traumatischen Erfahrungen ihres Lebens.“ Gesellschaftlich breit angelegte und intensive Debatten über die deutsche Zwangsmigration am Ende des Zweiten Weltkrieges und ihre Folgen zeigten nicht zuletzt, so Beer, dass das Sprechen über Flucht und Vertreibung nie ein Tabu war.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Auch wenn sich die allgemeinen Rahmenbedingungen 2008 nicht grundsätzlich verändert hatten, wurden mit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ neue Akzente gesetzt. Der angestrebte Dialog mit den ostmitteleuropäischen

Staaten mündete nicht in ein „europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ und schon gar nicht in das vom BdV gewünschte „Zentrum gegen Vertreibungen“, sondern in eine Stiftung, mit der im Kontext der Vertreibungen des 20. Jahrhunderts an Flucht und Vertreibung erinnert werden soll. Der Weg dazu wurde frei, als im Februar 2008 die polnische Regierung ihren bis dahin unmissverständlich geäußerten, vordergründig mit der Rolle des BdV begründeten Widerstand gegen das „Sichtbare Zeichen“ aufgab und das deutsche Projekt seither „mit wohlwollender Distanz“ begleitet. Damit war der Weg auch frei für den 2015 eingeführten „Gedenktag an die Opfer von Flucht und Vertreibung“.

Genuine Grenzfragen spielten in den Gesprächen und Verhandlungen auf nationaler Ebene und mit den Staaten Ostmitteleuropas, die 2008 im Vorfeld der Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung,

gentrete, die Ereignisse, die Ursachen und deren Wirkung zu relativieren. An der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik als zentraler Referenzpunkt für die mit der Arbeit der Stiftung konstitutiv verbundene Aufgabe der Erinnerung und des Gedenkens an Flucht und Vertreibung lässt das Gesetz ebenso keinen Zweifel wie der Beschluss der Bundesregierung zur Einführung eines nationalen Gedenktags an die Opfer von Flucht und Vertreibung.“

In seinem Fazit beleuchtete der Referent die Folgen der Streitgeschichte zu Flucht und Vertreibung?

„Erstens hatten die aufgezeigten Merkmale der Streitgeschichte verheerende Folgen für die wissenschaftliche Erforschung von Flucht und Vertreibung. Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes Flucht und Vertreibung verabschiedet. Nur einige Indi-

Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Verheerende Folgen von Flucht und Vertreibung

Zweitens hatten die genannten Merkmale der Debatten zu Flucht und Vertreibung verheerende Folgen für die Verankerung von Flucht und Vertreibung im kulturellen Gedächtnis der Deutschen. Flucht und Vertreibung blieben in der Bundesrepublik trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von Seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trägerspezifisch verankert. Auch die noch so intensiven und breiten offiziellen geschichtspolitischen Bemühungen haben es bis zum Ende des letzten Jahrhunderts nicht vermocht, ‚Flucht und Vertreibung‘ über die Stufe des kommunikativen Gedächtnisses zu heben. Das Gedächtnis zu Flucht und Vertreibung wurde nicht nur aufgrund des Kalten Krieges neutralisiert. Es wurde auch durch die polarisierte innenpolitische Auseinandersetzungen neutralisiert. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungs-geschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und der Vertreibungs-Verbrechen reduziert. Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungs-komplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. Flucht und Vertreibung blieben das Thema einer partiellen von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen. In der Streitgeschichte um die ‚richtige‘ Erinnerung ist auch eine wesentliche Ursache dafür zu sehen, dass sich das deutsche historische Gedächtnis so ‚merkwürdig unsicher‘ zu ‚Flucht und Vertreibung‘ verhält.

Die aufgrund der spezifischen außen- und innenpolitischen Bedingungen in hohem Maße politisierte und polarisierte Debatte über Flucht und Vertreibung hat Geschichtsbilder vom Vertreibungs-geschehen entstehen lassen, die eine tiefgründige Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft lange Zeit eher behindert denn gefördert haben – eine außen- und innenpolitische Streitgeschichte eben.“

Fakten und Gefühl

Soweit eine Auswahl historischer Aussagen aus dem Vortrag Professor Beers.

Nach diesem wissenschaftlich nüchtern aufgebauten Referat führte Dr. Christopher Spatz das Publikum in das unmittelbare Empfinden der Menschen, welche die Ereignisse als Zeitzeugen miterleben mussten. Ein Mädchen aus der Nähe von Braunsberg und eine junge Frau aus einem Dorf im Kreis Lyck hatten aufgeschrieben, wie ihre Familie zur Flucht übers Haff aufbrach bzw. was sie unter russischer Herrschaft in ihrem Dorf erlebten. Auch der Brief eines Wolfskindes aus Litauen berührte die Zuhörer, war er durch Dr. Christopher Spatz doch sehr empathisch vorgetragen.

Eine Frage- und Antwortrunde beendet einen aufschlussreichen Abend, der einen besonderen Platz in der Geschichte unserer Landesgruppe einnehmen wird.

Redner zu „80 Jahre Flucht und Vertreibung“



BILD: IDGIL

Dr. habil. Mathias Beer ist ein auf dem Gebiet der Migrationsforschung der Neuzeit und Zeitgeschichte ausgewiesener Historiker an der Universität Tübingen und Inhaber einer Gastprofessur an der Universität Hermannstadt in Rumänien. Erschienen sind zahlreiche Publikationen, darunter die Monografien „Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen“ sowie „Die Flüchtlingsfrage in Deutschland nach 1945“.

Versöhnung“ geführt wurden, keine Rolle.

Das Gesetz vom Dezember 2008 knüpft unmittelbar an den Bundestagsbeschluss von 2002 an. Aber weder waren in den Beratungen zum Gesetz die Ursachen für die Zwangsmigration der Deutschen ein besonderer Diskussionspunkt, noch wird im Gesetzestext und seinen Erläuterungen breit darauf eingegangen. Das ist Ausdruck des mittlerweile vorhandenen Konsenses der im Bundestag vertretenen Parteien über die Voraussetzungen für die Flucht, Ausweisung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Sie werden im Gesetz klar und deutlich benannt:

Die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausgebildete Praxis der Umsiedlung und Vertreibung als Instrument zur Lösung von Minderheiten- und Grenzfragen; der vom Deutschen Reich vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg und die damit verbundene nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik.“

Solche Befürchtungen wurden im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für die Errichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nur noch gelegentlich geäußert. Mit Ausnahme der Linken begrüßten alle Bundestagsfraktionen, „dass das Vorhaben die Erinnerung an deutsche Opfer in einen umfassenden historischen Kontext stelle und dem Verdacht entgegen-



BILD: ARNDT RATHJEN

Dr. Christopher Spatz promovierte zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder und begleitet die erfolgreiche Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Entschädigung der Wolfskinder in der Bundesrepublik wissenschaftlich. Erschienen sind: „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ sowie „Heimatlos: Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“.

zieren dafür sollen erwähnt werden. Die monumentale ‚Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa‘ blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr. Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu Flucht und Vertreibung geringer. Dieses Defizit wird mittlerweile durch einschlägige Studien in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn oder transnationale Kooperationsprojekte kompensiert. Aber eine Gesamtdarstellung von Flucht und Vertreibung gibt es nach wie vor nicht. Die erste zusammenfassende Darstellung stammt aus dem Jahr 2011. Im Wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die ‚Dokumentation der Vertreibung‘ Anfang der 1960er stand: ‚Flucht und Vertreibung‘ aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20.

HAUSHALT

Förderungen ohne Kürzungen bewilligt

Der am 14. November in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag beschlossene Bundeshaushalt 2026 ist ein starkes und positives Signal für die Arbeit im Bereich der deutschen Minderheiten im Ausland, der (Spät-)Aussiedler und Vertriebenen sowie der nationalen Minderheiten in Deutschland. Die erzielten Einigungen sichern die Förderungen langfristig ab und geben nicht nur Stabilität, sondern ermöglichen neue Impulse für Kultur, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

In der Bereinigungssitzung wurden gegenüber dem Regierungsentwurf wesentliche Verbesserungen für den Zuständigkeitsbereich des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten erzielt. Zu den bedeutendsten Ergänzungen gehören 1,5 Millionen Euro für die bislang nicht umgesetzten Tarifierhöhungen im Förderbereich des Paragraphen 96 des BVFG, 14 Millionen Euro für das Campus-Projekt Apenrade der deutschen Minderheit in Nord-Schleswig, 2,3 Millionen Euro zur Sicherung der Arbeit der Stiftung Kirchenburgen in Siebenbürgen für die Jahre 2026 bis 2030 sowie 900.000 Euro zur Sicherung von Schloss Steinort, 870.000 Euro für die Neukonzeption der Ausstellung im oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen für die Jahre 2026 und 2027, 163.000 Euro für IT-Stellen bei der Stiftung Flucht-Vertreibung-Versöhnung, 117.000 für Personalkosten des Doku- und Infozentrums DIZ Haus Schlesien, 85.000 für die Archivstelle im Ostpreußischen Landesmuseum, 500.000 Euro zur Stärkung der Beratung, insbesondere im Bereich der Spätaussiedler (MBE), Erhöhung der Förderung der friesischen Volksgruppe von 220.000 Euro auf 590.000 Euro, 80.000 Euro zur Förderung der Regionalsprache Niederdeutsch, 260.000 Euro für erweiterte Personal- und Sachkosten des Bundes der Vertriebenen (BdV), 174.000 Euro für das Archiv- und Dokuzentrum des Rom e.V., 200.000 Euro für die Pflege der kulturellen Beziehungen deutschsprachiger Gemeinschaften im Ausland, 500.000 Euro für die wichtige Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen und 300.000 Euro zur Förderung kleinerer Projekte durch den Bundesbeauftragten.

Die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses bildet den entscheidenden Abschluss der Parlamentarischen Haushaltsberatungen. In diesem Schritt werden alle offenen Punkte zwischen Regierung, Koalition und Opposition abschließend verhandelt. Das Ergebnis ist die endgültige Fassung des Haushalts, die dem Bundestag zur Schlussabstimmung vorgelegt wird.

Neben dem BdV begrüßt auch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) die Entscheidungen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages für das Jahr 2026 außerordentlich. Angesichts angespannter Haushaltslage sei die erneute Bewilligung der Kernförderung für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa, den GUS-Staaten und dem Baltikum ein unmissverständliches Solidaritätszeichen. Sie leiste einen essenziellen Beitrag zum Erhalt von Kultur, Tradition und Sprache der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in Zentralasien und stärke deren zivilgesellschaftliche Rolle als Brückenbauer. Besonders wurde Klaus-Peter Willsch MdB, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Haushalt des Bundesinnenministeriums, gedankt. BdV/AGDM

● AUFGESCHNAPPT

Ein absurdes Gesetz bringt bizarre Folgen hervor. Hätte man wissen können. In Düsseldorf soll sich ein Polizeikommissar im Mai nur deshalb offiziell zur Frau erklärt haben, um von der Frauenquote bei der Beförderung zu profitieren. Das habe er auch sehr offen unter Kollegen kommuniziert, wird berichtet. Daher hat die Polizeiführung den Kollegen wegen versuchten Betrugs angezeigt. Wir sind ehrlich gespannt, was dabei herauskommt. Denn Kern des Anfang des Jahres in Kraft getretenen „Selbstbestimmungsgesetzes“ ist es ja gerade, dass die Motive für den Geschlechterwechsel weder überprüft werden noch dass der Schritt begründet werden muss. Eigentlich kann der Beamte also in der Polizeikantine herumtrotzen, was er möchte. Der Schritt bleibt allein seine Entscheidung. Wie im Falle des Neonazis Marla Svenja Liebich (die PAZ berichtete) dürfte auch der Düsseldorfer Vorgang in die Geschichte eingehen dafür, wie sich ein Staat der Lächerlichkeit preisgibt, weil er sich in einer heißgelaufenen Ideologie verrannt hat. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ärztammerpräsident Karsten Hegemann schildert im „Sat1-Frühstücksfernsehen“ (12. November) den deutschen Bürokratiewahnsinn am Beispiel eines einfachen Zahnarztspiegels:

„Wenn sie zum Beispiel diesen Spiegel nehmen: Dafür brauchen wir sieben Verordnungen, elf DIN-Normen, 14 Arbeitsanweisungen und neun Dokumentationspflichten, um zu beweisen, dass dieser Spiegel sauber ist am nächsten Tag. Und daran sehen Sie, es krankt etwas in unserer Gesellschaft.“

Die bekannte Schauspielerin Corinna Harfouch, geboren 1954 in Suhl, äußert gegenüber der „Berliner Zeitung“ (13. November) einen Verdacht, warum „so wenig Leute sich für das Theater interessieren“:

„Das Theater ... soll politische Aussagen treffen und in einem sehr direkten und langweiligen Sinn Anleitung zum korrekten Handeln geben ... es wird sich sehr gekümmert um Gendergeschichten, um identitätspolitische Korrektheit und um die Vermeidung von kultureller Aneignung, die für mich eigentlich eine Definition von Theater ist. Das vorübergehende Sich-Aneignen und Ausprobieren anderer Sichtweisen und Prägungen.“

Der Virologe Jonas Schmidt-Chanasi zieht im „Hamburger Abendblatt“ (12. November) ein Resümee aus der öffentlichen Debatte rund um die Corona-Pandemie:

„Der Satz ‚Hört auf die Wissenschaft‘, der in der Pandemie viel gefallen ist, war ein fataler Satz ... Man kann den Wissenschaftlern zuhören, und trotzdem genau das Gegenteil von dem tun, wozu wir raten.“

Der Schriftsteller und Jurist Ferdinand von Schirach positioniert sich bei „Caren Miosga“ (16. November, ARD) zu einem AfD-Verbot:

„Ein AfD-Verbot ist eine Pleiteerklärung für die Partei, die es einreicht. Ein Offenbarungseid: Wir haben es nicht geschafft, den Wählern dieser Partei ein Angebot zu machen, dass sie uns wählen können ... Es ist etwas zutiefst Undemokratisches, weil man den demokratischen Konkurrenten verbietet.“

Harald Martenstein setzt sich in der „Welt“ (16. November) mit dem Begriff „unsere Demokratie“ auseinander:

„Die wichtigste Eigenschaft ‚der‘ Demokratie ... bestand darin, dass Regierungen abgelöst werden und die politische Richtung sich ändern konnte, wenn die Bevölkerung sich nicht mehr von ihren Repräsentanten repräsentiert fühlte. Für ‚unsere Demokratie‘ scheint das nicht mehr zu gelten.“

● WORT DER WOCHE

„Der Industriestrompreis geht zulasten der großen Mehrheit der deutschen Unternehmen, die letztlich höhere Energiekosten zahlen müssen.“

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), am 24. November gegenüber der Nachrichtenagentur „Reuters“ zu den Koalitionsbeschlüssen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Von der SED gelernt

Warum uns die Sache mit dem „Industriestrom“ bekannt vorkommt, und wieso es wieder nichts wird

VON HANS HECKEL

Ich werde bei der ‚Süddeutschen Zeitung‘ freundlicher begrüßt als bei der Jungen Union. So ändern sich die Zeiten!“, seufzte Friedrich Merz beim Wirtschaftsgipfel der ‚Süddeutschen Zeitung‘ („SZ“) in Berlin vergangenen Montag. Den Satz kann man so oder so drehen, bemerkenswert ist er von beiden Seiten: Ist die früher wegen ihrer Linkslastigkeit als „Alpen-Prawda“ verspottete „SZ“ ins konservative Lager gewechselt? Oder hat sich Merz so tief nach links verbeugt, dass er der „Prawda“ mittlerweile nähersteht als dem eigenen Parteinachwuchs?

Nach dem eisigen Aufeinandertreffen von CDU-Chef und Junger Union auf dem JU-Deutschlandtag kurz vor der „SZ“-Veranstaltung dürften die meisten auf Letzteres tippen. Da ging es um die Rente, aber die ist es bei Weitem nicht allein. Wir sehen ganz allgemein, wie auch der schwarze Kanzler dem roten Hobby verfällt, nicht funktionierende Systeme mit immer mehr und noch mehr Geld am Leben zu halten, statt sie zu reformieren – sei es aus Angst vor den Wählern, sei es aus ideologischer Verbissenheit.

Dabei erleben wir Sachen, die Lesern mit eigener DDR-Erfahrung erfrischend bekannt vorkommen müssen. Nehmen wir mal den „Industriestrom“. Zu ihrem Erstaunen mussten die Verantwortlichen feststellen, dass ihre grünliche Energiepolitik die Industrie zum Absturz bringt. Welche Überraschung! Und was machen sie dagegen? Blasen sie die grüne Energiewende ab und kehren zur Vernunft eines marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors zurück? Nichts dergleichen. Ebenso wenig, wie die SED ihre kommunistische Kommandowirtschaft zugunsten der Marktwirtschaft abgelöst hätte, denn die Vertreter der reinen Lehre, rot oder grün, lassen sich von den Lehren der Wirklichkeit eben nicht vom Pfad abbringen.

Sie machen was anderes: Wenn die Probleme in einem Sektor so erdrückend werden, dass selbst die Politiker sie nicht mehr schönreden können, kramen sie alle Ressourcen zusammen, um in dem kriselnden Bereich eine Scheinblüte zu immensen Kosten zu erzwingen. Blöderweise fehlen die Mittel dann zwar anderswo in der Wirtschaft. Und zum Schreien unwirtschaftlich ist es außerdem. Aber das ist ihnen immer noch lieber, als ihren monumentalen Irrtum einzugestehen.

Ein Beispiel: Als in den 80er Jahren mal wieder Schmalhans bei etlichen Alltagsgütern herrschte, verpflichtete die DDR-Führung ihre Kombinate, ebenso solche Güter herzustellen, statt das zu produzieren, was sie am besten können. Qualifizierte Dreher der Rostocker Warnow-Werft, die sonst Schiffsteile auf weltmarktfähigem Niveau bauten, wurden beispielsweise dazu verdonnert, simple Beistelltischen zu drechseln. Dadurch fielen die Einnahmen aus der hochprofitablen Schiffsteilproduktion weg. „Eine Katastrophe“, stöhnte der zuständige Kombinatdirektor in einer späteren TV-Doku.

Das Muster hat sich erhalten: Nachdem immer drastischer klar wurde, dass weite Teile der energieintensiven Industrie unter der grünen Energieplanwirtschaft in die Knie gehen, kam die Merz-Regierung auf die Idee mit dem subventionierten Industriestrom. Nicht nur, dass Verbraucher und alle anderen Unternehmen dabei leer ausgehen. Sie müssen mit ihren Steuern die Subventionierung des Stroms für die wenigen begünstigten Betriebe auch noch finanzieren. Wie in der DDR, so auch hier: Man hebt einzelne zu immensen Kosten aus dem Morast, in welchen sie erst eine falsche Politik getreten hat, und lässt alle anderen dafür bluten. Die Idee dagegen, zu einer Energiepolitik zurückzukehren, in der die einen gar keine Subventionen benötigen und die anderen dafür auch nicht bluten müssen, die verwirft man. Indes, woher sollte diese Einsicht auch kommen bei einem Kanzler, der uns die staatlich verordnete CO₂-Bepreisung als Instrument der „Marktwirtschaft“ verkaufen will, als spräche Robert Habeck höchstpersönlich aus ihm?

Geizhals hier, reiche Erbtante dort

Nun ist es nichts Neues, dass wirtschaftlicher Sachverstand in der deutschen Politik auf dem Rückzug ist. Da macht offenbar selbst ein früherer Blackrock-Repräsentant wie Merz keine Ausnahme mehr.

Andererseits scheint es beim Gespür für die Eigenheiten der Politik bei manchem Wirtschaftswissenschaftler auch noch Nachholbedarf zu geben. Auch ifo-Chef Clemens Fuest zählte zu den Ökonomen, die sich Anfang des Jahres heftig für eine Lockerung der Schuldenbremse ins Zeug legten. Wie er betonte, dürfe die Bremse aber nur gelockert werden, wenn das viele geliehene Geld nicht zweckentfremdet wird, um laufende Haushalte zu kitten. Stattdessen dürften die Schul-

denmilliarden nur für ein langfristig ausgelegtes Gesamtkonzept zur Gesundung des Landes ausgegeben werden.

Die angesprochenen Politiker nickten eifrig und versprachen alles brav so zu machen, und Fuest war offenkundig beruhigt. Hat der wirklich (keine Ironie!) kluge Mann tatsächlich geglaubt, dass die Politprofis ihr Versprechen halten würden? Also: Dass Politiker das langfristige Schicksal der Nation wichtiger nehmen als das Ziel, kurzfristig den Wählern teuren Sand in die Augen zu streuen, um die nächsten Wahlen zu überstehen? Armer Junge!

Dass der Strom nicht für alle günstiger werden, sondern für die meisten hoch besteuert werden muss, begründet Schwarz-Rot mit der klammen Haushaltslage. Das verstehen wir natürlich. Nachdem der Kanzler beim Klimagipfel in Brasilien die reiche Erbtante gegeben hat, muss das Geld halt woanders wieder eingefahren werden, also bei Ihnen, bei mir und bei all den Wirtschaftsunternehmen, denen der subventionierte Industriestrom leider nicht gewährt werden kann. Das sehen wir natürlich ein.

Aber alles lassen wir uns auch nicht gefallen. Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff ist stinksauer. Auf Merz? Auf die grüne Energiepolitik von Schwarz-Rot? Nein, auf Brüssel! Die EU bremsen uns in Deutschland überall aus, weshalb es auch nicht vorangehe.

Ah ja, die EU mal wieder. Nur, Moment mal, wer hat denn da das Sagen? Dominieren nicht Haseloffs Christdemokraten im EU-Parlament? Warum ändern sie den Quatsch nicht gemeinsam mit den Rechtsparteien, mit denen sie gerade doch auch das hanebüchene EU-„Lieferkettengesetz“ weitgehend entschärft haben? Und wer stellt eigentlich in Brüssel die Kommissionspräsidentin?

Außerdem verbietet es Brüssel auf keinen Fall, dass man wenigstens nachsieht, welche Kernkraftwerke in Deutschland noch zu retten wären. Statt das zu tun, sprengt man lieber weiter lustig vor sich hin.

Nein, die Ausreden ziehen nicht mehr. Und an die sagenhafte Wiedergeburt unserer Wirtschaft nach Vollzug der „grünen Transformation“ glauben die Deutschen ebenso wenig wie weiland an die ferne „kommunistische Endgesellschaft“, die ihnen die SED versprochen hatte, wo alle Mühen der sozialistischen Mangelwirtschaft sagenhaft belohnt werden sollten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de